Heft 7 Juli 1992 6,80 DM

E 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Die neue Weltordnung in Sarajewo: Hoch die internationale Schlächterei
- Europa: Blut, Schweiß und Dänen
- Denkmal für Bomber Harris
- Wer war Morgenthau?
- Antifa vor Gericht
- Ernst Kahl bei Fidel Castro

in konkret Juli 1992

Von Konkret

an konkret

Deutscher Anstand von Hermann L. Gremliza

Die Bombe tickt von Wolfgang Pohrt

Der UN-Beschluß vom 30. Mai dieses Jahres, durch den das verbliebene Rest-Jugoslawien zum für die Gewalt in Bosnien-Herzegowina allein verantwortlichen Aggressor erklärt und mit harten Sanktionen belegt wurde, ist nicht nur ein groteskes Fehlurteil, sondern gleichzeitig Ausdruck einer allgemeinen Willkür, die sich um Rechtsgründe und moralische Legitimationen nun länger nicht mehr schert. In ihr wird sichtbar, »was die freie Konkurrenz in einem Kapitalismus sein würde, der selber keine Konkurrenz mehr kennt: die Hölle«

Europa? Nej tak!Habermas in Dänemark von Bernhelm Booß-Bavnbek

Markieren die Maastrichter Beschlüsse vom Dezember letzten Jahres den Anfang vom Ende des europäischen Einigungsprozesses? Das »Nej« der Dänen und die begeisterten Reaktionen der EG-Gegner in anderen Mitgliedsstaaten darauf, lassen das möglich erscheinen. Bernhelm Booß-Bavnbek untersucht mit Jürgen Habermas' Hilfe die Gründe für das Ergebnis des dänischen Referendums. Eckhard Voss beschreibt seine Wirkung in Großbritannien

Europa? Nej tak!Fish'n Chips gerettet! von Eckhard Voß

Habermas in Dänemark

Auf dem Weg zur 2. Republik von Stefan Seifert

Korruption, Mißwirtschaft, Mafia und »politische Klasse« bilden in Italien eine Systemeinheit. Die von den Medien als »Superkrise« titulierten Ereignisse dieses Frühjahrs haben dies deutlicher gemacht als je zuvor. Während der senil-reaktionäre Alt-Katholik und neue Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro bereits als Erlöser aus dem allgemeinen Desaster gefeiert wird, bereitet sich die herrschende Klasse auf die Transformation Italiens in eine autoritäre Präsidialrepublik vor. Effektiver Widerstand dagegen ist derzeit nicht in Sicht

Endsieg im Luftkrieg von Jürgen Elsässer

Nachdem der Gegner im Osten kapituliert hat, marschieren die publizistischen Kampfverbände an die Westfront ab. Intellektuelle Tieffflieger, unterstützt von revisionistischen Nebelwerfern, attackieren einen der wichtigsten Kommandeure der Anti-Hitler-Koalition: Der britische Luftwaffengeneral Sir Arthur Harris habe den »ersten vornuklearen Massenmord aus der Luft« organisiert (»Spiegel«) und sei ein »Architekt der Vernichtung« (»Welt«) und »tatsächlich ein Schlächter« (»Frankfurter Rundschau«) gewesen. In der Stadt Pforzheim, die die Nazi-Propaganda von den unschuldigen deutschen Harris-Opfern am längsten und gründlichsten wiedergekäut hat, lassen sich die Folgen dieser Historikeroffensive besonders gut studieren

Eine Rechnung wurde beglichen von Katja Leyrer; Günther Schwarberg

Am 18. Mai 1992 wurde in Hamburg ein Urteil gesprochen, das in mehrfacher Hinsicht Geschichte machen wird. Zwei Antifaschisten der ehemaligen DDR, 73 und 69 Jahre alt, standen vor Gericht, weil in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager im Jahre 1947 ein NS-Oberstabsrichter erschlagen worden war

»Jeder ist uns der Nächste« VII von Archiv für Sozialpolitik

Siebter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Schutzkultur und Blutzufuhr von Klaus Bittermann

Jeder Protest gegen Ausländerverfolgung ist richtig, weshalb auch niemand seine Motive rechtfertigen muß. Wenn jemand das Auftreten und die Gewalttaten der Rechtsextremisten in irgendeiner Weise stört, verurteilt, öffentlich macht, dann spielen die Gründe, warum er das tut, keine Rolle. Ganz gleich also, ob er Schriftsteller, Arbeitgeberpräsident oder Chefredakteur ist, seine Hintergedanken müssen weder ehrenwert noch lauter sein. Etwas anderes ist es, wenn der Protest zur Suche nach den eigenen Motiven wird und Schriftsteller, Arbeitgeberpräsident und Chefredakteur sich gegenseitig mitteilen, warum sie gegen Ausländerverfolgung sind

Ross for Boss von Michael Hahn

Zwölf Jahre lang haben republikanische Präsidenten den starken (weißen) Mann gespielt und versprochen, Staatsverschuldung, Drogenhandel und Straßenkriminalität den Garaus zu machen. Das Ergebnis: Die USA stecken tiefer in der Krise als je zuvor. Jetzt kündigt ein neuer Kandidat an, die Versprechungen in die Tat umzusetzen - koste es, was es wolle

»Hier ist alles unmöglich« von Claudia Fregiehn

Die von Gorbatschow konzipierte »Rückführung der Frauen zu ihrer wahren Bestimmung« - Kinder, Küche, Kirche - wird in Rußland überplanmäßig erfüllt

Die Welt nach dem Krieg von Bernd Greiner

Warum eine Beschäftigung mit Henry Morgenthau mehr als nur von historischem Interesse ist. Acht Thesen

»Der Alptraum von Ottensen« von Oliver Tolmein

Im Zuge eines joint ventures von Landesregierung und einer Investorengruppe soll in Hamburg ein von den Nationalsozialisten weitgehend zerstörter jüdischer Friedhof vollends ausgelöscht erden

Buch des Monats: Begleitbuch für die neue BRD von Otto Köhler

Fritz Fischer: Hitler war kein Betriebsunfall, München 1992, Beck’sche Reihe Nr. 459, 272 S., 19.80 Mark

ich habe gelesen von Bernd Rauschenbach

Abgang hinten rechts von Dietrich Kuhlbrodt

In Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrags hat das ZDF den Film »Bronsteins Kinder«, ein tragisches Bewältigungstheater, für einen zweifellos nächtlichen Einsatz erworben. Langes Zuwarten wird dieser melodramatischen Politfabel jedoch nicht guttun

Dirty Realist von Matthias Altenburg

Rezension

Der freischwingende Dichter von Jens Hoffmann

Rezension

Interessant. Unverzichtbar? von Karl Anton & Vororth

Rezension

Pointensicher von Gerhard Henschel

Rezension

Querkopf von Verena Krieger

Rezension

Briefe aus Paris von Klaus Bittermann

Rezension

Alles bezahlt von Erwin Riess
Rezension

Erinnerungen an das Ghetto von Ingrid Strobl
Rezension

Flucht durch Europa von Oliver Tolmein
Rezension

Ökothriller von Gunter Blank
Rezension

Höflich zu den Deutschen von Jürgen Elsässer
Rezension

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/92, S. 4

Von Konkret

KONKRET oder Von der Gelassenheit der Langstreckenläufer: Im März 1991 schrieb Katja Leyrer an ONKRET:

1. An H.L. Gremliza:

Herzlichen Glückwunsch zum Karrieresprung in die Etage der Rassisten und Kriegsgewinnler, Norden, Metropole. Karl Kraus dreht sich im Grabe seitdem.

Dir wünsche ich ob Deiner Sätze in der März-Kolumne (S. 8, Absatz 3),

die lauteten: »Daß die Partei der Dritten Welt dabei von einem blutigen Diktator vertreten wird, ändert nichts an der Tatsache, daß der Krieg am Golf der erste jener vorhersehbaren Dritte Welt-Kriege ist, in denen der endlich wiedervereinigte Norden seine Ordnung gegen den Süden durchsetzen und der Süden gegen dieses Diktat rebellieren wird, und zwar unter der Führung von Leuten, die immer weniger an Ernesto Guevara erinnern werden und immer mehr an Idi Amin und Pol Pot; Leuten, die aus Saddams Ende die Lehre ziehen werden, daß der Krieg besser nicht im eigenen Land und in dessen Region geführt, sondern in die Metropolen getragen wird. Was terroristische Kriegsführung vermag, wird sich zeigen, wenn sich nicht versprengte Grüppchen ihrer annehmen, sondern halbe Kontinente: heute ein Giftgasanschlag auf einen Kinderhort in Frankfurt, morgen eine Bombe im Atomreaktor von Stade«,

daß Leute, die sich an Che erinnern, halbe Kontinente, ob schwarz, ob braun, ob rot, und auch welche von hier, sich Deiner Zeitschrift zuwenden statt der von Dir beschworenen Kindergärten und Atomreaktoren! (...)

4. An Oliver und Theresia und Michael in Wien und Otto Köhler bei Hamburg (...) und all die anderen, die im (KONKRET-)*Impressum stehen, besonders Ingrid, Georg, Günter, Jan Philipp Reemtsma, Detlef, Thomas, Winfried, und auch nochmal an die »Freien«, die nicht im Impressum stehen, aber in den Werbeanzeigen: aufhören, sofort! Kündigen, desertieren, sabotieren, boykottieren!*

Und für KONKRET schreiben: In diesem Heft, S. 28 ff.

Im »Neuen Deutschland« vom 4. Juni 1992 schreibt Ivo Bozic über die in KONKRET 6/92 begonnene Diskussion mit RAF-Gefangenen: »Etwas scheint wirklich in Gang gekommen zu sein: eine Diskussion, die auch die Perspektiven aller emanzipatorischen Kräfte betrifft. Eine Diskussion, die die Gefangenen nicht nur unter sich oder mit der RAF draußen führen können und wollen. Eine Diskussion, die sowieso alle führen müssen, die nach neuen Wegen für eine Welt ohne Unterdrückung suchen.« Weitere Beiträge von politischen Gefangenen und KONKRET-Autoren zum Titelthema des letzten KONKRET-Heftes in der nächsten Ausgabe.

Ebenfalls in der nächsten Ausgabe erscheint die für dieses Heft angekündigte Fortsetzung von Detlev Fischers Beitrag über Datenkünste.

Konkret 07/92, S. 6

an konkret

Ermutigung für die Enkel

KONKRET 6/92: Titelthema: »Kapituliert die RAF?«

An der vorgeschlagenen Diskussion mit den RAF-Leuten möchte ich nicht mehr teilnehmen. Das sollen jetzt Jüngere tun, der Ebermann zum Beispiel oder der Tolmein. Ich habe damals tage- und nächtelang mit Mitgliedern der so genannten ersten Generation der RAF über »Das Konzept Stadtguerilla« und »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa« diskutiert und konnte mit meinen Argumenten betreffend Unsinnigkeit und Zwecklosigkeit des bewaffneten Kampfes hier und jetzt sie nicht überzeugen. Diese Argumente, die von den meisten organisierten Kommunisten bei uns geteilt wurden, gerade jetzt und zum x-ten Male zu wiederholen, finde ich Klugscheißerei. Nur das noch (ich kann's mir doch nicht verkneifen): Es war und ist – wie ich höre und lese – nicht nur das eigenwillige Verständnis der RAF von den Möglichkeiten und der Verantwortung des kommunistischen Intellektuellen, sondern auch ihr Begriff vom Klassenkampf selbst, welche weiterhin differieren von dem, was »orthodoxe Marxisten« meiner Art darunter verstehen.

Ohne den etwas hochnäsigen Respekt Gremlizas vor der »zwanzigjährigen Tapferkeit« bewundere ich allerdings die unbeugsame, revolutionäre Haltung der RAF-Gefangenen, wie sie zum Beispiel Irmgard Möller in ihrem Interview mit Oliver Tolmein ausdrückte. Heute, wo Unterwerfung als Tugend gilt, »Helden des Rückzugs« gefeiert werden, Dienstboten-Weisheiten wie »Nur wer sich ändert, bleibt sich treu« Slogans der »Linken« sind, empfinde ich solche – meinetwegen romantische – Standhaftigkeit als Ermutigungsfanal für unsere Enkel, die es besser auszufechten haben.

Im übrigen: Tut das Euch nur immer Mögliche, um aus dem Knast herauszukommen. Zumindest lernt man jetzt draußen mehr und besser als drinnen.

Franz Josef Degenhardt

Quickborn

Zur Weihnachtszeit überraschte der damalige Bundesjustizminister Kinkel mit einer frohen Botschaft, die da lautete: Die haftunfähigen Gefangenen aus der RAF, sowie einige derjenigen, die am längsten sitzen, können entlassen werden. Oliver definiert das in seinem Beitrag als Counterinsurgency-Trick des erfahrenen Ex-Geheimdienstchefs und hat damit sicher Recht – aber eben nur teilweise**.** Denn das Quentchen aus Notwendigkeit geborener Ehrlichkeit, die diese Offerte enthält, wird von ihm übersehen.

Der Trick von Kinkel besteht darin, daß er mit seinem Auftritt einerseits den Teil der Öffentlichkeit (Gewerkschaftler, Kirchengruppen) beruhigen will, die seit dem letzten Hungerstreik 1989 begriffen haben, daß in der BRD selbst kranke politische Gefangene durch Isolation gefoltert werden, und daß er andererseits durch die willkürliche Auswahl der Gefangenen, die er auf seine Entlassungsliste gesetzt hat, die Gefangenen gegeneinander auszuspielen versucht.

Die Notwendigkeit jedoch, diesen Vorschlag überhaupt machen zu müssen, ergab sich aus der völligen Erfolgslosigkeit der Staatsschutzaktivitäten gegenüber der RAF und den Problemen, die – ohne die militärischen Aktionen der RAF überbewerten zu wollen – die deutsche Wirtschaft damit hat. Es geht eben nicht nur darum, daß die Wirtschaftsbosse »wieder ohne Leibwächter mit ihrem Fiffi Gassi gehen« möchten (Gremliza). Es geht vielmehr darum, daß in einer Zeit, in der sich Westeuropa ökonomisch und militärisch gegen die Konkurrenz aus den USA und aus Japan zusammenschließt, in der gleichzeitig die osteuropäischen Märkte neu verteilt werden, und in der auch in der dritten Welt der Wettlauf um billige Rohstoffquellen nach den weltweit veränderten Machtverhältnissen neu begonnen hat, die deutsche Wirtschaft eine Kontinuität in ihren Führungsetagen braucht, die nicht dadurch unterbrochen werden darf, daß Fiffi samt Herrchen beim Spaziergang kollektiv in eine Lichtschranke pinkeln.

Nach der RAF-Aktion gegen Herrhausen wurde Kohl jedenfalls von Wirtschaftsbossen aller Art gleich reihenweise in den Arsch getreten, weil die Anti-Guerilla-Politik seiner Regierung seit Jahren auf der Stelle tritt und nichts bewegt. Außer ein paar abgemusterten Desperados, die in der Ex-DDR eingesammelt wurden, haben BKA, BND, VS und sonstige kriminelle Vereinigungen der BRD seit 10 Jahren keine Erfolge vorzuweisen. Ein Ergebnis der deswegen nach der Herrhausen-Aktion angesetzten Krisengespräche war die Schaffung der »Koordinierungsgruppe Terrorismus«, die schließlich auf Druck der Wirtschaft das entwickelte, was heute »Kinkel-Initiative« genannt wird.

Diese Dialektik, die hinter der Kinkel-Initiative steckt, zu übersehen, heißt, den aus ihr erwachsenen Handlungsspielraum zu übersehen, aus dem heraus die Freilassung der Gefangenen entwickelt werden kann. Das ist sicher keine Sache von jetzt auf morgen, und bestimmt auch kein Selbstläufer, aber diese Geschichte enthält Ansätze, mit denen man arbeiten kann.

Peter Hetzler

Bensheim

Weiter so I

KONKRET 6/92: Von KONKRET

Nur weiter so! Nie vor Verleumdungen haltmachen! Nur weil ich in der »Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte« publiziere, nennt Ihr mich einen Glotz-Freund. TOD der Sozialdemokratie! Warum habt Ihr denn nie meine Artikel gedruckt?

Ulrich Bröckling

Freiburg/Br.

Weiter so II

KONKRET 6/92: »South Central im Mai« von Günter Jacob

»So aber verursachte der Funke des King-Urteils nur eine Implosion und keinen Steppenbrand.« (Günther Jacob, KONKRET 6/92)

»Der Funke des King-Urteils hat nur zur Explosion gereicht und nicht zum Steppenbrand.« (Günther Jacob, »Spex« 6/92)

Weiter so, Herr Jacob – Hauptsache es knallt!

Sebastian Lütgert

Bielefeld

Konkret 07/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Deutscher Anstand

Mögen auf dem Balkan noch jüngst friedlich zusammenlebende Stämme sich mit deutschen Waffen und unter deutschen Anfeuerungsrufen die Gliedmaßen abhauen, mögen die Pole unterm Ozonloch brutzeln, die Arbeitslosenzahlen in der Zone um immer nochmal eine Million steigen, immer mehr neue Nazis immer beliebter und immer mehr Ausländer Opfer kahlköpfiger Schlägertruppen werden, nichts kann den deutschen Lohnschriftleiter in heftigere Aufklärungswut versetzen als die Entdeckung, daß der Ministerpräsident des Saarlandes ein paar Mark mehr bezogen hat als gedacht. Der Chefredakteur der Illustrierten »Stern« (Jahresgehalt: Lafontaine mal fünf) kann es nicht fassen:

Der Lack ist ab, der Glanz ist weg. Oskar Lafontaines Glaubwürdigkeit ist dahin. Die »Optimierung« der Bezüge des Ministerpräsidenten und Frührentners ist ein Bubenstück. Vielleicht illegal, wahrscheinlich legal, in jedem Fall fatal... Der Fall Lafontaine offenbart aber vor allem, welcher Versorgungswahnsinn in der Politik an der Tagesordnung ist... Woher wollte eigentlich Lafontaine noch die Chuzpe nehmen, von Solidaritätsopfern zu reden? Die aktuelle Krise unserer Demokratie liegt gar nicht darin, daß wir ein paar ernste Probleme haben. Sie liegt darin, daß die Politiker unsere Demokratie in Mißkredit bringen.

»Die Krise unserer Demokratie« liegt nicht in Chemiewaffenexporten, Arbeitslosigkeit, im Aufmarsch neuer Nazitruppen und in verbrannten Asylbewerbern, sondern in strittigen Pensionsansprüchen eines Ministerpräsidenten, im - das stärkste Wort scheint nicht stark genug - »Versorgungswahnsinn«. Ob der Bube legal oder illegal gehandelt hat, die einzige Frage also, die einen liberalen Wächter über die Rechtmäßigkeit staatlicher Verwaltung an Lafontaines Einkünften zu interessieren hätte, ist dem Schmidt-Holtz scheißegal. Daß der Staatsschützer dabei ins Anarchistische ausgleitet, ist freilich so wenig Zufall wie die Bezeichnung des Gegensatzes zwischen der Notwendigkeit nationaler Opfer und Geldgier mit dem jiddischen »Chuzpe«. Zufällig eher, daß dies Wort dem Herausgeber des völkischen Magazins »Spiegel« diesmal nicht eingefallen ist, als er mit Lafontaine ins Sittengericht ging:

Der Fall Lafontaine ist einer der unangenehmsten, der mir je untergekommen ist... Sinnlos wäre es, solch einem Schlurfen den Rücktritt auch nur nahezulegen... Es fehlt ihm, was ein Spitzenpolitiker der SPD haben muß: ein Gefühl für Anstand.

Daß ein Verleger, dessen vornehmste Aufgabe es war und ist, ungezählte Leute mit Geld zum Verkauf ihrer Meinung oder ihres Gewissens zu nötigen, den Rächer der Unbestechlichen spielt, ist widerwärtig, aber nicht neu. Noch älter freilich ist die Denunziation geldgieriger politischer Funktionäre im Namen des gesunden Anstandsgefühls der Nation. Ob sie nämlich wissen, was sie tun, oder nicht, und wie immer sonst der Politiker Lafontaine zu bewerten wäre: Die Kampagne der publizistischen Saubermänner aller Richtungen gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD zeigt nur, wie weit das neue Deutschland sich schon wieder von der bürgerlichen Demokratie entfernt und den ideologischen Prinzipien der Volksgemeinschaft verschrieben hat.

Ohne die Herrschaft des Kapitals, wer müßte das besser wissen als ein Verleger des »Spiegel« oder ein Chefredakteur von Bertelsmann, gibt es keine Marktwirtschaft, ohne Marktwirtschaft keine bürgerliche Demokratie. Unter der Herrschaft des Kapitals ist alles Ware und muß für Geld zu haben sein: Autos, Bananen, Waffen, Exportlizenzen, Parteien, Abgeordnete, Minister, Präsidenten, Professoren, Zeitungen, Enthüllungen, Stasiakten, Stasiaktenverwalter, Bänkelsänger, Meinungen, Männer, Frauen. Was so anklägerisch klingt und von deutschen Kolumnisten zwischen Altötting und Harvestehude bei Gelegenheit gern entsprechend angewandt wird, ist durchaus ein zivilisatorischer Fortschritt: Geld regelt, was in einer Gesellschaft der Ungleichen sonst mit Gewalt geregelt werden müßte.

Die linken Kritiker der bürgerlichen Demokratie haben vorgeschlagen, die Macht des Kapitals durch die Aufhebung der Klassen und des Warencharakters aller gesellschaftlichen Beziehungen zu beseitigen. Die rechten Gegner der bürgerlichen Demokratie wollten nicht das Kapital beseitigen, sondern die Menschen, die den Einsatz ihres Geldes nicht als vaterländische Tat drapieren wollten oder konnten: gierige, schmierige, korrupte, eigennützige, national oder rassisch Unzuverlässige. Für schaffendes, gegen raffendes Kapital, hieß eine Parole der Nazis, deren Grundmuster in der Kritik an den Bezügen der »unproduktiven« Politiker und in den gleichzeitigen Hymnen auf Wirtschaftsführer wiederkehrt, die leicht das Zehnfache eines Kanzlergehalts einstreichen. Auch wenn Schmidt-Holtz, Augstein und die andern Kritiker des »Absahners« Lafontaine es nicht wissen - ihre Reaktion hat Väter:

Deutschnationale Volkspartei (DNVP),Parteiprogramm von 1920: *Die Überschätzung wirtschaftlicher Güter, der Fluch schnellen Reichwerdens unterhöhlte den Unterbau fester sittlicher Werte... Nur strenges Pflichtgefühl und hingebende Mitarbeit gründen den starken Staat, den unser Volk braucht, wenn es nicht Spielball der Fremden bleiben will.*

NSDAP, Parteiprogramm von 1920: *6. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft... 11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens... 18. Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen... 24. Die Partei als*

solche... ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

NSDAP-Aufruf zur Reichspräsidentenwahl 1932: *Schamlose Bonzenwirtschaft der volksverräterischen Sozialdemokratie... feige spießbürgerliche Geldsack-Patrioten*.

Deutsche Reichs-Partei, 1958: *Nur einem Staat mit Würde dient der Bürger in freiwilliger Einordnung. Nur für ihn ist er bereit, Opfer zu bringen. Der Stolz auf den Staat ist der Nährboden der Vaterlandsliebe. Der selbstlose Dienst am Staat gibt dem Staatsdiener seine Ehre und erwirbt ihm die Achtung seiner Mitbürger.*

Hätten diese Sätze aus dem Programm der neonazistischen Reichs-Partei nicht als Motto über jedem Kommentar des Verlegers zur »Bereicherung der Politiker« stehen können? Ist in ihnen nicht die völkische Ideologie, zu welcher der »Spiegel« bei der Neugründung des deutschen Reiches mit wehenden Druckfahnen zurückgelaufen ist, auf den schönsten Begriff gebracht? Weil Lafontaine dem Staat nicht selbstlos dient, erwirbt er ihm keine Ehre und keine Achtung seiner Bürger, die darum nicht jenen Stolz empfinden können, auf dem die Vaterlandsliebe wächst. Jetzt wissen sie doch, woran es lag, daß der Saarländer im Oktober 1989 national versagen mußte: Der schamlose Bonze aus der volksverräterischen Sozialdemokratie (ach, wär' sie `s!) ist halt bloß ein feiger spießbürgerlicher Geldsack-Patriot.

Es heißt, die »Selbstbedienungsmentalität« der Politiker sei der Grund für die »Politik-« oder »Parteienverdrossenheit«. Als hätte je ein Wähler geglaubt, die da oben strichen weniger ein als irgend möglich, und als hätten es nicht die größten Absahner zum größten Ansehen bei den Deutschen gebracht: der geldgierige Bismarck und der korrupte Hindenburg, Adenauer und Strauß, die beide in öffentlichen Ämtern steinreich geworden sind.

Es sei, schreibt in der »Frankfurter Allgemeinen« der Professor von Arnim, der aus der Selbstbedienungsmentalität der Politiker bereits ein auf allen Kanälen gutgehendes Geschäft gemacht hat, eine »für die Parteiendemokratie entscheidende Frage: Wie kann verhindert werden, daß die Diener des Volkes sich zu seinen Herren aufschwingen und den Staat zu ihrer Beute machen?« Was das Fähnlein der Antikorruptionisten will, hat sein Führer von Arnim damit unbeabsichtigt verraten: Der Staat soll nicht von hochbezahlten Managern als ordentlicher Dienstleistungsbetrieb geführt werden, sondern von selbstlosen Dienern des Volkes als ein Heiligtum, das auch und gerade dann zu lieben und zu ehren ist, wenn es den Massen, anstatt ihnen Dienste zu leisten, Opfer an Gut und demnächst (vielleicht zur Rettung der Wolgadeutschen?) auch wieder Blut abverlangt. Je selbstloser, je bescheidener der Politiker, der »Diener« des Staates, so lautet die Botschaft, desto mehr Zwang werden die Beherrschten sich von ihm zumuten lassen.

Nur strenges Pflichtgefühl und hingebende Mitarbeit gründen den starken Staat, den unser Volk braucht, meinte damals die DNVP wie heute Schönhuber oder von Arnim oder Augstein. Und wer meinte wann, was heute wieder alle guten Deutschen meinen: *Eine weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern*? Das meinte eine kurz zuvor von sieben Mann gegründete Splitterpartei im Jahre 1920 in ihrem Programm unter achtens, gleich hinter dem Kampf gegen den korrumpierenden Parlamentarismus und vor der Abschaffung des mühelosen Einkommens (lies: des Absahnens).

Konkret 07/92, S. 10

Wolfgang Pohrt

Die Bombe tickt

Der UN-Beschluß vom 30. Mai dieses Jahres, durch den das verbliebene Rest-Jugoslawien zum für die Gewalt in Bosnien-Herzegowina allein verantwortlichen Aggressor erklärt und mit harten Sanktionen belegt wurde, ist nicht nur ein groteskes Fehlurteil, sondern gleichzeitig Ausdruck einer allgemeinen Willkür, die sich um Rechtsgründe und moralische Legitimationen nun länger nicht mehr schert. In ihr wird sichtbar, »was die freie Konkurrenz in einem Kapitalismus sein würde, der selber keine Konkurrenz mehr kennt: die Hölle«

»Wieder«, las man am 7. April in der »Stuttgarter Zeitung«, »hat sich der deutsche Außenminister trotz der Bedenken und Skrupel einiger seiner Amtskollegen durchgesetzt. Mit dem Datum des heutigen Tages wird die jugoslawische Republik Bosnien-Herzegowina von der Europäischen Gemeinschaft als souveräner Staat anerkannt.« Diesmal bedeutete der deutsche Sieg nicht weniger, als die eben noch zu ihrer Befreiung aus dem Vielvölkerkerker Jugoslawien ermunterten Volksgruppen nun in einer engen Zelle des alten Zuchthauses zusammenzusperren, weil Bosnien-Herzegowina »ein Jugoslawien im Kleinen« ist, wie Experten für Ethno-Proporz versichern. Erst hatte man Kroaten, Serben, Muselmanen etc. wie Kampfhunde aufeinander scharf gemacht; ihnen eingetrichtert, daß sie aus kulturellen, ethnischen, historischen, politischen, religiösen, wirtschaftlichen und diversen weiteren Gründen viel zu verschieden seien, um einander im gemeinsamen Staat zu ertragen. Dann schloß man die Verhetzten in der Arena ein, und was kommen mußte, ließ nicht lange auf sich warten. Wo Sarajewo war, ist ein Friedhof und ein Trümmerhaufen, der zu Ehren seines Urhebers einmal »Genscher-City« heißen wird.

Doch nicht Genscher, nicht die Bundesrepublik Deutschland und nicht die EG wurden am 30. Mai vom UN-Sicherheitsrat mit Sanktionen bestraft, sondern bestraft wurde der verbliebene Rest Jugoslawiens. Damit aber war die Willkür separatistischer Führer und Warlords im Bürgerkrieg, wo nach Rechtsgründen keiner fragt, zum Gesetz des Handelns aller Regierungen geworden, die den Schlichter spielten, während sie Öl ins Feuer gossen. Wären die Jugoslawen zur selbstlosen Bosheit fähig, die als einzige Gemütshaltung derzeit noch moralischen Trost spendet, so hätten sie das ihnen am 30. Mai zugefügte Unrecht zugleich als Triumph einer umfassenderen Gerechtigkeit feiern dürfen. Denn seither ist klar, daß es bei den Toten und den Trümmern von Sarajewo nicht bleiben wird. Warum das so ist, und wie alles kam, versucht der folgende Text zu entwickeln.

I

Am 24. Mai erklärte der Außenminister der Vereinigten Staaten in Lissabon: »Wir dürfen diesen humanitären Albtraum im Herzen Europas nicht hinnehmen«, Amerika sei »über die Vorgänge in Bosnien-Herzegowina und das Leid der Bevölkerung erschüttert«. Die Propagandalüge war freilich keine, weil a) zur Lüge die Täuschungsabsicht und damit der Anspruch gehört, daß sie glaubwürdig sei, und b) inzwischen wirklich jeder weiß, daß das verworrene Getümmel auf dem fernen Balkan zu den wenigen Dingen zählt, die einen leidgeprüften Bewohner von Los Angeles nicht bedrücken. Was Baker sagen wollte war, daß einer nur lügt, wenn er die Wahrheit fürchtet, und daß er selber solche Frucht so wenig kennt wie der Gangster vor dem gekauften Bullen. Der ist ein Narr, wenn er gegen die dem Augenschein hohnsprechende Versicherung protestiert, die Person mit dem großen Loch in der Brust sei nur ein bißchen müde. Denn eigenhändig mauert er so das kleine Schlupfloch zu, das ihm sein taktvoller Herr und Meister gnädigerweise ließ.

Wer an den Behauptungen der Machthaber zweifelt und sich dabei auf Tatsachen, Rechtsgründe oder die Logik beruft, der schadet - so warnte also Baker am 24. Mai die Welt - nur sich selbst. Er wird dann eben, so Baker sinngemäß weiter, mit den Magengeschwüren leben müssen, die davon kommen, daß er das Unrecht kennt, ohne das Mindeste daran ändern zu können. Gleichzeitig jedoch zeigte der routinierte Diplomat sich kompromißbereit, und er verstand es, die Drohung mit einem Versprechen zu verbinden. Den Gutwilligen wolle er eine goldene Brücke bauen, sie sollten zu sehen bekommen, was sie sehen wollten, um glauben zu können, was sie denken mußten. In Klartext übersetzt beinhaltete Bakers vieldeutige Botschaft auch die Forderung, die Networks endlich mit zur Hauptnachrichtenzeit vorzeigbarem Bildmaterial zu versorgen.

Ein schwieriger Auftrag, weil es auf dem Balkan wenig gibt, was man nicht auch zu Hause filmen kann. Unmöglich, dem amerikanischen Publikum die langweiligen Kamerafahrten durch ausgebrannte Ruinen vorzusetzen. Es hätte sich allenfalls gewundert, woher in der South-Bronx und in Harlem auf einmal die vielen kleinen Häuser kamen, und dann den anderen Kanal gewählt. Stattdessen das Elend der Vertriebenen oder soziale Not groß ins Bild zu rücken, verbot sich ebenfalls von selbst. Wer Obdachlose sehen will, braucht dazu keinen Fernsehapparat. Außerdem fischte die Küstenwache gerade Flüchtlinge aus Haiti ab, deren Pech es war, daß sie nicht aus Kuba kamen. Wenig half es den Gestalten mit dem abgerissenen Hemdchen am Leibe, den paar Kindern an der Hand, mit der Angst in den Augen und nichts als Hunger im Bauch, daß man aus ihrem Elend einen guten Rührfilm fabrizieren konnte. Schnellboote brachten sie in die Heimat zurück,

dorthin, wo Papa Doc und Baby Doc mit ihren Tontons Macoute ein halbes Jahrhundert lang den Außenposten der westlichen Wertegemeinschaft in der Karibik gehalten hatten. Witzlos war ferner der Ausflug ins Krankenhaus, dem Lieblingsziel deutscher Fernsehjournalisten auf Motivsuche. Denn Menschen ohne die richtige politische Einbildungskraft sehen dem am Tropf hängenden Mann im Streckverband den kroatischen Freiheitskämpfer nicht an und argwöhnen gar, ob er Meinungsverschiedenheiten mit der heimischen Stadtpolizei hatte. Auch Leichen machen sich, wenn sie erst richtig tot sind, der Unbeweglichkeit wegen im Fernsehen schlecht, das seinen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Presse verspielt, wenn es statt Action Stilleben bringt. Obendrein war wegen des Umweltgipfels die Sendezeit für Leichen schon durch solche aus Rio besetzt, wo man sie angeblich an jeder Straßenecke findet. Übrig blieb nur, das Sterben life auf die Mattscheibe zu bringen, den Körper, solange er noch zuckt, das Blut vor der Gerinnung.

Drei Tage war die Bestellung alt, da lieferte das bosnische Fernsehen die passenden Bilder. Von allen Stationen im hiesigen Kabelnetz wurden sie am 27. Mai als Top-Meldung in die Nachrichten übernommen. Mit der Warnung, daß Kinder und empfindsame Menschen besser wegsehen sollten, machte beispielsweise die Schweizer Tagesschau dem Publikum Appetit. Wer sich von der Gier nicht überwältigen ließ und nüchtern blieb, durfte sich dann vor der Fantasie der Redakteure gruseln.

Das Horrorvideo vom Granateneinschlag in die Menschenmenge sah so harmlos aus wie - Version Nr. 1 - von Mitgliedern des Stadttheaters Sarajewo in Heimarbeit produziert. Die Gruppierung der Verwundeten, die wie auf Befehl den Arm zum Winken erhoben, verriet die Handschrift desselben Stümpers, der 1989 in Rumänien auf dem Friedhof ausgegrabene Leichen für ein Propagandavideo über angebliche Massenschlächtereien der Securitate hatte herrichten lassen. Viel zu verschwenderisch für den modernen Geschmack war der Requisiteur mit rotem Saft umgegangen, weshalb »Bild« vollkommen zu Recht von einem »Blutbad« sprach. Den riesigen Lachen nach zu urteilen hätte ein Amokläufer die Kehle Dutzender mit dem Rasiermesser durchgeschnitten haben müssen. Obendrein wiesen die Personen, die nicht im Blut, sondern daneben lagen, und dies recht bequem, weder für Granatsplitter typische Verletzungen noch überhaupt sichtbare Wunden auf. Sichtbar war nur, daß Menschen getragen, geschleift oder gestützt wurden, woraus serbische Militärs auf Verletzungen der Beine schlossen, wie nicht Granaten, sondern Minen - Version Nr. 2 - sie hervorrufen. Experten mit Ortskenntnis wiesen auf die Ungereimtheit hin, daß bei keinem der umliegenden Häuser das Dach oder die oberen Stockwerke beschädigt waren und folglich die Granate nahezu senkrecht vom Himmel herab in die enge Gasse hätte gestürzt sein müssen, wo die Menschen vor einem Bäckerladen in der Schlange standen. Weder Ortskenner noch Militärfachmann brauchte einer sein, um die schnellen, verstohlenen Blicke in die Kamera zu bemerken, wie von Laiendarstellern, denen sie ausdrücklich verboten worden waren.

Daß die Artillerie der serbischen Milizen, sonst für geringe Treffsicherheit und flächendeckende Arbeitsweise berüchtigt, auf Anhieb ein schwieriges Punktziel präzise traf - phänomenal. Daß ferner das Timing zwischen der Artillerie auf den Hügeln und den Heckenschützen in der Stadt klappte - ein Wunder. Und gleich noch ein Wunder, daß obendrein ein Kamerateam des bosnischen Fernsehens im richtigen Augenblick zur Stelle war - in einer Gegend, wo selbst zu Friedenszeiten kein Fahrplan stimmt. Der Argloseste hätte ein Komplott wittern müssen angesicht einer Szenerie wie im Film »Der Dritte Mann«.

Nichts freilich sieht bisweilen gestellter und unglaubwürdiger aus als die Wirklichkeit. Doch ob gefingert oder echt - Version Nr. 3 , das Video war, was alle sehen wollten. Es bot Gelegenheit, das Gesicht zu wahren und gleichzeitig seine Ergebenheit zu beweisen. Die Presse bewies sie, indem sie nicht nach der Beweiskraft des Videos fragte, obgleich es in der Fernsehberichterstattung über diesen Krieg fast schon zur Regel geworden war, die gleichen Aufnahmen mit den gleichen Personen einmal als Bericht über kroatische und einmal als Bericht über serbische Opfer zu verkaufen.1 Auch fragte sie nicht, was das Besondere an diesen angeblich 20 Toten wäre in einem Bürgerkrieg, wo auf ähnliche Weise täglich Dutzende sterben. Stattdessen stellte die »Süddeutsche Zeitung« vom 29. Mai voller Genugtuung fest, daß die Rechnung aufgegangen war: »Ein Artillerieangriff serbischer Verbände auf einen Markt in Sarajewo, bei dem mindestens 20 Menschen getötet und über 140 verwundet wurden, hat in der EG und den Vereinten Nationen den Weg für drastische Sanktionen gegen Belgrad geebnet.« Wer immer noch kein abgekartetes Spiel vermutete, wurde vom Leitartikel des gleichen Blattes ausdrücklich belehrt: »Von ‘Barbarei’ hatte der amerikanische Außenminister James Baker in einer Anklage gegen Belgrad nur Tage zuvor gesprochen, und nun konnte alle Welt sehen, daß er nicht übertrieben hatte.«

II

Als dann am 30. Mai auch noch der 15-köpfige Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Filmkunstwerk prämierte und bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimme beschloß, daß der verbliebene Rest Jugoslawiens eine harte Straflektion verpaßt bekommen und nach Herzenslust schikaniert werden solle, mit totalem Handelsembargo, Verkehrsblockade und allem was dazugehört, da drückte die Einmütigkeit des Gremiums nichts anderes als die Bereitschaft seiner Mitglieder aus, bei nächster Gelegenheit einander die gleichen Zähne zu zeigen, die diesmal so einträchtig nach dem Schwächsten bissen.

Den Ton im Rudel gab die amerikanische Regierung an, die, seit sie im eigenen Land nur noch auf Abruf über die Amtsgewalt verfügt, zum Anhänger der Desperado-Weltanschauung wurde. Auf den Grundsatz vertrauend, daß der Mann mit der dicken Brieftasche und dem langen Arm kein guter Advokat sein muß, vielmehr wie der mit der Kanone durch umständliche Überredungsversuche nur seine knapp bemessene Zeit verplempern würde, nahm sie die russischen Kollegen ins Gebet, die es ohnehin besser als alle anderen wissen, daß gegen harte Dollars die beste Philosophie nichts hilft. Einvernehmen bestand zwischen dem Erpresser und den Erpreßbaren darin, daß Rechtsgründe und moralische Legitimationen ein Luxus seien, den sich in diesen schweren Zeiten keiner leisten kann.

Zwar war den Delegierten zum Zeitpunkt der Beschlußfassung der offizielle UN-Bericht zum Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina nicht bekannt, der auf zwei mit der Resolution nicht vereinbare Fakten ausdrücklich hinweist: einerseits auf die Präsenz regulärer, Tudjman unterstehender kroatischer Einheiten in Bosnien; andererseits darauf, daß die Belgrader Regierung keine Befehlsgewalt mehr über die Milizen bosnischer Serben und die mit ihnen verbündeten Überbleibsel der ehemaligen Bundesarmee besitzt. Zu den vielen kleinen Gaunereien hinter den Kulissen in der Affäre gehört, daß Generalsekretär Boutros Ghali das vom 30. Mai datierte Papier vier Tage zurückhielt und es erst am 3. Juni weitergab, angeblich mit Rücksicht auf die in Jugoslawien am 31. Mai abgehaltenen Wahlen, bei denen auf Wunsch der USA die regierenden Sozialisten geschwächt werden sollten.

Arglos und gutgläubig auf einen schmutzigen Trick hereingefallen war trotzdem keiner. Es macht den besonderen Charakter und die politische Bedeutung der UN-Resolution vom 30. Mai aus, daß sie gegen besseres und allgemein verfügbares Wissen zustandekam. Nicht den Bericht, aber die darin aufgeführten Fakten kannten alle. Denn sogar in der antiserbischen Hetzpresse stand, was jede zu Rückschlüssen fähige Person auch ohne Kenntnis irgendwelcher Einzelheiten wußte: Dort, wo wochenlang schwere Gefechte tobten, konnte die »serbisch beherrschte jugoslawische Bundesarmee« nicht die einzige gewesen sein, weil zum Kriegspielen mindestens zwei gehören. Weder linke noch rechte Blätter verschwiegen, und selbst Reißmüller in der »FAZ« gab es zu, daß in Bosnien-Herzegowina auch kroatische Verbände operieren, unter ihnen solche der faschistischen HOS-Partei, deren erklärtes politisches Ziel und deren Praxis im Bürgerkrieg die Ausrottung und Vertreibung von Serben ist. Radio Sarajewo, immerhin in moslemischer Hand, wurde von sämtlichen Blättern mit dem verzweifelten Eingeständnis zitiert, daß auf allen Seiten, inklusive der eigenen, in diesem Bürgerkrieg statt eines Oberkommandos der Wahnsinn regiere. Aus der wochenlang fast täglich wiederkehrenden Meldung, im Bereich des unter serbischer Kontrolle stehenden Flughafens von Sarajewo und der Marschall-Tito-Kaserne seien erneut heftige Kämpfe aufgeflammt, konnte sich jeder selber zusammenreimen, wer dabei die Angreifer waren.

Nicht die Belgrader »Politika«, sondern die »Welt« (vom 25.2.) hatte - voller Sympathie zwar, aber gerade deshalb auch mit der nötigen Liebe zum Detail - über die Ambitionen des kroatischen Faschistenführers Paraga, übrigens studierter Theologe, berichtet: »Heute sind ihm in Kroatien nach gängigen Schätzungen rund 20 000 bewaffnete Kämpfer in der militärischen Organisation seiner Partei ergeben. Diese Kroatische Verteidigungsarmee (HOS) verfügt in Bosnien-Herzegowina über weitere 16 000 Mann unter Waffen. Die HSP fordert ein Kroatien in den Grenzen, die unter der Habsburg-Monarchie galten. Bosnien-Herzegowina und ein Teil der Wojwodina gehörten dazu. ‘Es sind die historischen Grenzen unseres Landes, und dort leben zu 80 Prozent Kroaten’, sagt Paraga in einem Gespräch mit der WELT. Wobei er die bosnischen Moslems als islamisierte Kroaten sieht... Die Ustaschas - immer wieder tauchen sie schemenhaft in den Reden der HSP-Führer auf, subtil, kaum greifbar. Klug dosiert und wie beiläufig streut Paraga Bemerkungen ein: Alle, die gegen die Serben gekämpft hätten, seien Kämpfer für eine gute Sache gewesen, auch der damalige faschistische Staatschef Pavelic. Deutlicher wird der bosnische HOS-Chef Davor Pirenovic: ‘Wißt ihr, wie wir ein Dorf kampflos von den Tschetniks befreit haben? Nur durch ein Lied: Wir sind keine Russen, wir sind keine Engländer - hier kommt die Ustascha!’ Beifall und Gelächter im Saal. Die Vergangenheit lebt. Aber es wäre falsch, die HSP-Anhänger als Faschisten oder Ustaschas zu sehen... In Bosnien ist die HOS die letzte Hoffnung vieler Kroaten... Es waren HOS-Milizen, die kürzlich Panzersperren in der Stadt Mostar errichteten. Als Zagreb nach der Unabhängigkeitserklärung Grenzschilder aufstellen ließ, wurden sie von bosnischen Kroaten 25 Kilometer weit ins Landesinnere versetzt. ‘Jeder ist bewaffnet, gerade deswegen ist noch kein Krieg ausgebrochen’, sagt Pirenovic. ‘Wir haben mit den Moslems einen Krisenstab eingerichtet. Wenn die Serben schießen, werden ihre Familien abgeschlachtet, und sie wissen es.’ In geschliffenen Formulierungen sagt der in Deutschland ausgebildete Arzt, man wolle die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln erreichen. Sollte dies an den Serben scheitern, sagt er ein Blutbad ohnegleichen voraus. ‘Jeder Moslem, jeder Kroate hat seine Kalaschnikow. Er hat den Auftrag, wenn es losgeht, die serbischen Familien in seinem Wohnhaus, seiner Nach- barschaft zu töten. Das ist die einzige Sprache, die sie verstehen.’ Der Akademiker lehnt sich zurück: ‘Das ist natürlich nicht nach europäischem Geschmack. Aber so wird es sein.’«

Ebenfalls kein serbisches Blatt, sondern die »FAZ« vom 11.5.92 wußte über den Landhunger der amtierenden kroatischen Regierung zu melden: »Die Idee einer Teilung Bosnien-Hercegovinas zwischen Serbien und Kroatien spukte seit je im Kopf des kroatischen Präsidenten Tudjman, der auch aktiv dazu beitrug, daß sich in der kroatischen Partei Bosniens anstelle des für einen selbständigen Staat eintretenden Flügels unter Klujic derjenige der anschlußfreudigen Kroaten der Hercegovina unter Boban durchsetzte... Tudjman muß sich nun Vorwürfe gefallen lassen, er träume von einem ‘Groß-

Kroatien' und lasse kroatische Truppen in Bosnien kämpfen.« Zehn Tage später, am 21.5. stöhnte das gleiche Blatt, weil unter Patzern der Kroaten am meisten der deutsche Mentor leidet: »Der Präsident umgibt sich mehr und mehr mit Beratern aus der westlichen Hercegovina, die extrem nationalistisch eingestellt sind; außerdem hört er sehr auf Emigranten. Die reden unentwegt von einer Teilung Bosniens oder von einem Groß-Kroatien bis an die Drina... Die Fehler, die man Tudjman ankreiden kann, begannen mit dem Verhalten gegenüber den Serben und der Art der Kriegführung; sie setzen sich fort mit den unglücklichen Reden über die Teilung Bosniens, die auch jetzt nicht aufhören wollen.«

Keineswegs mußte der aufmerksame Zeitungsleser den Kommentatoren glauben, daß es in Bosnien nur eine schießwütige serbo-kommunistische Bundesarmee auf der einen Seite und auf der anderen friedliebende, unbewaffnete muslimische Zivilisten gebe. Vielmehr konnte er seine Schlüsse aus Meldungen wie etwa dieser ziehen: »Die Angst vor einer ungewissen Zukunft hat nicht nur die Serben erfaßt, die zu Tausenden aus dem Neretva-Tal von Sarajewo nach Serbien fliehen, sondern auch die in Bosnien lebenden Juden. Am Wochenende flog die jugoslawische Armee 132 Juden zusammen mit Familienangehörigen serbischer Berufssoldaten aus Sarajewo aus und brachte sie nach Belgrad. Die Aktion soll fortgesetzt werden. Die Zahl der Juden, die auf verschiedenen Fluchtwegen von Sarajewo nach Belgrad fliehen, wird künftig nicht mehr bekanntgegeben. Klara Mandic, Sprecherin der Jüdischen Gemeinde Jugoslawiens, erklärte in Belgrad: 'Da wir Repressalien befürchten, verzichten wir darauf, Angaben über das Ausmaß der Evakuierung zu machen.' In Sarajewo lebt eine der größten und reichsten jüdischen Gemeinden des Balkans. Angst haben die Juden vor allem vor den muslimischen paramilitärischen Einheiten, den Grünen Baretten, die angeblich zum Teil vom Ausland bezahlt sein und mit muslimischen Fundamentalisten in Verbindung stehen sollen. Ob der Führer der Muslime, der Republikpräsident Aljia Izetbegovic, in der Lage ist, auf die militanten Grünen Barette Einfluß zu nehmen, ist zur Zeit unklar.« (»Stuttgarter Zeitung« vom 13.4.92)

Keineswegs auch wurden Nachrichten über den wirklichen Frontverlauf einfach unterdrückt. Die »Stuttgarter Zeitung« vom 4. April meldete: »Von schrecklichen Massakern wird berichtet, von Massenflucht und zahllosen Opfern. Ein Zufall? Sicher nicht. Vielmehr scheinen sich die Extremisten aller Seiten vereinigt zu haben - im Töten... Die von den Volksgruppenführern Bosniens - und unter Vermittlung der EG - kürzlich im Grundsatz vereinbarte Aufteilung der Republik in Kantone hat dazu geführt, daß um den Verlauf der noch gar nicht genau festgelegten Grenzen erbitterte Gefechte ausgebrochen sind, an denen sich Serben, Kroaten und Muslime gleichermaßen beteiligen.« Am 9.4. schrieb das Blatt über die Lage im Bürgerkrieg: »Zufrieden sind lediglich die kleinen Präsidenten der zahlreichen Krisenstäbe und die zahlreichen schwerbewaffneten Kommandanten der großen wie kleinen Barrikadenkämpfer-Trupps. Sie können in diesen Tagen ihre Macht in vollen Zügen genießen... Plünderer und nicht identifizierte Scharfschützen haben in diesen Tagen und Nächten ihre große Zeit.« Der Wortlaut einer dpa-Meldung vom 8. Mai, hier aus der »FAZ« vom folgenden Tag zitiert: »'Da bahnt sich eine Katastrophe an.' So faßte der deutsche Diplomat Klaus Boennemann am Freitag in Belgrad die Lage in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo zusammen... In der Stadt trieben im Windschatten des Bürgerkrieges 'kriminelle Banden' ihr Unwesen, die 'maskiert und mit KalaschnikowGewehren bewaffnet Wohnungen plündern und Passanten ausrauben'... Selbst die politischen Führer der Muslime, Serben und Kroaten seien psychisch am Ende: 'Die sorgen sich selbst ums nackte Überleben.' Die brutale Gewalt in Sarajevo habe sich verselbständigt.«

Zum gleichen Schluß kamen UNO-Beamte, wie man in der »Stuttgarter Zeitung« vom 15.5. las: »Lord Carringtons Vertreter im Rahmen der EG-Friedenskonferenz über Jugoslawien, Colm Doyne, begründete den Abzug der EG-Beobachter in Belgrad mit den Worten: 'Die politischen Führungen der Moslems, der Serben und der Kroaten haben die Kontrolle über Teile ihrer bewaffneten Einheiten, insbesondere über jene, die in Sarajewo kämpfen, verloren.' In seinem Bericht an den Weltsicherheitsrat charakterisiert der Unterstaatssekretär der UN, Goulding, die Situation in Bosnien-Herzegowina mit 'tragisch, gewalttätig, gefährlich und konfus'.«

III

Nichtsdestotrotz den verbliebenen Rest Jugoslawiens als für die Gewalt in Bosnien allein verantwortlichen Aggressor mit schweren Sanktionen zu bestrafen, war eine beispiellose, atemberaubende Demonstration von Willkür. Niemand soll, so die Botschaft, sich mehr in Sicherheit wiegen, daß die Entscheidungen der Machthaber vernünftig sein müssen und im Zweifelsfall unter Berufung auf die Vernunft Einspruch gegen sie erhoben werden kann.

Statt die Botschaft der Resolution zu bemänteln, hob der später vorgelegte UN-Bericht sie nur noch deutlicher hervor, weil er die Entscheidung vom 30. Mai vor aller Öffentlichkeit als groteskes Fehlurteil entlarvte und die Enthüllung trotzdem absolut folgenlos blieb. Keiner wußte das Selbstbewußtsein derer, die sich als Vertreter des kommenden Machtverhältnisses begreifen, besser auszudrücken als der amerikanische Präsident. Seine Behauptung, die »schwerwiegenden Vorgänge in Serbien und Montenegro]seien eine ungewöhnliche und außerordentliche Gefahr für die nationale Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten» (»Neue Zürcher Zeitung« vom 2.6.92), war kein Rechtfertigungsversuch mehr, sondern ein anderer Ausdruck für »Ihr könnt mich« - angesichts einer demnächst wählenden Bevölkerung nämlich, die genau solche Sprüche nicht mehr hören und stattdessen Arbeitsplätze haben will.

Nicht, daß die neue Willkür bislang und anderswo unbekannt gewesen wäre, täglich berichtete darüber vielmehr die Presse. Selbst in den Blättern der herrschenden Oligarchie werfen deren Fraktionen einander Selbstherrlichkeit und autokratisches Gehabe vor, und die falschen Beweggründe ändern nichts an der Richtigkeit des Befunds. Im Wirtschaftsteil der »FAZ«, wo die Entscheidung der ÖTV-Spitze, gegen den erklärten Willen einer Mehrheit der Mitglieder den Streik abzubrechen, selbstverständlich ungeteilte Zustimmung fand, war am 5. Juni über die Reaktionen auf den dänischen Volksentscheid gegen Maastricht zu lesen: »Sprache ist entlarvend. Nach dem Volksentscheid in Dänemark haben sich manche Politiker zu der Feststellung verstiegen, nun müsse man sich erst einmal der 'Schadensbegrenzung' widmen. Wie? Darf sich der Souverän als Schädling der Politik eingestuft sehen, wenn er nicht blind jede Regierungsparaphe bestätigt? Mit merkwürdigen Begriffen gehen diejenigen um, die sich als Dauerpächter der Macht begreifen, obwohl ihnen doch nur ein Vertretungsbefugnis auf Zeit gegeben wurde.«

Den Umweltgipfel nach Rio zu verlegen und die geballte Ladung von 120 Staatsoberhäuptern mit zahllosen Wichtigtuern und Schnorrern im Troß ihren Prunk, Protz und Pomp ausgerechnet in unmittelbarer Nähe zu den Slums zelebrieren zu lassen, war eine gezielte Provokation der Elenden in den Favelas. Stellvertretend für alle Elenden dieser Erde wurde ihnen klargemacht, daß sie eh keine Chance haben, nur die Luft verpesten, sich auf keinen Fall vermehren und noch besser gleich abkratzen sollen. Zur Unbekümmertheit, mit der ein vollbeschäftigter Regionalpolitiker heimlich Ruhestandsbezüge kassiert, und zur Unverfrorenheit, mit der er den Bezug öffentlich verteidigt, paßt ein Außenminister, bei dem die Mir-kann-keiner-Haltung berufsbedingt freilich dazu führt, daß seine Manieren denen eines Obersturmbannführers immer ähnlicher werden. »Kinkel erklärte, jetzt müsse es das Ziel aller Politik sein, 'Serbien in die Knie zu zwingen'. Über die Führung in Belgrad sagte der Außenminister: 'Die müssen einknicken'«, schrieb am 22. Mai die »Süddeutsche Zeitung« stolz, um drei Tage später unter dem Titel »Der diplomatische Neuling redet Klartext« die brutale deutsche Art noch schamloser zu bewundern:»Kinkel dürfte im vertraulichen Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen James Baker nicht weniger eindeutig gewesen sein als in seinen öffentlichen Äußerungen. 'Serbien muß in die Knie gezwungen werden', sagte Hans-Dietrich Genschers Nachfolger... Ohne diplomatische Verklausulierung warnte er seinen russischen Kollegen Andrej Kosyrew, weiter die Hand schützend über Serbiens Führung zu halten.«

Die Nötigung Rußlands schloß sich an die Drohung gegen Chile an, die Nicht-Auslieferung Honeckers werde als »unfreundlicher Akt« betrachtet und geahndet - reihum war ein munteres Hauen und Stechen im Gang, das man nur noch im Telegrammstil nacherzählen kann: Bonn nimmt Verfolgung kurdischer Separatisten zum Vorwand, türkische Regierung rüde zu rüffeln und ihr laufende Waffenlieferungen zu sperren; Ankara, auch nicht faul, droht militärische Aktionen gegen Armenien an, dessen Armee in Aserbaidschan wildert, worauf Moskau wiederum mit der Warnung vor dem dann unvermeidlichen dritten Weltkrieg reagiert.

Hingerissen vom kernigen neuen Umgangston, mitgerissen von der eigenen Begeisterung für ihn, verfiel Theo Sommer in der »Zeit« (vom 29.5.) beim Schwadronieren plötzlich ins Kommandieren und auch gleich in die erste Person: »Es war eine Schande, wie Europa voriges Jahr mit verschränkten Armen zusah, als die serbische Kriegsmarine Dubrovnik in Schutt und Asche legte. Sollte sich dies - in Dubrovnik oder anderen adriatischen Hafenstädten - wiederholen, müßte der Westen mit einem Ultimatum eingreifen: 'Entweder Sie drehen ab, oder Sie werden versenkt!'« Angeblich war der »Zeit«-Chef zum Diktat im Matrosenanzug erschienen und steigt seither mit der Kapitänsmütze in die Badewanne, doch kann der schwache Witz nicht hinwegtrösten darüber, daß Infantilismus bei erwachsenen Männern eine meist für andere lebensgefährliche Krankheit ist.

Während brave Politologen die Renaissance des Nationalstaats priesen und ihm eine große Zukunft versprachen, weil er sich so prächtig vermehrte, hatte der gerade abgedankt: Was nützt einem der Professorentitel, seit ihn tausende von Dummköpfen führen, welcher Wert kommt der nationalen Souveränität noch zu, wenn selbst Zwergvölker und Puppensstubenstaaten sie besitzen? Nichts bedeuteten die Anerkennungsurkunden mehr, als man anfing, sie im Fließbandverfahren auszustellen. Rechte, die sie einmal garantierten, galt es nun im Kampf auf freier Wildbahn zu erstreiten. Statt, wie es aussah, den baltischen, balkanesischen und sowjetischen Stämmen zu eigenen Staaten zu verhelfen, hatte der Zusammenbruch des Ostblock sie und alle anderen staatenlos gemacht, und die Menschen rechtlos. Auf Betreiben Englands und der USA konnte der UN-Sicherheitsrat daher gegen Lybien Sanktionen verhängen, nur weil die lybische Regierung nicht tat, was die Verfassung praktisch eines jeden souveränen Staates der Regierung ausdrücklich verbietet, nämlich eigene Staatsbürger an eine fremde Macht auszuliefern. Welche wahre Meinung die Bundesregierung von den nach Unabhängigkeit strebenden jungen Demokratien besaß, deren internationale Anerkennung sie so energisch betrieben hatte, mußten die Flüchtlinge aus der unabhängig gewordenen Republik Bosnien-Herzegowina erfahren, die nun jämmerlich vor geschlossenen Grenzen standen, während sie als jugoslawische Staatsbürger vom Visumzwang befreit gewesen waren.

Schien es auch, als ob dem Starken die Welt gehöre, weil zum Beispiel ein Bundesbürger jedes Land bereisen kann und ein Bosnier keines, so blieben doch auch die vorläufig noch Privilegierten von der Verwandlung in Rechtlose nicht verschont. Daß sich um Rechtsgründe keiner mehr schert, vielmehr allein die Macht, die Gewalt und die Gelegenheit zählen, war das gemeinsame Wesen vordergründig ganz verschiedener Erscheinungen, unter denen auch der reiche Westen litt. Die

Brutalisierung der Kleinkriminellen; der Freispruch von Los Angeles; die Korruptionsanfälligkeit der Beamten; Wohnungsnot und Verfall der Infrastruktur; Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten und Obdachlosigkeit; Gewerkschaften, die nichts mehr zu melden haben; die Raffgier der Politiker und ihre Selbstherrlichkeit; in weiten Kreisen der Bevölkerung das Gefühl absoluter Ohnmacht; gleichzeitig vom rechtsradikalen Asozialen bis zum Außenminister die gleiche Bereitschaft, zuzuschlagen - dies alles deutete an, was die freie Konkurrenz in einem Kapitalismus sein würde, der selber, seit der Ostblock zertrümmert ist, keine Konkurrenz mehr kennt: die Hölle.

Man versteht die Resolution des Sicherheitsrats vom 30. Mai nicht, wenn man sie nicht als Produkt und weitertreibendes Moment einer Entwicklung begreift, wie Hannah Arendt sie mit Blick auf die 20er Jahre beschrieben hat: »Die Opfer]von Arbeitslosigkeit, Staatenlosigkeit, Deklassierung fügten dem Zynismus]derer, die das für normal hielten einen kaum verborgenen, schwelenden Haß auf diesen normalen Lauf der Welt hinzu, der um so gefährlicher war, als weder sie noch ihre Umgebung verstanden, was eigentlich passiert war. An Haß hat es vermutlich niemals in der Welt gefehlt; aber in diesen Nachkriegsjahren wuchs er zu einem entscheidenden politischen Faktor in allen öffentlichen Angelegenheiten heran. Die Atmosphäre des öffentlichen Lebens der zwanziger Jahre schien geladen mit der schwülen und unheilvollen, diffusen Irritabilität einer Strindbergschen Familientragödie. Denn der Haß konnte sich auf niemand und nichts wirklich konzentrieren; er fand niemanden vor, den er verantwortlich machen konnte - nicht die Regierung und nicht die Bourgeoisie und nicht die jeweiligen Mächte des Auslandes. So drang er in alle Poren des täglichen Lebens und konnte sich nach allen Richtungen verbreiten, konnte die phantastischsten, unvorhersehbarsten Formen annehmen; nichts blieb vor ihm geschützt, und es gab keine Sache in der Welt, bei der man sicher sein konnte, daß der Haß sich nicht plötzlich gerade auf sie konzentrieren würde.«2

IV

Daß diesmal ausgerechnet Jugoslawien solchen plötzlichen Haß zu spüren bekam, ist dennoch weder reiner Zufall, noch bloß dem Umstand geschuldet, daß die US-Regierung der neuen arabisch-amerikanischen Freundschaft im Falle eines Falles selbst Israel opfern würde und sie sich deshalb gemeinsam mit den islamischen Staaten ums Schicksal moslemischer Bosniaken sorgt. Auf Jugoslawien war vielmehr die Welt so erpicht, weil dort früher als anderswo die Politik offen beherrscht wurde vom Halbfett-Margarinereklamespruch »Du darfst!«, welcher seit dem Zusammenbruch des Ostblocks der heimliche kategorische Imperativ aller Machthaber war. Voller Neid, und frohlockend zugleich, hatten sie es mitansehen müssen, wie auf dem Balkan ein paar hergelaufene Hühnerdiebe Marke Tudjman und Izetbegovic richtig Geschichte machten, nicht nur auf dem Papier, sondern mit Gebietseroberungen und Schlachtenlärm. Nunmehr war der Punkt gekommen, wo der ungeduldige Vater seinen Eisenbahn spielenden Sohn mittels des Machtworts »Laß mal Papa dran!« vom Schaltpult verscheucht. Wenn, wie am 30. Mai, die Schwachen und Kleinen zum Vorbild der Großen und Starken werden, dann nur, weil sie schon deren kontrastreicheres Abbild gewesen sind. Seit dem 30. Mai 1992 darf man das zerstörte Jugoslawien als die Speerspitze des Fortschritts und als Große Welt im Kleinen betrachten, deshalb auch, weil Deutschland alle Anstrengungen unternimmt, ein seiner Vorherrschaft unterworfenes Vereintes Europa zu erzwingen, das aufs Haar dem Bild gleichen würde, welches die Deutschen vom Vielvölkerkerker in serbischer Hand entworfen hatten. Die »FAZ« untertrieb, als sie, durchaus krisenbewußt, am 3. Juni schrieb: »Blickt man auf politische Krisenerscheinungen in den anderen europäischen Ländern, so ergibt sich ein beunruhigendes Bild: die Gemeinschaft als Kartenhaus geschwächter Demokratien, die sich wechselseitig abstützen und zunehmend von einer demokratisch nicht kontrollierten Brüsseler Bürokratie bestimmt werden. Ein Hauch von Ancien régime liegt über Europa.«

Richtig ist demgegenüber, daß seit dem 30. Mai 92 die Bombe tickt, von der freilich keiner weiß, wann und wo sie hochgehen wird. Nicht auszuschließen auch, daß sentimentalen Naturen der Gedanke kommt, es sei nun an der Zeit, unter der Parole »Friede den Hütten, Krieg den Palästen« und mit dem Schlachtruf »à la laterne« auf den Lippen die Regierungssitze zu stürmen und die Villenviertel dazu.

Anmerkungen

1) Aktuelles Beispiel: Am 6. Mai zeigte SAT 1 in der Hauptnachrichtensendung um 18.45 Uhr Bilder von Trebinje, das angeblich unter serbischem Beschuß lag. In der Heute-Sendung des ZDF um 19.00 Uhr wurden die gleichen Bilder gezeigt, diesmal mit der - zutreffenden - Erklärung, kroatische Verbände griffen die von Serben gehaltene Stadt an. In der Sendung Hessen 3 aktuell um 19.55 waren bei gleichem Bildmaterial aus den Serben wieder Kroaten geworden und umgekehrt: Nicht nur Sarajewo, sondern auch Trebinje habe die Bundesarmee beschossen.

2) Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Ullstein-TB, Bd. 2, S. 221

Dieser Text erscheint auch in Wolfgang Pohrts Buch »Das Jahr danach«, das die Berliner Edition Tiamat im Juli herausbringen wird. Es enthält Beiträge zum Golfkriegspazifismus, zur Ausländerverfolgung in Deutschland und zum Serbienfeldzug, wird 352 Seiten umfassen und ca. 34 Mark kosten

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 4/92 über die Folter als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung

Konkret 07/92, S. 16

Bernhelm Booß-Bavnbek

Europa? Nej tak!
Habermas in Dänemark

Markieren die Maastrichter Beschlüsse vom Dezember letzten Jahres den Anfang vom Ende des europäischen Einigungsprozesses? Das »Nej« der Dänen und die begeisterten Reaktionen der EG-Gegner in anderen Mitgliedsstaaten darauf, lassen das möglich erscheinen. Bernhelm Booß-Bavnbek untersucht mit Jürgen Habermas' Hilfe die Gründe für das Ergebnis des dänischen Referendums. Eckhard Voss beschreibt seine Wirkung in Großbritannien

I

Seit 15 Jahren lebe ich als Deutscher in Dänemark, mit einer Dänin verhei-ratet und mit zahlreichen Kontakten im dänischen intellektuellen und politischen Leben. Eigentlich ein putziges Land, dieses Dänemark, mit seinen 5 Millionen Einwohnern, das nach den Düppeler Schanzen 1864 vorsichtshalber keine neuen Konflikte mit dem großen Nachbarn im Süden riskiert hat. Es war im 1. Weltkrieg offiziell neutral, notgedrungen aber sehr rücksichtsvoll gegenüber der deutsche Seite. Besetzt im 2. Weltkrieg, taktierend zwischen Kollaboration und Widerstand. Laues Nato-Mitglied seit 1949 mit häufiger Kritik an der Kernwaffenstationierung. Nach einem Referendum 1972 aktives EG-Mitglied (damals gab es bereits 36,6 Prozent Nein-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 90,4 Prozent), das seinen Atomstrom aus Schweden und der BRD bezieht, selbst aber keine Kernkraftwerke im Lande duldet.

Bauernschläue oder praktischer Alltagsverstand? Sympathisch oder nicht? Jedenfalls ein Land, das in nunmehr 100 Jahren viel Streß und Aufregung vermieden hat. Glücklich uninteressant.

Nach dem EG-Referendum vom 2. Juni 1992 jedoch werde ich plötzlich von deutschen Freunden über »die Dänen« ausgequetscht: Welche Gründe mögen sie zu diesem Votum veranlaßt haben? Welche Rolle spielte dabei die Angst vor den Deutschen? Welche die Angst vor sozialen Verlusten, welche nationalistische Impulse? Wie werden die jetzt ausgesprochenen Drohungen aufgenommen, man könne zur Not auch ohne Dänemark?

Ähnliche Fragen stellen sich nach dem Ausgang des Referendums, das bei einer Wahlbeteiligung von 84,6 Prozent mit 50,7 Prozent Nein-Stimmen den Maastrichter Unionsvertrag verwarf, den das dänische Folketing schon mit 5/6-Mehrheit gebilligt hatte, auch dänische Politiker. Dabei war eigentlich alles klipp und klar gewesen; eine überwältigende parlamentarische Mehrheit gesichert; die Berufsverbände - Gewerkschaften, Bauernverbände und industrielle Vereinigungen - aufs Ja eingeschworen; waren für politisch unterschiedliche Empfänger differenzierte Argumentationen über Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreitet worden, also wahlweise »herrlich« oder »eigentlich nein, aber nun doch«. Alle größeren dänischen Zeitungen, »Berlingske Tidende«, »Politiken«, »Aktuelt«, »Information«, »BT«, »Extra-Bladet« und »Jyllands Posten« riefen am Wahltag in ihren Leitartikeln auf, mit Ja zu stimmen. Entsprechend dann die Antwort der Politiker auf das Ergebnis: »Wir verstehen die Dänen nicht!«

Einige meinen nun empört, die Bevölkerungsmehrheit habe sich das mit Ausschreibung einer Volksabstimmung in sie gesetzte Vertrauen verscherzt und könne es nur durch rasche Umkehr und verstärkte Staatsfrömmigkeit wiedergewinnen. Einige drohten der aufmüpfigen Bevölkerung, sie werde ihr Nein noch bereuen, und man werde dabei ein wenig nachhelfen. Einige beklagten die »unzureichende Information der Bevölkerung«, als ob es den Wählern daran gefehlt hätte.

Wie hat es zu einem solchen Gegensatz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten kommen können? Man kennt das Muster in ungleich gröberem Maßstab aus der DDR des Jahres 1989, als noch im Mai bei den Kommunalwahlen - Wahlschwindel hin oder her - 80-90 Prozent für die Listen der Nationalen Front gestimmt hatten und es noch im September Ergebenheitsadressen hagelte - im November war dann alles vorbei. Auch der Wahlsieg der britischen Konservativen am 9. April (von dem selbst die »Financial Times« nichts mehr hatte wissen wollen) gehört hierher. Wie kommt es zu diesem Unvermögen der politischen Parteien, Willen und Wünsche von Menschen und Menschengruppen wahrzunehmen und auszudrücken? Bei Jürgen Habermas* findet man dazu einige interessante Überlegungen.

1. Lehre: Nach Habermas werden gerade im funktionierenden Sozialstaat *die Parteien von einem expandierenden Staatsapparat aufgesogen... Die Verwaltung programmiert sich selbst.* Ist das Projekt Volkssouveränität also gescheitert? *In komplexen Gesellschaften scheitern auch die ernsthaftesten Anstrengungen um politische Selbstorganisation an Widerständen, die auf den systemischen Eigensinn des Marktes und der administrativen Macht zurückgehen.* Als Post-Hegelianer gibt Habermas aber gegen alle eigenen systemischen Abstraktionen der Realität noch eine Chance, nämlich *demokratische Verallgemeinerung von Interessenlagen... bereits unterhalb der Schwelle der zu Großorganisationen verselbständigten und ins politische System gleichsam abgewanderten Parteiapparate zu ermöglichen*. Der Pragmatiker gegen resignative Kopfgeburten: *Wie sich... die spontane Meinungsbildung in autonomen Öffentlichkeiten und die*

organisierte Beschaffung von Massenloyalität durchdringen und wer wen überwältigt, ist eine empirische Frage.

II

Am 2. Juni hat die spontane Meinungsbildung in Dänemark die organisierte Beschaffung von Massenloyalität überwältigt. Verstehe ich die Dänen? Muß man sie verstehen? Im Kollegenkreis und bei Informationsveranstaltungen war es häufig so: Wenn die Anhänger der Europaunion, oft besser gestellt, mit ihren Argumenten kamen, rechten und linken, guten und schlechten, dann sagten die Unionsgegner einfach: »Nein. Das wollen wir aber nicht. Punktum.«

2. Lehre: Vielleicht sollten in einer idealen Demokratie nur Argumente Geltung haben, die expliziert, vermittelt, nachgeprüft und bestätigt werden können: *Die Ausübung politischer Herrschaft soll nurmehr aus Vernunft gerechtfertigt werden können.* Für Habermas ein Problem. Denn die Vernunft muß dem Gefühl folgen. Eilt sie ihm voraus, wird alles nur immer abstruser und landet womöglich beim *tugendhaften Terror*. Deshalb *muß der öffentliche Diskurs zwischen Vernunft und Willen, der Meinungsbildung aller und der majoritären Willensbildung der Volksvertreter vermitteln*. Zu Recht weigern sich die dänischen Neinsager, als unzurechnungsfähig behandelt zu werden, und bestehen auf dem Respekt vor ihren Willensäußerungen, Wünschen, Vorlieben. Als wären sie *emanzipierte Einzelne, die gemeinsam zu Autoren ihres Schicksals berufen sind.*

III

Kann man nicht doch zu Mutmaßungen über konkrete Beweggründe der Neinsager (und die vielen, vielen Zweifel und Vorbehalte der Jasager) gelangen? Man kann.

Das traumatische Verhältnis zum großen Nachbarn im Süden hat sicher eine Rolle gespielt. Jedenfalls bei den Jasagern. Für sie war die Propagierung einer »Einbindung des neuen Großdeutschland in eine demokratische europäische Union« ein wichtiges Ziel. Natürlich nur, um linke Stimmen zu fangen. Für die dänische Rechte sind die Deutschen vor allem attraktive und angesehene Geschäftspartner. Wer zahlt, bestimmt.

Bei den Neinsagern, nun mal ehrlich, war die Angst vor den Deutschen kein zentrales Argument. Zwar gab es sie: Im feinsinnigen Witz der Autonomen, die in zweifelhafter Orthographie Hauswände mit »alle dänen müssen ja sagen« bemalten. Oder bei Vorbehalten von Naturfreunden gegen den von Deutschen mitgetragenen Massentourismus. Mehr Macht und Einfluß in Europa wünscht man hierzulande den Deutschen gewiß nicht. Die neue militärische Achse Bonn-Paris schreckt. Aber der »häßliche«, »säbelrasselnde«, »anmaßende« oder sonstwie »unsympathische Deutsche« trat in den Diskussionen der Neinsager nur im Zusammenhang des in Hoyerswerda und sonst in der BRD sichtbar gewordenen Rassismus und Neonazismus auf. Es ist aber in Dänemark, anders als in England, nicht »salonfähig«, deutsche Neonazis, deutsche Pogrome und die ambivalente Rolle der Polizei und des Staatsapparates im neuen Deutschland einem spezifisch deutschen Menschentyp oder Staatswesen zuzurechnen. Ausländerfeindliches Verhalten wird vielmehr - von den Neinsagern - als Menetekel eines eurorassistischen Superstaates verstanden, als Vorschein eines Umgangsstils brutalisierter Verantwortungslosigkeit.

Fremdenfeindliche und rassistische Argumente selbst haben beim Referendum nur in einem sehr begrenzten Umfang eine Rolle gespielt - bei den Jasagern, die sich für eine »Regelung der Flüchtlings- und Einwandererprobleme im EG-Rahmen« stark machten. Aber bei den Neinsagern? Kein Thema.

Ein wichtiges Thema für beide, Jasager wie Neinsager, ist jedoch die Angst vor einem sozialen Abstieg gewesen. Die Jasager prophezeiten eine Zunahme der wirtschaftlichen Probleme, steigende Arbeitslosigkeit, teure Kompensationsleistungen und rasch schwindende Mittel für Sozialleistungen für den Fall, daß Dänemark den Weg zur Union verlassen sollte. Dagegen haben die Neinsager darauf hingewiesen, daß die Erhebung des Monetarismus in den europäischen Verfassungsrang durch die Maastrichter Vereinbarungen gerade keine Garantie für Vollbeschäftigung bietet, daß die westeuropäischen Märkte zugänglich bleiben, daß andere Märkte auch locken usw. Wirklich überzeugende ökonomische Argumente hatte keine Seite, weil wirtschaftliche Prognosen zur Zeit überhaupt wohl schwer zu stellen, wenn nicht unmöglich sind. Das war Expertengezänk. Aber letztendlich wußten wohl die meisten Wähler, daß bei einem Nein ökonomische Schwierigkeiten der einen oder anderen Art ins Haus stehen können.

Sie wußten aber auch, daß ihr Land bei einer weiten Definition des »Lebensstandards« im Weltmaßstab an der Spitze liegt. Die Dänen sind - wieder im Weltmaßstab - bei aller Meckerei am zufriedensten mit der Einrichtung ihres Landes, mit ihrem politischen System und ihrem öffentlichen Gesundheitswesen, der mäßigen, aber gleichen Volkspension, dem freien und großzügigen Bildungssystem und den übrigen, oft bescheidenen, aber garantierten Sozialleistungen. Jeder Däne weiß, daß es auf EG-Basis weder den politischen Willen noch die erforderlichen Mittel gibt, um das dänische Modell zu verallgemeinern, daß es nicht in die »EG-Landschaft« paßt.

Bei der Betonung der sozialen Frage gab es also Züge von Nationalismus und Provinzialismus bei den Neinsagern. Viele wollen nicht mit den anderen teilen und glauben auch nicht daran, daß die anderen mit ihnen teilen würden. Wenn es sein muß, geben sie zwar von ihrem Reichtum ab - bei Entwicklungshilfe, Umschuldung und karitativen Sammlungen macht Dänemark keine schlechte Figur. Aber teilen mit dem Rest der Welt oder mit 345 Millionen Menschen, von deren Lebensweise und Bedürfnissen man sich keine genaue Vorstellung machen kann?

3. Lehre: *Moderne Gesellschaften verfügen über drei Ressourcen, aus denen sie ihren Bedarf an Steuerungsleistungen befriedigen können: Geld, Macht und Solidarität... Jedes Projekt, das die Gewichte zugunsten solidarischer Steuerungsleistungen verschieben möchte, muß die untere 'Arena' (in der schwer greifbare Kommunikationsströme die Gestalt der politischen Kultur bestimmen) gegenüber den beiden oberen (den politischen Eliten innerhalb des Staatsapparates und einer Vielzahl anonymer Gruppen und kollektiver Akteure) mobilisieren.* Bei der Entwicklung von Solidarität geht es demnach um eine Verständigung über Lebensstile, *etwa um die Verteidigung traditionell eingewöhnter Subkulturen oder um die Veränderung der Grammatik überlieferter Lebensformen.*

Mit der Hervorbringung von Lebensformen ist das Medium Macht überfordert. Aber auch die utopischen Gehalte von Geld, Markt und Arbeitsgesellschaft verschwinden: *Die utopischen Akzente verschieben sich vom Begriff der Arbeit auf den der Kommunikation.* D.h. Überschaubarkeit.

IV

Damit sind wir beim Kern der dänischen Volksabstimmung: der Ablehnung eines wie auch immer organisierten Superstaates aus politischen Gründen. Die Dänen, Neinsager sowohl als sicherlich auch ein Großteil der Jasager, glauben ihren politischen, journalistischen und akademischen »Wortführern« nicht, daß man einen Superstaat demokratisch einrichten könne. Da stimmen sie völlig mit Maggie Thatcher überein, derzufolge »die Zeit der Großreiche abgelaufen ist«. Viele lesen diese Botschaft aus dem Untergang der Sowjetunion; einige auch aus dem Verfall des US-amerikanischen Parlamentarismus, case Perot.

4. Lehre: Nur im Provinzialismus, nicht im Rahmen von Superstaaten, nicht in frevelhafter neuer Unübersichtlichkeit sind *menschenwürdige, emanzipierte Lebensformen* zu erreichen. Als Ziele bilden Solidarität, Demokratie und *intelligente Selbstbeschränkung* eine Einheit.

V

Vielleicht haben die Dänen besonders gute Voraussetzungen, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Man sieht es schon im Landschaftsbild. Ein Thingplatz am Dorfteich, wo in Zentraleuropa Burg und Schloß stehen. Engels hat die völkerkundliche Beobachtung gemacht, daß die Skandinavier infolge ihres viel zu schwachen und nur kurzzeitigen Feudalismus' nie den Stolz und die Freiheitsgefühle einer Urgesellschaft abgelegt haben. Ein britischer Ethnologe verwies kürzlich auf die Verwandschaft dänischer politischer Strukturen mit denen zentralafrikanischer Palavergesellschaften. Alles ist auf Kompromiß, Konsens und ein Minimum an gegenseitigem Vertrauen angelegt.

Ein Volk von Dorfdeppen und Menschenfressern also? Nein, viel lustiger: Die meisten dänischen Neinsager würden, wenn morgen Wahlen wären, wieder für ihren Kandidaten, den gleichen Politiker stimmen, den sie im Referendum zurückgepfiffen haben. Für sie gibt es offensichtlich keine »Vertrauenskrise«. Sie wollen einem Politiker von vornherein nicht vertrauen. Ihn wählen, ja. Ihn meist machen lassen, ja. Aber eine Möglichkeit zu Korrektur und Kontrolle, die wollen sie nicht aufgeben.

***** Habermas spielt vielleicht in der philosophisch-politischen Diskussion der BRD nicht eine so große Rolle wie in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern, für deren Pragmatismus, Palaverdemokratie und kritischen Common-Sensismus seine Theorie des kommunikativen Handelns einen akkuraten Überbau liefert. Eine Einführung in die Aspekte seines Philosophierens, die für ein Verständnis des dänischen EG-Referendums und der Auseinandersetzung um einen europäischen Superstaat wichtig sind, bietet eine Selbstauswahl seiner Artikel, die noch in der DDR publiziert worden ist: J. Habermas: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Reclam, Leipzig 1991. Ich zitiere vor allem aus den beiden Aufsätzen »Volkssouveränität als Verfahren - Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit« (1989) und »Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien« (1984). Alle Habermas-Zitate erscheinen in Kursiv.

Bernhelm Booß-Bavnbek ist Professor für »Mathematische Methoden der Physik und Umweltmathematik« an der Universität Roskilde (Dänemark). In KONKRET 7/89 schrieb er über »Sozialismus und Technologie«

Konkret 07/92, S. 18

Eckhard Voß

Europa? Nej tak!
Fish’n Chips gerettet!

Habermas in Dänemark

Markieren die Maastrichter Beschlüsse vom Dezember letzten Jahres den Anfang vom Ende des europäischen Einigungsprozesses? Das »Nej« der Dänen und die begeisterten Reaktionen der EG-Gegner in anderen Mitgliedsstaaten darauf, lassen das möglich erscheinen. Bernhelm Booß-Bavnbek untersucht mit Jürgen Habermas’ Hilfe die Gründe für das Ergebnis des dänischen Referendums. Eckhard Voss beschreibt seine Wirkung in Großbritannien

»Wonderful, wonderful Copenhagen!« - intonierten in Ermangelung des genauen Textes der dänischenNationalhymne am Tag danach die Labour-Abgeordneten Dennis Skinner und Bob Cryer im britischen Parlament. Selten fielen Beurteilungen und Kommentare sozialistischer (nicht sozialdemokratischer) wie konservativer EG-Skeptikerinnen und -Skeptiker in Großbritannien so einmütig aus wie in den Tagen nach dem Referendum in Dänemark. Mit ihrer Absage an den Vertrag von Maastricht hätten die Dänen »den Menschen in jedem europäischen Land einen großen Dienst erwiesen«, so Tony Benn, der Architekt des britischen Referendums über die EG-Mitgliedschaft, das ziemlich genau vor 17 Jahren stattfand und aus Brüsseler Sicht positiv ausging. Auch sein Parteikollege Peter Shore, der wie Benn dafür streitet, daß über die Beschlüsse von Maastricht auch in Großbritannien per Volksabstimmung entschieden wird, sieht in dem Ergebnis einen »Sieg für die Demokratie, eine Niederlage für europäische Bürokratie und europäischen Zentralismus«. Die ehemalige Premierministerin und seit einigen Wochen Baronin Thatcher, deren hartnäckige Ablehnung jeder weitergehenden politischen EG-Integration wesentlich zu ihrem Rücktritt Ende 1990 geführt hatte, empfindet durch das dänische Votum eine späte Genugtuung: »Die Dänen haben für viele gesprochen, die bislang keine Möglichkeit hatten, ihre Meinung kundzutun. Sie haben damit einen großen Dienst für die Demokratie und gegen den Bürokratismus geleistet.«

Ähnlich wie im Sommer letzten Jahres, als der EG-Gipfel in Luxemburg und der Maastricht-Entwurf die Debatte über das »F-Word« *Federalism* entfachte, führte das überraschende Ergebnis des dänischen Referendums in Großbritannien zu einer ausführlichen Europadebatte, in der die EG-Kritiker den Ton angeben und die Maastricht-Befürworter beider großen Parteien in der Defensive sind. Das dänische »Nej« platzte mitten in den Ratifizierungsprozeß des Maastrichter Abkommens im britischen Unterhaus, der erst einmal auf Eis gelegt wurde. Aus gutem Grund, denn es ist mehr als fraglich, ob die im April wiedergewählte Regierung John Majors heute eine Parlamentsmehrheit für das Abkommen zusammenbringen würde, ist doch im Unterschied zu allen anderen EG-Ländern sowohl die Regierungs- als auch die wichtigste Oppositionspartei in der Frage der europäischen Integration gespalten. So unterzeichneten mindestens 70 der 336 konservativen Abgeordneten am Tag nach dem dänischem Referendum eine Petition, in der ein »fresh start« und eine Neuverhandlung des gesamten Vertragswerkes gefordert wurde. Auch innerhalb der Labour Partei, die zwar unter der Regie ihres Noch-Führers Kinnock seit Mitte der 80er Jahre von ihrer traditionellen Opposition zur EG Abschied genommen hat, gibt es zwar keine Mehrheit mehr für einen Austritt aus der EG, sehr wohl aber für die Abhaltung eines Referendums, das im übrigen von 2/3 der britischen Bevölkerung gewünscht wird.

Zumindest bis zum dänischen Referendum galt Großbritannien als das mit Abstand »europafeindlichste« Land. In der Regel werden als Ursachen hierfür der insulare und »unkontinentale« Charakter der politischen Kultur Britanniens angeführt, die stärkere Traditionsbeladen- und damit Abgeschlossenheit des politischen Systems oder die Weigerung der einstigen Weltmacht, sich in die Gemeinschaft gleichgestellter europäischer Staaten einzuordnen. Dieses stereotype Bild Großbritanniens als eines altmodischen, rückwärtsorientierten, vom Linksverkehr nicht lassen könnenden und deshalb ewig störrischen EG-Partners ist insbesondere im deutschen Englandbild fest verankert. Das »Vereinigte Königreich« erscheint hierzulande als eine Art rückständiger Gegenpol zur Bundesrepublik, die in Sachen Demokratie, Pazifismus, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, globale Verantwortung oder soziale und industrielle Demokratie eines der, wenn nicht das fortschrittlichste Land der Erde zu sein beansprucht.

Diese Vorstellung, hinter der sich historisch eine gehörige Portion Englandfeindlichkeit verbirgt, ist ebenso arrogant wie falsch. Wahr ist jedoch, daß in keinem Mitgliedsstaat der EG so intensiv über das Für und Wider der europäischen Integration debattiert wird wie in Großbritannien. Dies hängt nicht nur mit der bis in die 80er Jahre reichenden EG-Opposition der parlamentarischen Linken zusammen, sondern gleichzeitig mit einer Europapolitik, die sich in einigen Punkten stark von der Deutschlands und Frankreichs - den beiden wichtigsten Motoren des EG-Prozesses - unterscheidet. Neben den hierzulande bekannten Argumenten Thatchers und anderer neoliberaler Apologeten gegen die EG als »sozialistischen Superstaat« und als Destrukteur nationaler Souveränität gibt es eine Reihe anderer Einwände, die nicht einfach dem Etikett konservativ-nationalistisch zuzuordnen sind und die nicht ohne Zufall in Deutschland kaum zur

Kenntnis genommen oder diskutiert werden. Dies läßt sich an zwei zentralen und in Großbritannien immer wieder diskutierten Themenbereichen deutlich machen: dem Zusammenhang von EG-Integration und gesamteuropäischer Entwicklung sowie der Rolle Deutschlands innerhalb der EG.

Zum einen wird in Großbritannien der Prozeß einer beschleunigten Integration der gegenwärtig 12 und vielleicht bald 16 Staaten (Schweden, Finnland, Österreich und die Schweiz werden im Laufe der nächsten Jahre dazukommen) nicht als Automatismus und Selbstläufer gesehen. Im Unterschied zur Bundesregierung, die seit langem das Konzept eines »Europas der zwei Geschwindigkeiten« bzw. eines »Europas konzentrischer Kreise« (Kanzlerberater Mertes) vertritt, in dem natürlich Deutschland und seine direkten Nachbarn das politische und ökonomische Machtzentrum bilden, dem im Norden, Süden und Osten periphere Staaten angegliedert sind, tritt die Regierung Major, die im nächsten halben Jahr die EG-Präsidentschaft übernimmt, gegenwärtig am vehementesten für eine Öffnung der EG und deren Einbindung in ein gesamteuropäisches Entwicklungskonzept ein. Aus welchen Gründen auch immer wirft hier eine durch und durch konservative Regierung eine richtige Frage auf, nämlich die, ob nicht die zunehmende Integration und Konvergenz im Inneren die Abschottung nach außen nicht nur verstärkt, sondern unumkehrbar macht, und die seit jeher bestehende, aber seit 1989 um eine zusätzliche Dimension bereicherte geographische Klassenteilung Europas zementiert.

Zum zweiten verweisen vor allem die britischen Europaskeptiker hartnäckig auf den historischen Kontext der Gründung der EG vor allem in Bezug auf eine Eindämmung deutschen Macht- und Hegemoniestrebens. Es sei hier daran erinnert, daß Großbritannien zweimal in diesem Jahrhundert direkt und durch Krieg von deutschen Europaplänen betroffen war und beide Male maßgeblich mit dafür gesorgt hat, daß diese Pläne glücklicherweise scheiterten. »The German people will be at your feet or your throat« - dieser Satz Churchills ist vor allem der älteren Generation noch gut bekannt. Für sie steht nach wie vor die EG in der Tradition der Absicht Schumans/Monnets, eine ökonomische Vormachtrolle Deutschlands in Europa durch seine Einbindung in supranationale Strukturen zu verhindern. Wenn daher Kohl von der deutschen und europäischen Einigung als den zwei Seiten einer Medaille spricht oder der ehemalige Außenminister Genscher von Europa als der Bestimmung Deutschlands, dann ruft das bei aufmerksamen Beobachtern in Großbritannien Entrüstung hervor, egal ob es sich um Erzkonservative wie William Cash oder Sozialisten wie Dennis Skinner handelt.

»Was wäre, wenn sich die Mehrheit der Deutschen oder Franzosen in einem Referendum gegen Maastricht ausgesprochen hätte?« ist eine Frage, die dieser Tage oft in der britischen Presse gestellt wird. Sicherlich würde niemand auf die Idee kommen, daß die verbliebenen elf eine derartige Entscheidung ignorieren und weitermachen sollten, als wäre nichts geschehen. Keine Frage, daß das Maastrichter Abkommen neu verhandelt werden würde. Die Reaktion auf das dänische Referendum macht die Kluft zwischen der Theorie eines Europas der Gleichen und der Realität, in der einige Mitgliedsstaaten gleicher sind als andere, sehr deutlich. Das offenkundige Defizit an demokratischer Kontrolle und Beteiligung ist der wichtigste Grund für die Ablehnung des Maastricht-Prozesses und die Forderung nach Durchführung einer Volksabstimmung darüber durch die parlamentarische und außerparlamentarische Linke Großbritanniens. Dies gilt sowohl für fundamentale EG-Gegner wie Tony Benn, für den ein europäischer Superstaat mit mehreren hundert Millionen Einwohnern unmöglich demokratisch sein kann, auch wenn die Kompetenzen seines Parlaments noch so stark ausgeweitet werden sollten, als auch für Vertreter der neuen Linken wie Ken Livingstone, die heute die Schaffung einer Gemeinschaft von »United States of Europe« vertreten. »Wenn es darum gehen wird, die Geschichte zu fixieren, werden die Dänen als diejenigen angesehen werden, die den Weg für ein anderes Europa geöffnet haben... einen europäischen 'Commonwealth' eher als eine Föderation.« Auch wenn diese Hoffnung Tony Benns wohl nur wenig den Realitäten entspricht, werfen das dänische Referendum und die britische Europadebatte Fragen über Warum und Wie des europäischen Einigungsprozesses auf, die hierzulande noch nie gestellt wurden oder längst nicht mehr gestellt werden.

Eckhard Voss schrieb in KONKRET 3/92 über das Deutschlandbild der Briten

Konkret 07/92, S. 20

Stefan Seifert

Auf dem Weg zur 2. Republik

Korruption, Mißwirtschaft, Mafia und »politische Klasse« bilden in Italien eine Systemeinheit. Die von den Medien als »Superkrise« titulierten Ereignisse dieses Frühjahrs haben dies deutlicher gemacht als je zuvor. Während der senil-reaktionäre Alt-Katholik und neue Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro bereits als Erlöser aus dem allgemeinen Desaster gefeiert wird, bereitet sich die herrschende Klasse auf die Transformation Italiens in eine autoritäre Präsidialrepublik vor. Effektiver Widerstand dagegen ist derzeit nicht in Sicht

Italien ist hierzulande in die Schlagzeilen geraten. Das bis dato milde belächelte Chaos südlich des Alpenhauptkammes mutierte über Nacht zu einer Bedrohung. Die Mafia hat die Kinoleinwand verlassen und ist blutige Realität geworden. In den deutschen Abendnachrichten durften Spezialisten darüber orakeln, ob die »Cosa Nostra« inzwischen womöglich mit Italien gleichgesetzt werden müsse, ob also das organisierte Verbrechen vor den Toren des Vereinten Europa auf seine Chance zur grenzenlosen Expansion lauere. Derweil forderten die EG und der Weltwährungsfonds von Italien »strenge Maßnahmen zur Einhaltung der Haushaltsvorgaben für das laufende Jahr«. Über 40 Milliarden deutsche Mark müsse die neue italienische Regierung bis zum Jahresende einsparen, damit Staatsschulden und Inflation nicht die in Maastricht festgeschriebenen Margen überschritten. Bei den dabei »unvermeidlichen« Kürzungen der Sozialausgaben aber drohen »schwere Konflikte von seiten der sozialen Gruppen, die sich über Gebühr ausgequetscht fühlen«, so der warnende Hinweis im Wirtschaftsteil der »Süddeutschen Zeitung«.

Das Bild Italiens wird derzeit also mit dunklen Strichen gezeichnet. Die alte deutsche Sehnsucht nach »bella Italia« schlägt am Vorabend von »Europa 1993« um in eine dumpfe Irritation. Der deutsche Besitzstand scheint gefährdet, die Mark bedroht - (unter anderem) durch den Lira-Sumpf italienischer Mißwirtschaft. So schnell kann’s gehen: Italien ist zum Ausland erklärt worden.

Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, wie sehr Tomasi Di Lampedusa in seinem Roman »Der Leopard« den Kern dessen traf, was sich in Italien gegenwärtig abspielt und worum es bei dem Gerangel innerhalb der herrschenden Klasse geht: »Alles ändern, damit alles beim alten (oder besser: in alten Händen) bleibt.« Währenddessen aber verfällt das Land zusehends. Und dies ist nun wahrlich keine platte Ableitung aus tagespolitischen Phänomenen. Vor allem im Sozialbereich wird in Italien schon lange keine Lira mehr ausgegeben. Von den Arbeitsbedingungen bis zum Gesundheitsdienst, von der Altersversorgung bis zum Transportwesen, von der Bildung bis zu den »enti pubblici«, den öffentlichen Einrichtungen: Der Stand der Desorganisation, der Unproduktivität, das Ausmaß der Schmiergeldzahlungen ist mittlerweile derart, daß tatsächlich nichts mehr funktioniert. Hinzu kommt, daß der extrem aufgeblähte staatliche Verwaltungsapparat außer seiner eigenen Verstopfung nichts mehr bewirkt.

Dies mögen untragbare Zustände sein, aber die Mehrheit der Italienerinnen und Italiener hat sich nach den Niederlagen der Linken in den 70er Jahren damit abgefunden, daß Korruption, Mißwirtschaft, Mafia und »politische Klasse« eine Systemeinheit bilden und daß die herrschende Klasse nicht zögert, dieses System, ihre Macht und ihren Profit gewaltsam zu verteidigen. Als nach 1983 das zweite »Wirtschaftswunder« einsetzte, waren allenthalben die Kämpfe des vorangegangenen Jahrzehnts schnell vergessen. Die Gewerkschaften versuchten, Anschluß zu finden und dienten sich dem Kapital als Modernisierungsgehilfen an. Denn, so ihre Begründung, die Internationalisierung des Kapitals werde zwar zivilisatorische Kräfte freisetzen, die sich allerdings erst mit Unterstützung der Gewerkschaften voll entfalten könnten. Bettino Craxi, von 1983 bis 1987 erster »sozialistischer« Ministerpräsident des Landes, sollte diese Variante der Konzertierten Aktion staatspolitisch begleiten.

Ende der 80er Jahre allerdings brachen diese Illusionen wie ein Kartenhaus zusammen. Statt der erhofften Überwindung alter Strukturen bescherte eine neuerliche Wirtschaftskrise die massenwirksame Erkenntnis, daß nunmehr der Verteilungskampf härter geführt werden müsse. Jetzt schien die Geduld, die die Bevölkerung mit der Klientelwirtschaft gehabt hatte, genauso vorbei wie die Zeit, in der diese für einen großen Teil der Bevölkerung genügend abgeworfen hatte. Gerade in Norditalien sieht sich der Mittelstand seither vom sozialen Abstieg bedroht und sucht sein Heil in rassistischer Abgrenzung und politischer Radikalisierung. Zu all dem hatten die seit Anfang der 80er Jahre paralysierte Linke und die unter der finalen Sozialdemokratisierung leidende, ehemals kommunistische Partei wenig Substantielles zu sagen.

Dafür fielen die Parolen des Umberto Bossi und seiner »Lega Nord«, denenzufolge der im Norden erwirtschaftete Reichtum nicht länger in den brachliegenden Süden fließen solle, Italien nicht überfremdet werden dürfe und endlich Schluß sein müsse mit der zentralistischen Verwaltung, auf fruchtbaren Boden. Bei den Wahlen Anfang April 1992 kam die »Lega Nord« schließlich aus dem Stand auf über 8 Prozent der Stimmen, während die regierende Parteienkoalition aus Christdemokraten, »Sozialisten«, Sozialdemokraten und Liberalen nur mehr eine hauchdünne Mehrheit erhielt. Dieses Ergebnis wurde in den bürgerlichen Medien als »Erdrutsch« gewertet, bedeutete aber eigentlich nur, daß sich die Herren des »Palazzo« nun intensiver um die Erhaltung und Verteilung der Macht kümmern müssen als zuvor. Dennoch offenbaren

das momentane Gezerre und die Palastintrigen in Rom, wie sehr man von der Notwendigkeit überrascht worden ist, innerhalb der »classe politica« neue Hierarchien zu bilden.

So richtig aus dem Ruder zu laufen begannen die Ereignisse, als der Mailänder Oberstaatsanwalt Antonio Di Pietro seine Ermittlungen intensivierte und binnen kurzer Zeit Dutzende von Haftbefehlen quer durch alle Parteien erwirkte. Die damit verbundenen Enthüllungen über horrende Summen, die Wirtschaftsunternehmen an Politiker gezahlt hatten, etwa um bei der Vergabe von Bauaufträgen begünstigt zu werden, wurden zunächst (Februar 1992) als gewöhnlicher Schmiergeldskandal eher dilatorisch behandelt, zogen dann aber rasch Kreise, in die bald auch die Gruppe um Craxi - genannt »la Sacra Famiglia«, die heilige Familie - geriet. Zwar hätte man sich in den Zentralen der anderen Parteien darüber nur zu gerne die Hände gerieben, fand dazu allerdings kaum Zeit, da Di Pietro das seit den Wahlen bestehende politische Interregnum geschickt nutzte, um endlich ungestört ganz nach oben zielen zu können. Er traf den »Palazzo« unvorbereitet. Dort hatte man sich offenbar zu sehr mit sich selbst beschäftigt und darüber vergessen, daß man der (legalen) Mittel beraubt war, Di Pietro zu stoppen.

Dabei war eigentlich alles gut vorbereitet gewesen, um nach dem Wahl-Spektakel eine neuerliche Änderung des Systems, genannt Wahlrechts- und Verfassungsreform durchzusetzen. Eine Änderung, die, wie gehabt, einzig den führenden Männern der politischen Klasse Vorteile bringen und die Macht in noch weniger Händen konzentrieren sollte: Mit Hilfe einer Drei- oder Fünf-Prozent-Klausel würden die vielen kleinen Parteien aus dem Parlament verdrängt und die freiwerdenden rund zwanzig Prozent der Sitze unter den Großen aufgeteilt werden können. Die Reform der Verfassung nach dem Vorbild einer autoritären Präsidialrepublik französischen Zuschnitts brächte einen (ganz) starken Mann an die Spitze. Lästige Abstimmungen über wichtige Entscheidungen könnten so dirigiert werden. Ein Projekt, das im übrigen schon in den 70er Jahren gerne als Generallösung aller Probleme feilgeboten worden war - vor allem als Mittel gegen die »Bedrohung Italiens durch den Terrorismus«. Damals hatte man allerdings erkannt, daß vor der Verwirklichung einer derartigen »2. Republik« die Niederlage der Linken stehen müsse. Also beschäftigte man sich intensiv damit, die Möglichkeiten eines »schleichenden Staatsstreichs« (Primo Moroni) zu eruieren. So wurden seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Fundamente des Strafrechts sukzessive ausgehöhlt und das Arbeitsrecht gründlich demontiert, während Kollaboration und »pentimento«, die Reue, im Zuge der »Aufklärung von Gewaltverbrechen« moralisch verabsolutiert wurden.

Jetzt, Anfang der 90er Jahre, sollte diese Entwicklung erfolgreich abgeschlossen werden. Dazu mußten Verkommenheit und Unfähigkeit der »1. Republik« drastisch demonstriert werden. Es begann also eine Kampagne zur »Umwertung der Wahrheiten« der 70er Jahre. Damit versuchte man in erster Linie die Tatsache zu verschleiern, daß es der Staatsapparat gewesen ist, der über seine Geheimdienste die zahllosen Bombenattentate faschistischer Gruppen gelenkt hatte. Diese »strategia della tensione«, die Strategie der Spannung, war im Gefolge der Arbeiter- und Studentenproteste 1968/69 vom Staatsapparat ausgearbeitet worden und hatte ihren ersten Höhepunkt in dem faschistischen Bombenattentat auf die Banca dell`Agricoltura in Mailand (Dezember 1969) gefunden. Sie besagte im wesentlichen, daß die von Faschisten (als Auftragsarbeiten) ausgeführten Anschläge der Linken in die Schuhe geschoben oder gleich von rechten Infiltranten und Provokateuren linker Gruppen begangen werden sollten. Polizei, Justiz und Staatsführung konzentrierten sich bei ihren Ermittlungen dementsprechend auf die »pista rossa«, die rote Spur, und versuchten dadurch eine höhere Akzeptanz für die Zerschlagung linker Organisationen und die Forderung nach autoritären Lösungen zu erreichen.

Ebenso wichtig aber war, daß sich selbst in linken Kreisen eine gewisse Unsicherheit über die Urheberschaft von Anschlägen ausbreitete. Das heißt, es machte die Legende die Runde, alle linken Gruppen seien ferngesteuert, von autonomer linksradikaler Politik oder gar von einer unabhängigen Guerilla könne in Italien nicht die Rede sein. Die Schäden, die diese Annahme im Selbstbewußtsein und der Identität linker Gruppen angerichtet hat, sind noch heute zu spüren - und mit ein Grund für die gegenwärtige Schwächephase der italienischen Linken. Nachdem Regierungschef Giulio Andreotti zehn Jahre nach dem faschistischen Attentat auf den Bahnhof von Bologna (1980) ungeniert davon gesprochen hatte, daß seiner Meinung nach dieses Attentat noch immer nicht aufgeklärt sei und daher auch niemand wissen könne, ob es nicht doch eine perfide Aktion der Linken war, durfte Staatspräsident Francesco Cossiga die Hauptrolle in diesem Schmierenstück übernehmen. Er hatte das Ende der (erfolglosen) parlamentarischen Kommissionen zur Untersuchung der Rolle der Geheimloge »Propaganda Due« (P2) bei der Verwirklichung der strategia della tensione abgewartet und begann nun damit, sich »einige Steinchen aus den Schuhen zu schütteln«, wie er es nannte. Als erstes brüstete er sich mit seiner Funktion beim Aufbau der Nato-Geheimtruppe »Gladio« in den 60er Jahren. Die Kameraden von damals seien »alles ehrenwerte Männer, echte Patrioten« gewesen. In Wirklichkeit waren die »gladiatori« als illegal operierende Organisation mit internationalen Kontakten das Bindeglied zwischen dem Palazzo, den Geheimdiensten und den faschistischen Gruppen, die die Anschläge (wie etwa in Mailand, Brescia oder Bologna) ausführten.

Dann holte Cossiga zu rüden Attacken aus, nannte Journalisten Hurensöhne, Politiker Hampelmänner und staatliche Institutionen eine Farce. Er erklärte es zu seinem Ziel, die »verkommene erste Republik« in eine zweite, bessere zu verwandeln. Da die Parteien den Übergang nicht leisten könnten, sei es seine Aufgabe, das alte System kaputtzuhauen, bis schließlich nichts mehr übrigbleibe, als die Verfassung zu reformieren. Wer erwartet hatte, daß diese offenen Provokationen

scharfe Proteste auslösen würden, der sah sich enttäuscht. Die radikale Linke war (und ist) zersplittert, sie hat sich in die Verteidigung ihrer wenigen verbliebenen Freiräume verbissen und ist unfähig, zu gemeinsamen Aktionen zu mobilisieren. Sie wird zudem von den Staatsorganen in vielerlei Einzelauseinandersetzungen verstrickt und kann somit kaum einen inneren Zusammenhalt gewinnen.

Die »legale Linke« aber hatte überhaupt erst gar kein Interesse daran, etwa die Aufdeckung von Gladio zu hinterfragen. So durfte der PCI, der sich in die Demokratische Partei der Linken (PDS) verwandelte, seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt finden: Die italienischen Kommunisten seien halt doch der Hauptfeind der Nato in Italien gewesen; mit illegalen Mitteln hätte man im Ernstfall versucht, die »erfolgreichste westeuropäische Arbeiterpartei« von den Regierungsbänken fernzuhalten. Damit konnte sich der PCI (die PDS) zum Opfer deklarieren, mußte keinen Gedanken an eine Selbstkritik der Parteilinie verschwenden und konnte sich ganz im Gegenteil auch weiterhin als einzigen Garanten für wirkliche Demokratie feiern (quasi mit beglaubigtem Zeugnis aus dem Nato-Hauptquartier). Die linksliberalen Intellektuellen dagegen beschäftigten sich (journalistisch oder universitär-wissenschaftlich) mit ihrer Lieblingsthese, welche besagt, daß es unter den Geheimdiensten solche gebe, die verbotenermaßen von der gemeinen Geheimlinie (oder geheimen Gemeinlinie?) »abweichen«, um sich zu ränkehaften Böswilligkeiten zu organisieren - wofür Gladio ein Beispiel sei. Überlegungen, die völlig verdrängen (sollen), daß ein wesentlicher Grund für den Aufbau von Geheimdiensten in Westeuropa eben die gezielte Überwachung und Bekämpfung von Kommunisten war.

So verkam die Bezeichnung Gladio in Italien sehr schnell zur Etikette für alle möglichen Ungereimtheiten und »strani personaggi« (zwielichtige Personen). Sie taugte hervorragend zur Mythenbildung und zur Vertuschung, während sich die Bürgerpresse mit moralinsauren Disputen über die Frage profilieren konnte, welche Sprache ein Staatsoberhaupt benutzen dürfe und ob es ihm erlaubt sei, öffentlich über sein Heimatland herzuziehen. Die Brisanz der für sich genommen lächerlichen Auftritte Cossigas erwies sich im November 1991, als er beim Besuch einer Offiziersschule der Carabinieri sagte: »Ich bin einer von euch. Befindet ihr über mich - und nicht das Parlament.« Eine Gruppe Carabinieri-Generäle bekannte daraufhin, daß es schon immer ihre Bestimmung gewesen sei, »ein Bollwerk zu bilden gegen den Verfall des Staates. Wir sind die Verteidigungslinie der Aufrechten und Ehrlichen. Wir haben dem König gedient, warum sollten wir nicht auch dem Präsidenten persönlich dienen.«

Diese Aussage der Führungsspitze des »einzigen effizienten und modernen militärischen Verbandes in Italien« (Primo Moroni) - die Carabinieri sind kaserniert, haben einerseits Polizeibefugnisse, andererseits aber auch Zugang zu den Waffen der Armee und bilden mit 100.000 Mann eine schlagkräftige Truppe - war im Grunde eine offene Putschdrohung. Eine Drohung, die umso ernster zu nehmen war, als die Carabinieri bislang noch bei jedem Staatsstreichversuch in Italien ihre Finger im Spiel hatten. Aus ihren Reihen kamen immer wieder Ideengeber und leidenschaftliche Vollstrecker von Umsturzplänen, wie sie in den 60er und 70er Jahren mehrmals (Piano Solo, Rosa dei venti...) aufgetaucht waren. Dieses Mal belies man es bei der Warnung, was Cossiga, wie gewünscht, den Rücken stärkte, so daß er sich an die Vorbereitung seines Abgangs machen konnte: Am 25. April 1992, dem Tag, der in Italien dem Gedenken an die Befreiung vom Faschismus gewidmet ist, trat er telegen und in Tränen aufgelöst zurück, um, wie er sagte, »seinem Volk« die Verkommenheit des politischen Systems noch einmal deutlich vor Augen zu führen. Er nannte das Parlament eine »Brancaleone«-Truppe, einen zusammengewürfelten Haufen, der gerade noch die Wahl des Parlamentspräsidenten zustandegebracht habe, jedoch nicht in der Lage sei, die Zukunft Italiens zu gestalten und die drängenden Probleme des Landes zu lösen.

Bei der Wahl des neuen Staatspräsidenten bemühte sich dann ebendieses Parlament, diesen Eindruck nach Kräften zu bestätigen. In 15 Wahlgängen wurden immer neue chancenlose Kandidatinnen und Kandidaten präsentiert. Das Spektakel fand seinen jähen Abbruch - zugleich aber auch seinen Höhepunkt - in der Ermordung des Richters Giovanni Falcone durch die Mafia (23. Mai). Jetzt konnte - als kleinster gemeinsamer Nenner - der Erlöser aus dem allgemeinen Desaster präsentiert werden. Man einigte sich auf Oscar Luigi Scalfaro, 73 Jahre alt, allseits wegen seiner Frömmigkeit geschätzt und schon seit 1947 christdemokratisches Parlamentsmitglied. Scalfaro, der gerne Bücher über den christlichen Glauben im allgemeinen und die Madonnenverehrung im besonderen schreibt, scheint der ideale Mann zur rechten Zeit zu sein. Er wird keinem etwas zuleide tun und damit auch keinerlei Auswege aus der Krise finden. Die angeschlagenen »cavalli di razza«, Rassepferde, wie die Parteioberen der Christdemokraten und »Sozialisten« genannt werden, sie können jetzt in Ruhe die Macht intern neu verteilen und sich wieder ihrer zentralen Aufgabe, der Vorbereitung der Verfassungsänderung widmen.

Der Mord an Falcone ließ sich wunderbar instrumentalisieren. Erstens lenkte er von der inzwischen weit verbreiteten Erkenntnis ab, daß die Mafia weniger eine Organisation in Süditalien als vielmehr eine eigene Art zu denken und zu handeln ist - und zwar in ganz Italien, und nicht nur dort. Zweitens konnten vor dem Sarg Falcones noch die größten Zyniker der »classe politica« ihre Entschlossenheit bekunden, nun wirklich etwas gegen das organisierte Verbrechen unternehmen zu wollen. Getreu dem Politikermotto: »Wo viel Licht ist, da können auch 1a-Schattengefechte geführt werden.« Schattengefechte, die wiederum vergessen lassen, daß sich Falcone zwar tatsächlich als Mafia-Jäger profiliert hatte, aber auch er zum Scheitern verurteilt war - die 718 Opfer der Mafia im letzten Jahr sprechen da eine ebenso deutliche Sprache wie die Tatsache, daß viele der von Falcone erwirkten Haftbefehle gegen Mafiabosse durch

Nachlässigkeiten der Gerichte verfielen oder Urteile wegen Überschreitung irgendwelcher Fristen nicht rechtskräftig wurden. Schattengefechte, in deren Verlauf die Mafia wieder in Süditalien lokalisiert und damit von den Erkenntnissen über die norditalienische Klientelwirtschaft abgelenkt wird. Schattengefechte, die schließlich nichts dringender erscheinen lassen als die baldige Inauguration der »2. Republik«.

Stefan Seifert lebt und arbeitet in der Stadt mit dem modernsten Flughafen Europas

Konkret 07/92, S. 24

J□ rgen Els□ sser

Endsieg im Luftkrieg

Nachdem der Gegner im Osten kapituliert hat, marschieren die publizistischen Kampfverb□ nde an die Westfront ab. Intellektuelle Tiefflieger, unterst□ tzt von revisionistischen Nebelwerfern, attackieren einen der wichtigsten Kommandeure der Anti-Hitler-Koalition: Der britische Luftwaffengeneral Sir Arthur Harris habe den □ ersten vornuklearen Massenmord aus der Luft□ organisiert (□ Spiegel□) und sei ein □ Architekt der Vernichtung□ (□ Welt□) und □ tats□ chlich ein Schl□ chter□ (□ Rundschau□) gewesen. In der Stadt Pforzheim, die die Nazi-Propaganda von den unschuldigen deutschen Harris-Opfern am l□ ngsten und gr□ ndlichsten wiedergek□ ut hat, lassen sich die Folgen dieser Historikeroffensive besonders gut studieren

»Was Harris und durchaus auch Churchill betrieben, war Massenmord im Auschwitz- und Hiroshima-Format.« Leserbrief in der »Pforzheimer Zeitung«, 19.10.91

Als Arthur T. Harris 1942 das Kommando über die britischen Bomberverbände übernahm, sah er sich mit einer dramatischen Lage konfrontiert: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden war nach der Wannseekonferenz im Januar 1942 in ihr industrielles Stadium getreten. An der deutsch-sowjetischen Front stießen die Heeresgruppen A und B scheinbar unaufhaltsam Richtung Wolga und Kaukasus vor. In Nordafrika rüsteten sich Rommels Verbände zum Durchbruch ins Nildelta. Harris faßte in einer Denkschrift die Konsequenzen aus dieser Situation zusammen: »Das Bomber Command führt die einzigen offensiven Kampfhandlungen durch, die gegen Deutschland unternommen werden. Alle anderen Kriegsanstrengungen sind defensiver Natur und können niemals mehr erreichen, als unsere Existenz im Angesicht des Gegners zu erhalten. Das Bomber Command gibt uns die Möglichkeit, Rußland rechtzeitig zu unterstützen.« Es sei »die einzige Möglichkeit, Deutschland so weit physisch zu schwächen und nervlich zu erschöpfen, daß eine Invasion aussichtsreich erscheinen könnte.« General Sinclar unterstützte Harris: »Die Vereinten Nationen haben 1942 zwei Instrumente zu ihrer Verfügung, um gegen Deutschland zuzuschlagen: die Rote Armee und die Royal Air Force. Angesichts dessen ist jetzt nicht die Zeit, die RAF zu schwächen oder aufzusplittern. Im Gegenteil, wir müssen ihre Angriffskraft stärken.«

Diese Argumentation setzte sich durch. Im März 1942 begannen die Alliierten eine Bomberoffensive mit einer bis dahin unbekannten Intensität. Bis Kriegsende haben Briten und US-Amerikaner jeweils etwa 650.000 t Bomben über Nazi-Deutschland abgeworfen. Die deutsche Kriegswirtschaft ist dadurch erheblich beschädigt worden: 1943 wird die V2-Produktion durch Angriffe auf Peenemünde verzögert, 1944 die deutsche Benzin- und Flugbenzinproduktion so schwer getroffen, daß Militäroperationen erheblich gestört sind, im gleichen Jahr verursachen schwere Zerstörungen am Verkehrsnetz eine Kohleknappheit, 1945 wird der Schienenverkehr durch die Bombardierung von Rangierbahnhöfen teilweise lahmgelegt.

Daß bei diesen Operationen auch Wohnviertel getroffen und verwüstet wurden, lag nicht nur an der damals noch wenig entwickelten Zieltechnik. Harris betonte mehrfach die Bedeutung, die das Bombardement für die Demoralisierung der Bevölkerung hatte. Das wird man ihm schlecht verübeln können, waren doch auch deutsche Zivilisten alles andere als unschuldig. »Der widerwillig loyale Deutsche des Kriegsbeginns... wurde zum befehlsgemäß loyalen Exekutor des NS-Rasse- und Vernichtungskrieges«, heißt es diesbezüglich in einem Aufsatz des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg. Zudem konnte sich Harris auf ein naheliegendes Beispiel berufen: In Italien hatte das »moral bombing« der Alliierten nachweislich dazu beigetragen, »daß große Gruppen der italienischen Arbeiterschaft im März 1943 offen gegen das faschistische Regime auftraten«, weil dieses »im Hagel der Bomben nicht nur als korrupt, sondern auch als machtlos und unfähig« dastand (so der Historiker Olaf Groehler in seinem Standardwerk »Bombenkrieg gegen Deutschland«). Insbesondere die Angriffe auf Berlin folgten dem Kalkül, die dort vermutete SPD- und KPD-Anhängerschaft zu einem antifaschistischen Aufstand nach italienischem Vorbild zu ermutigen. Man kann Harris nicht zum Vorwurf machen, daß dieses Kalkül nicht aufgegangen ist.

So ist es doppelt widerlich, wenn ehemalige Nazi-Anhänger dem Nazi-Gegner Harris heute moralische Vorhaltungen machen und wenn deutsche Politiker mit Kranzniederlegungen für die Opfer alliierter Bombenangriffe gegen eine Ehrung des britischen Luftwaffenchefs protestieren. Einer der wenigen, die das erkannt haben, ist der Pforzheimer Pfarrer i.R. Heinemann-Grüder. Im Zuge der deutschen Debatte über das Londoner Harris-Denkmal schrieb er: »Als ehemaliger aktiver Offizier lasse ich es mir verboten sein, den Gegnern zum Vorwurf zu machen, sie hätten unter Schonung meiner selbst tun sollen, was ich selber zu leisten hatte, nämlich dem eigenen Verbrechersystem in den Arm zu fallen... Das verharmlost nicht im geringsten, daß die Zerschlagung der ‘Festung Deutschland’... barbarische Züge angenommen hatte, aber es erinnert daran, daß die damals verweigerte demokratische Verantwortung zur eigenen Befreiung vom hausgemachten Terrorsystem nicht zu Lasten der von außen es zerstörenden, und darin (!) UN-konstitutiv werdenden Völkerwelt gehen kann.«

Solche Selbstverständlichkeiten haben es schwer gegen die geschichtsblinde Verrechnung von Auschwitz mit Dresden, der sich die brain trusts der politischen Klasse hierzulande gegenwärtig widmen. Am 9. Mai hat es der »FAZ«-Redakteur Gillessen in einem 2seitigen Beitrag fertiggebracht, angesichts der - so wörtlich - »Harrisbarbarei« die Nazi-Luftwaffe zu rehabilitieren. Immerhin »teilte (sie) jedenfalls nicht die Vorstellung, ersatzweise oder direkt Krieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen« und hielt »im großen und ganzen an der herkömmlichen Unterscheidung zu militärischen Zielen fest und suchte Nichtkombattanten zu schonen«. Guernica, Rotterdam, Coventry und Belgrad seien bedauerliche Pannen gewesen - »resultierten aus Fehlern« - und nicht etwa die gehorsame Ausführung der Direktiven Hitlers (»Wir werden ihre Städte ausradieren«).

Diese Geschichtsklitterung kann sich auf eine jahrzehntelang gepflegte Legendenbildung stützen. Der Mythos von den Deutschen als den unschuldigen Opfern wirkte nicht nur in der BRD identitätsstiftend. In Magdeburg bspw. verbot der SED-Bezirkssekretär noch im Jahre 1985 die Korrektur der Opferzahl des britischen Luftangriffs vom Januar 1945. Wider alle Wahrheit hielt auch die DDR an der 4fach überhöhten Zahl von 16.000 Toten fest. Diese Übertreibung sollte zum einen das anti-westliche Ressentiment im Kalten Krieg schüren, zum anderen das schleppende Tempo bei der Sanierung der DDR-Altstädte entschuldigen (vgl. Groehler, S.450).

In der BRD stand die angebliche Sinnlosigkeit der alliierten Angriffe im Zentrum der Kritik. Neben Dresden, das als Symbol der deutschen Leidensgeschichte zuletzt von der Friedensbewegung durch den Vergleich mit Bagdad strapaziert wurde, ist diese Polemik vor allem am Beispiel Pforzheims geschärft worden. Dort fiel dem Bombenangriff am 23. Februar 1945 fast ein Viertel der Einwohnerschaft zum Opfer, etwa 18.000 Menschen. Mittlerweile gilt es parteiübergreifend als ausgemacht, daß die Operation »weder militärische noch kriegswirtschaftliche Absichten« hatte (Oberbürgermeister Becker, SPD). »Vielmehr ist lediglich das Ziel verfolgt worden, die Zivilbevölkerung zu treffen und eine bis dahin weitgehend intakte Stadt in einem reinen Terrorangriff zu vernichten« (CDU-Fraktion). Dieses Gerede von der »militärisch bedeutungslosen Schmuckstadt« (»FR«) ist jedoch falsch. Bereits 1942 waren in Pforzheim 7.000 Arbeitskräfte in der Rüstung tätig. Ab Mitte 1942 wurde die Uhren- und Schmuckindustrie - der Hauptproduktionszweig der »Goldstadt« - auf Zünderfertigung umgestellt. Ab 1944 wurden auch Einzelteile für die V1- und V2-Waffen fabriziert. Aus der Zielliste für die RAF-Bomber, z.B. dem »Bomber's Baedeker«, geht hervor, daß den Engländern diese Bedeutung Pforzheims ebenso bekannt war wie die Tatsache, daß die Zünderwerkstätten quer über die Wohngebiete der Arbeiter verteilt waren. Hätte Harris die Stadt, mit deren Hilfe noch bis kurz vor Kriegsende V2-Raketen zur Vernichtung Londons produziert wurden, etwa schonen sollen?

In Pforzheim hat man von diesen Tatsachen nach 1945 nichts mehr wissen wollen. Zusätzlich zum Volkstrauertag, der überall in der BRD ein Militärgedenktag war, wurde an jedem 23. Februar der »unschuldigen« Bombenopfer gedacht - eine offizielle Entschuldigung an die Adresse Englands für die Toten der deutschen Raketenangriffe erfolgte dagegen nie.

1987 ist diese Form der Schuldabwehr in ein neues Stadium getreten. Alfred Mechtersheimer, für die Pforzheimer Grünen in den Bundestag gewählt, war dem main-stream der Historikerdebatte gefolgt und hatte die Idee einer Städtepartnerschaft Pforzheim-Guernica entwickelt. Beide Kommunen verbinde nämlich - so Mechtersheimer - »ein ähnliches Schicksal«. Diese Gleichsetzung der Nazis mit ihren Opfern traf zwar auf harschen Protest - der aber kam von rechts. Die CDU war empört, denn Guernicas Opferzahl sei im Vergleich mit der Pforzheims »erfreulicherweise sehr niedrig« gewesen. Insbesondere hielt sie ein Abkommen »mit dem Gedanken, daß wir, die Deutschen, dort wieder etwas gutzumachen hätten, nicht für möglich«. Mechtersheimer und OB Becker überzeugten die Unionisten schließlich doch noch davon, daß ihr Vorschlag mitnichten antifaschistisch motiviert sei, und so tauschen die Partnerstädte heute Kochrezepte, Volkstänze und Jugendgruppen aus.

Mit der wissenschaftlichen Absicherung des Pforzheimer Opfer-Mythos wurde in der Folge die Historikerin Moessner-Heckner betraut. Ihr Buch »Code Yellowfin« - nach dem Decknamen für das Angriffsziel Pforzheim - konnte auf Drängen der CDU-Hardliner im Juli 1991 vorgestellt werden - auf einer offiziellen Pressekonferenz des Oberbürgermeisters. Das so zu Ehren gekommene Werk zeichnet sich durch die Ungeniertheit aus, mit der alle Dokumente, die die These vom reinen Terrorangriff der Royal Air Force widerlegen, unübersetzt gelassen wurden.

Der Zeitpunkt der Buchveröffentlichung dementiert die Vermutung, die Debatte um die alliierte Kriegsschuld sei erst durch die Absicht englischer Veteranen, ein Harris-Denkmal zu errichten, losgetreten worden. Diese wurde nämlich erst einige Wochen später bekannt, ließ sich aber hervorragend in die angelaufene Historikeroffensive integrieren. OB Becker schickte einen Protestbrief nach England, die Stadtoberhäupter von Dresden, Hamburg, Hildesheim, Köln, Magdeburg, Mainz und Würzburg schlossen sich an. Schließlich wurde sogar Genscher aktiv, mahnte ein Einschreiten der britischen Regierung an und drohte: »Das Vorhaben ist geeignet, alte Wunden aufzureißen. Es könnte zu einem Rückschlag für die in ... deutsch-englischer Städtepartnerschaft geleistete Arbeit führen.«

Daß es hierbei nicht allein um die Person Harris geht, sondern generell um eine Neubewertung des 2. Weltkrieges, zeigt ein weiterer Streit, der in Pforzheim ausgetragen wurde. Die örtliche Friedensinitiative hatte vorgeschlagen, eine Gedenktafel für fünf englische Flieger aufzustellen, ohne damit einen verspäteten Dank an die 70.000 RAF-Angehörigen zu verbinden,

die ihren Einsatz gegen Nazi-Deutschland mit dem Leben bezahlt hatten. Es sollte lediglich an einen Fall erinnert werden, der auch dem unpolitischen Humanisten zugänglich sein müßte: Die fünf waren - unter Bruch ihres Kriegsgefangenen-Status - im April ‘45 auf Befehl der Nazi-Kreisleitung von einer zusammengekarrten Menge gelyncht worden. Doch dieses Verbrechen ist den Pforzheimern keine Erinnerungstafel wert - der Ältestenrat und der Kulturausschuß der Stadt lehnten ab, unter Einschluß aller Parteienvertreter von den REP bis zu den Grünen. Auch bereits vorhandene Gedenktafeln sollen demnächst dem roll-back zum Opfer fallen: Das offizielle Mahnmal der Stadt am »Monte Scherbelino« erregt neuerdings den Unwillen der CDU, weil dort der englische Angriff mit der Zerstörung »wichtiger Zweige der Rüstungsindustrie« plausibel gemacht wird.

Der monatelange Druck auf deutsche Tränendrüsen hat mittlerweile zu Ergebnissen geführt, die selbst den Christdemokraten zu schaffen machen. Im November 1991 holte der CDU-Industrielle Dreher den rechtsradikalen britischen Historiker David Irving nach Pforzheim, um neue Erkenntnisse über »Code Yellowfin« zu präsentieren. Dazu wußte Irving nichts zu sagen und tischte statt dessen mal wieder seine Interpretation des KZs Auschwitz als »Touristenattrappe« auf. Für CDU-Dreher war das kein Anlaß, sich von seinem Gast zu distanzieren; die CDU-Spitze dagegen war empört und forderte Drehers Parteiausschluß. Vergeblich: Das Parteischiedsgericht lehnte ihren Antrag ab.

Vier Wochen später brachte die Landtwagswahl den »Republikanern« 18,8 Prozent der Stimmen - damit war Pforzheim zur rechtsradikalsten Stadt Deutschlands avanciert. Im rechten Flügel der CDU rumort es seitdem gewaltig. Der frühere Kreisgeschäftsführer und ein weiteres prominentes Mitglied haben die Partei verlassen. Sie werfen ihr eine »Linksverschiebung« vor, die sowohl in der Koalition der CDU mit der SPD im Stuttgarter Landtag als auch im Ausschlußantrag gegen den Irving-Freund Dreher zum Ausdruck gekommen sei.

Vor diesem Hintergrund ist ein Vorschlag des Londoner »Evening Standard« unbedingt unterstützenswert. Das Blatt hatte sich für die Aufstellung von 100 Harris-Statuen ausgesprochen, und zwar in Germany. Sie sollten die Deutschen daran erinnern, was passieren würde, »wenn sie zum sechsten Mal in zwei Jahrhunderten versuchen sollten, ihre finanzielle und wirtschaftliche Hegemonie über Europa auf einer anderen Ebene umzusetzen«.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 5/92 über die Reformpläne der Nato

Konkret 07/92, S. 28

Katja Leyrer; Günther Schwarberg

Eine Rechnung wurde beglichen

Am 18. Mai 1992 wurde in Hamburg ein Urteil gesprochen, das in mehrfacher Hinsicht Geschichte machen wird. Zwei Antifaschisten der ehemaligen DDR, 73 und 69 Jahre alt, standen vor Gericht, weil in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager im Jahre 1947 ein NS-Oberstabsrichter erschlagen worden war

Am 5. November 1990, gerade 33 Tage nach dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten machten sich in Ostberlin und Leipzig einige frisch annektierte Kriminalbeamte auf, um eine ganz alte Rechnung zu begleichen. In seiner Ostberliner Wohnung wurde der damals siebzigjährige Rentner, der frühere hohe SED-Funktionär und Referent im Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Karl Kielhorn, aufgefordert, seine Sachen zu packen, und in ein gelbes Zivilauto verfrachtet. Die vier Beamten hatten einen Haftbefehl bei sich, der aus dem Jahr 1951 stammte, unterschrieben von einem Ermittlungsrichter namens Steckel aus Hamburg.

Gerhard Bögelein in Leipzig konnte nicht auf der Stelle verhaftet werden, weil die zuständigen Ärztinnen und Ärzte der Klinik, in der er sich aufhielt, seine Entlassung verweigerten. Der Mann war krank und nicht haftfähig. Doch gut vier Wochen später, am 13. Dezember 1990 - Bögelein hatte die Klinik mittlerweile auf eigenen Wunsch verlassen , konnten die gesamtdeutschen Ermittlungsbeamten auch den 65jährigen verhaften und ins Hamburger Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis verbringen. Gerhard Bögelein befindet sich seitdem in diesem Knast. Die Medikamente, Beruhigungsmittel in hoher Dosierung, von denen er stark abhängig war, wurden gegen seinen Willen für Monate abgesetzt und ihm erst kurz vor Verhandlungsbeginn wieder gegeben.

Karl Kielhorn aus Ostberlin landete nach Verhören in Berlin-Schöneberg bis zu einer Haftverschonung gegen Kaution ebenfalls für 6 Wochen im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Er hatte 1940 dort schon einmal eingesessen, bevor er (von Mai bis August 1940) ins Hamburger KZ Fuhlsbüttel gebracht worden war. Auch Gerhard Bögelein aus Leipzig besaß Knasterfahrungen: Mehrmals war er wegen Befehlsverweigerung und Desertionsversuchen von NS-Militärgerichten zum Tode verurteilt worden; zwei Verurteilungen als Kriegsgefangener in der Sowjetunion und eine Haftstrafe in den fünfziger Jahren in der DDR haben darüber hinaus sein Leben geprägt.

In Hamburg wurden Kielhorn und Bögelein angeklagt, 1947 einen höheren Wehrmachtsrichter ermordet zu haben. Die ersten bundesdeutschen Ermittlungen zu diesem Fall stammen aus dem Jahre 1951. Die Haftbefehle konnten aber bis zur wundersamen Wiedererstehung des neuen großen Deutschland nicht vollstreckt werden, weil die DDR-Staatsanwaltschaft sich seit 1956 geweigert hatte, einem Auslieferungsverfahren stattzugeben.

Von fast 95.000 Ermittlungsverfahren, die in der BRD gegen Naziverbrecher eingeleitet worden waren, endeten nur knapp 6.500 mit einer Bestrafung der Angeklagten; in weitaus zahlreicheren Fällen ist erst gar nicht ermittelt worden oder wurden die Ermittlungen eingestellt bzw. verschleppt, bis die Täter alt, »verhandlungsunfähig« oder tot waren; Akten verschwanden oder verstaubten; Zeugen, Richter und auch Staatsanwälte nahmen die Angeklagten in Schutz. Im Hamburger Prozeß des Jahres 1992 aber, in dem es nicht um erhängte Kinder, vergaste Juden oder erschlagene Fremdarbeiter ging, sondern um den Tod eines NS-Oberstabsrichters in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager, ist alles anders gewesen als gewohnt: Bei den Ermittlungen wurden weder Mühen noch Zeit und Kosten gescheut - allein der Untersuchungsrichter Steckel befragte in den 50er Jahren hunderte von »Zeugen«; das Verfahren wurde 40 Jahre lang nie eingestellt; die »Zeugen« sprachen fast ausschließlich gegen die Angeklagten; Richter und Staatsanwälte behaupten, es handele sich um Mord, und Mord sei eben Mord auch in einem einzigen Fall und nicht zu dulden, nachträglich nicht und nicht durch mehrfach veränderte Gesetze, es müsse geahndet und verurteilt werden ohne Ansehen der Personen und ihres Alters.

Der Fall ist wirklich einzigartig: Ein Wehrmachtsoffizier und -richter ist erschlagen worden. Der Historiker Jefim Aronowitsch Brodski aus Moskau erinnert sich: »Der Oberstabsrichter Kallmerten war ein riesengroßer Verbrecher, ein grausamer Mensch, und hatte einen schrecklichen Ruf bei den Wehrmachtssoldaten, sogar unter den Offizieren. Er hat bestimmt viel mehr Todesstrafen auf dem Gewissen, als in seinem Geständnis standen.« Brodski war damals, gegen Ende des faschistischen Weltkrieges und nach dem Sieg über Hitlerdeutschland, Oberstleutnant der Sowjetarmee, verantwortlicher Mitarbeiter im Stab der 1. Baltischen Front. Er hatte u.a. auch zu tun mit dem Aufbau und der Betreuung von Kriegsgefangenenlagern. Er kennt den Fall Kallmerten aus dieser Zeit und hat 1992 noch einmal als Historiker recherchiert und die sowjetischen Strafsachen in dieser Angelegenheit eingesehen.

Der Oberstabsrichter der eingekesselten sogenannten »Kurland- Armee«, Erich Kallmerten, war 1944 den Richtern von 30 Divisionen übergeordnet. Jede Division, ursprünglich 12.000 Mann, zum Zeitpunkt der Einkesselung - so schätzt Brodski - aber nur noch 8-10.000 Mann, hatte einen Divisions-Wehrmachtsrichter. Der Jurist und Notar Kallmerten aus Husum war der Oberste all dieser NS-Richter; ein Mann mit Schmissen im Gesicht und Prinzipien, einer blonden Tochter und einer

blonden Adoptivtochter in der Heimat; er war einer, der Briefe von der Front nach Hause schrieb und Tagebuch führte; einer, der noch mit dem Siegerlächeln richtete, als der Krieg schon verloren war, und der viele Soldaten, die desertieren wollten, weil sie »die Schnauze voll« hatten, auf dem Gewissen hat; einer, der auch Todesurteile über Zivilisten unterschrieb. Im Geständnis, das Kallmerten im Kriegsgefangenenlager nach seinem Verhör durch den jetzt Angeklagten Gerhard Bögelein abgelegt hatte, heißt es: »Aus der Erinnerung: 2 Russen zum Tode verurteilt. Ich habe 12 Esten zum Tode, 7 Letten, 5 Litauer zum Tode verurteilt, 152 Deutsche verurteilt.«

Kallmerten - erzählt Brodski - war die rechte Hand des Generals Ferdinand Schörner, Kommandeur eines Teils der »Kurland-Armee« und Liebling Hitlers. Der Wehrmachtsrichter gehörte auch nach dem Sieg der Sowjetarmee über die Deutschen noch zu den Uneinsichtigen; im Kriegsgefangenenlager Memel-Klaipeda galt er als »Aufrechter«, gehörte zu denen, die sich der Lagerordnung der »Antifa« nicht beugten, und war der einzige, der die Kokarde nicht von der NS-Uniform nahm. Dieser unbelehrbare Nationalsozialist erhielt im Jahre 1947 eine Postkarte von seiner Frau: Man überlege sich in Husum, schrieb die Angetraute wahrscheinlich in bester Absicht und alter Gesinnung, ob er nach seiner hoffentlich baldigen Entlassung aus der Gefangenschaft Bürgermeister werden könne.

Er wäre es vielleicht geworden; er hätte aber auch eine Nachkriegskarriere als Untersuchungsrichter oder Staatsanwalt beginnen können wie die meisten seiner damaligen Kollegen. Anders als sie wurde er jedoch nichts dergleichen. Anfang Juni 1947 wurde Kallmerten im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda von zwei oder drei anderen Kriegsgefangenen erschlagen. Wer es wirklich tat, weiß bis heute niemand. Über den Oberstabsrichter Kallmerten und sein jähes Ende gibt es fast nur noch Berichte von Zeitzeugen, die selbst NS-Kriegsverbrecher waren.

Bögelein, im Jahre 1947 23 Jahre alt, war damals offizieller Mitarbeiter des sowjetischen NKWD (Volkskommissariat des Innern) und verhörte in dieser Funktion die deutschen Kriegsgefangenen, unter denen sich nach seinen Angaben auch höhere Dienstgrade, ein SS-Obergruppenführer und SD-Angehörige befanden. Als Überläufer während des Krieges - Dienststelle Nr. 01121 der 3. Bjelorussischen Front in der Roten Armee, Fallschirmeinsätze im Hinterland, einer, der gegen die »Kameraden« gekämpft und geschossen hat - galt und gilt er bei den meisten deutschen Wehrmachtsangehörigen als Vaterlandsverräter und Spitzel. »Dieser Mann maßte sich an, den Offizieren, die zum Teil doppelt so alt waren wie er, im Rahmen der Antifa-Kurse weltanschaulichen Unterricht zu geben, wobei er frech und zynisch auftrat. Wiederholt sprach er davon, es müßten Köpfe rollen... Offenbar war Bögelein ein schlimmer und gefährlicher Psychopath.« Dieses Urteil über Gerhard Bögelein hat nicht die Gestapo verfaßt, sondern ein Hamburger Schwurgericht im Jahre 1953.

Karl Kielhorn, im Jahr 1947 gerade 28 Jahre alt, war einer der Funktionäre und Lagerleiter des Antifaschistischen Komitees (»Antifa«) im Kriegsgefangenenlager Memel-Klaipeda. Der Vermessungstechniker Kielhorn war nach seiner KZ- und Gefängnisstrafe in einem Strafbatallion der Wehrmacht an die Ostfront und in sowjetische Gefangenschaft geraten und hatte dort begonnen, sich mit sozialistischen Ideen zu beschäftigen. »In Flugblättern, Versammlungen und Lautsprecherdurchsagen hetzte die Antifa, verkörpert durch Horn und Kielhorn, weiter gegen die Offiziere... Man begnügte sich aber nicht damit, allgemein gegen die Offiziere zu hetzen, sondern suchte sich diejenigen persönlich und namentlich heraus, die sich auf Grund ihrer früheren Stellung oder ihres Auftretens als Gegnerdarstellten.« Auch diese Beschreibung stammt aus einem rechtskräftigen Hamburger Urteil vom Mai 1953, gefällt unter Vorsitz des damaligen Landgerichtsdirektors Valentin.

In Hamburg hatte man schon 1949/50 mit Ermittlungen über den Tod des ehemaligen NS-Oberstabsrichters Kallmerten begonnen, nachdem aus der Gefangenschaft entlassene Wehrmachtsangehörige Anzeige erstattet hatten. Die Ermittlungen führte der Hamburger Untersuchungsrichter Kurt Steckel, der durch die Lande reiste, um Belastungszeugen gegen Mitglieder der Antifa in der Sowjetunion zu finden. Die Befragungsmethoden des Untersuchungsrichters sind in späteren Verfahren oft als rüde und voreingenommen kritisiert worden. Steckel stieg dennoch (oder besser: deshalb) zum Landgerichtsdirektor auf, starb irgendwann und hinterließ Berge von Ermittlungsakten und Urteilen. Unter anderem die Akte des Ermittlungsverfahrens gegen die DDR-Bürger Bögelein und Kielhorn.

Der Landgerichtsdirektor Steckel, auf dessen Ermittlungen sich der Prozeß des Jahres ‘92 gegen die beiden alten Antifaschisten stützte, war als »nicht belastet« durchs Entnazifizierungsverfahren gerutscht. Dabei war er bereits als junger Mann bei einem Ostpreußischen Freiwilligenkorps zur Niederwerfung der Roten Matrosenaufstände gewesen und hatte sich später der Freundschaft mit hohen Nationalsozialisten gerühmt. Während des Nationalsozialismus war Steckel Abteilungsvorsteher bei der Staatsanwaltschaft am Sondergericht im damaligen Königsberg und bei der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof in Potsdam. Das Königsberger Sondergericht war selbst zu Nazizeiten für seine außergewöhnlich zahlreichen Todesurteile berüchtigt.

Rechtsanwalt Johann Schwenn, Verteidiger des ehemaligen Antifa-Leiters Kielhorn, hat vergeblich versucht, den verstorbenen NS-Richter Steckel als befangen für die Ermittlungen in dieser Sache zurückzuweisen. Der 22. Strafsenat am OLG Hamburg unter Vorsitz von Diethelm Erdmann und die Anklage stützten sich auf Steckels Vernehmungsprotokolle - hätte das Gericht dem Befangenheitsantrag zugestimmt, hätte es das Verfahren entweder mangels verwertbarer Unterlagen einstellen oder den Fall völlig neu aufrollen müssen - mit durchaus unsicherem Ausgang. Insofern war der Prozeß des

Jahres ‘92 auch ein exemplarisches Beispiel für eine Kontinuität »furchtbarer Juristen«, die längst schon keine personelle mehr sein muß.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Hamburger Gericht und dem Oberstaatsanwalt Harald Duhn (vgl. nebenstehenden Artikel: Wer ist Oberstaatsanwalt Duhn?) funktionierte reibungslos. So, wie jenes dem Antrag des Anklägers im Falle Kielhorns entsprach und den ehemaligen »Antifa«-Leiter freisprach, da die diesbezüglichen Untersuchungen Steckels kaum Tatsachen zutage gefördert hätten, so folgte es auch bei Gerhard Bögelein dem Antrag Duhns und entschied auf lebenslängliche Haft wegen gemeinschaftlich begangenen heimtückischen Mordes. Zwar habe der Angeklagte möglicherweise »aus Haß auf die Nazizeit«, also nicht unbedingt aus niedrigen Beweggründen, gehandelt, dennoch aber sei auf Mord zu befinden und entsprechend zu urteilen gewesen.

Es hat in diesem Prozeß weder Tatzeugen noch Indizien gegeben. Der verurteilte Bögelein hat - entgegen seinen Aussagen vor einem sowjetischen Gericht, die während des Verfahrens der »Bild-Zeitung« zugespielt wurden, und entgegen einer Stasi-Akte, die die Gauck-Behörde lieferte - im Prozeß eine Tatbeteiligung immer wieder bestritten. Es hat in diesem Prozeß auch keine Versuche gegeben, zugunsten des Angeklagten zu ermitteln, dafür aber ein deutliches Interesse, die Tötung eines NS-Richters zu sühnen und antifaschistisches Engagement zu bestrafen. Zu diesem Zweck bemühte sich das Gericht, den Prozeß zu entpolitisieren und das Verfahren auf die Formel »Mord ist Mord« zu bringen. Der angebliche Mörder und tatsächliche Antifaschist Bögelein wurde als Lügner und Psychopath vorgestellt - beinahe einmütig von Staatsanwaltschaft, Gericht und Verteidigung (Gabriele Jarke). Die Presse verhöhnte »Die unglaublichen Geständnisse des B.« (»Für etliche vereitelte Fluchtversuche will Gerhard B. so oft zum Tode verurteilt worden sein, daß die Prozeßzuhörer schließlich das Mitzählen aufgeben. Nachdem er es geschafft habe, sei er von den Sowjets mit einem Spionageauftrag zurückgeschickt worden.« usw. - »Hamburger Morgenpost«.)

Man machte sich lustig über den alten Mann, der sich so schlecht verteidigte und der so schlecht verteidigt wurde. Ob ihm eine bessere Verteidigung jedoch genutzt hätte, ist fraglich. Denn Bögelein hatte sich 1944 freiwillig verpflichtet, in der Roten Armee gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen. Er ist unter anderem als Fallschirmspringer in NS-Uniform beim OKR (Otdel Kontraswdka, Spionage-Abwehr) der Sowjets gegen die Deutschen eingesetzt worden. Er war einer der wenigen, die nach bereits längerem Wehrmachtsdienst, u.a. bei der Partisanenbekämpfung in Jugoslawien, den Nazis den Gehorsam verweigerten und später »zum Feind« überliefen. Er hat dann später »mit dem Russen« (Zeugenaussage), für die Sowjets, für den KGB gearbeitet, und nicht wenige deutsche Armeeangehörige sind infolge seiner Angaben als Kriegsverbrecher verurteilt worden.

Da war also eine alte Rechnung offen, die in diesem Prozeß beglichen worden ist. Das ist erst durch den 3. Oktober 1990 möglich geworden, mehr als 40 Jahre nach dem »Vaterlandsverrat«. Der mehrfach von NS-Gerichten zum Tode verurteilte Angeklagte, Widerstandskämpfer und ehemalige DDR-Bürger Bögelein hat nun endlich wenigstens lebenslänglich erhalten - das, was ihm zusteht im neuen Großdeutschland, in dem die alten NS-Seilschaften offenbar bis hinein in hohe Gerichte funktionieren.

Darüber hinaus aber ist in diesem Prozeß der Wehrmachtsrichter Erich Kallmerten, Schreibtischtäter in Uniform und vielfacher Justizmörder, rehabilitiert worden. Das war ja schließlich auch einer, dem eine glänzende Karriere, vielleicht als Landgerichtsdirektor oder Oberstaatsanwalt in der BRD bevorgestanden hatte, einer, der Bürgermeister hätte werden können, wenn er nicht 1947 in einem Kriegsgefangenenlager erschlagen worden wäre. Im Unterschied zu den justizförmigen Exekutionen der von Kallmerten zum Tode Verurteilten aber hat es sich bei seinem Tod eben um eine »Bluttat« und eine »bestialische Tötung« (»Hamburger Morgenpost«) gehandelt, begangen von »Russenknechten« (Zeugenaussage) an einem »sturen Hund« (Zeugenaussage), der sich von der kommunistischen Hetzorganisation »Antifa« nicht hatte umerziehen lassen wollen. Den hätte man brauchen können im Land.

Solidaritätskonto Gerhard Bögelein: 1228/128 938 Hamburger Sparkasse BLZ 200 505 50

Katja Leyrer schrieb in KONKRET 8/89 über die »Euthanasie«-Propaganda der »Zeit«

Günther Schwarberg

Wer ist Oberstaatsanwalt Duhn?

Der Oberstaatsanwalt Harald Duhn ist kein alter Nazi. Er wurde am 22. Oktober 1931 geboren

Ein Kindermörder bleibt frei

Der Oberstaatsanwalt Duhn hat fünf lange Jahre über dem Er-mittlungsverfahren gegen den SS-Obersturmführer Arnold Strippel gebrütet. Der hatte am 20. April 1945 im Keller der Hamburger Volksschule am Bullenhuser Damm zwanzig jüdische Kinder erhängen lassen. Zu ermitteln gab es nicht viel: Das englische Militärgericht hatte 1946 den Fall gründlich

behandelt. Die Schuld des SS-Büttels wurde erwiesen. Aber der war damals untergetaucht und entging so der Todesstrafe. Es existierte ein detailliertes Prozeß-Protokoll, aufgrund dessen der Oberstaatsanwalt Duhn - als er 1978 mit dem Fall betraut wurde - den Täter sofort hätte anklagen und in Untersuchungshaft nehmen müssen. Statt dessen zog er das Verfahren hin. Bis 1983 die Justizsenatorin Leithäuser die Erhebung der Anklage gegen Strippel anordnete. Doch das Landgericht Hamburg ließ vier weitere Jahre verstreichen. Dann wurde das Verfahren eingestellt - wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit.

Ein SS-Mann ist glaubwürdig

Während des Strippel-Verfahrens war der Oberstaatsanwalt Duhn nach München gefahren, um den ehemaligen KZ-Adjudanten von Neuengamme, Totzauer, zu vernehmen. Der hatte den Mordbefehl aus Berlin an die Mörder übergeben. Leider konnte er sich an nichts erinnern. Trotzdem schrieb der Oberstaatsanwalt Duhn in einem »Vermerk«, der SS-Offizier habe einen »glaubwürdigen Eindruck« gemacht. Bei ehemaligen KZ-Gefangenen sucht man eine solche Einschätzung des Oberstaatsanwalts Duhn vergebens. Aber er hatte auch etwas herausgefunden, was eigentlich alle Prozesse gegen KZ-Mörder mit einem Schlag hätte beenden können: Die SS-Leute seien nach ihrer Gefangennahme durch die Engländer »planmäßig ausgehungert« worden. Deshalb sei am Wert ihrer Aussage zu zweifeln. Ihrer belastenden Aussagen natürlich.

Ein Russe wird verfolgt

In einem anderen Ermittlungsverfahren hatte der Oberstaatsanwalt Duhn sich mit dem Schiff »Cap Arcona« zu befassen. Das war am 3. Mai 1945 mit KZ-Gefangenen an Bord in der Lübecker Bucht in Brand geschossen worden und gekentert. Der Oberstaatsanwalt Duhn hätte reichlich Gelegenheit zu Anklagen gehabt: 7.500 Menschen verbrannten, ertranken, wurden erschlagen, erschossen. Aber der Oberstaatsanwalt Duhn suchte sich einen einzigen Fall heraus: Als die KZ-Gefangenen in Panik von Bord des brennenden Schiffes gesprungen waren, hatte ein SS-Führer namens Wiehagen mit seiner Maschinenpistole auf sie geschossen. Bis er selbst ins Wasser springen mußte. Dort hatte ein russischer Gefangener dem SS-Mann mit einem Holzscheit auf den Kopf geschlagen. Wiehagen war untergegangen und tauchte nicht mehr auf. Der Oberstaatsanwalt Duhn leitete 1980 ein Ermittlungsverfahren gegen den unbekannten Russen ein - wegen Mordes.

Ich habe diesen Vorfall 1983 in meinem Buch »Angriffsziel Cap Arcona« veröffentlicht. Daraufhin leitete der Oberstaatsanwalt Duhn eine Untersuchung gegen mich ein: woher ich das Material habe.

Ein Judenmörder wird 14 Jahre geschont

Am 28. März 1973 beantragte der Oberstaatsanwalt Duhn einen Haftbefehl gegen den Werkschutzmann Jakob Holz. Der hatte in einem Zweigbetrieb der österreichischen Rüstungsfirma Steyr-Daimler-Puch in Radom viele Juden erschossen. Aber der Oberstaatsanwalt Duhn ließ den Haftbefehl länger als 14 Jahre liegen, denn Jakob Holz wohnte in der DDR, und mit einem Unrechtsstaat verkehrt man nicht. Erst 1987, als sogar die Regierungschefs miteinander redeten, gab der Oberstaatsanwalt Duhn das Verfahren an den Generalstaatsanwalt der DDR ab. Jakob Holz wurde in Rostock vor Gericht gestellt und am 25. September 1989 »wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen in Tateinheit« zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Ein Polizeidirektor wird nicht bestraft

1985 klagte der Oberstaatsanwalt Duhn den Hamburger Polizeidirektor Otto Siemers wegen Beihilfe zu mehrtausendfachen Judenmorden in Polen an. Aber der Oberstaatsanwalt Duhn hatte es nicht fertiggebracht, den genauen Ort der Massenerschießungen herauszufinden. Die polnische Behörde habe seinen Brief nicht beantwortet. Der Polizeidirektor wurde am 10. Oktober 1985 der Beihilfe zum Massenmord in mindestens 2.000 Fällen für schuldig befunden, jedoch sah das Gericht »wegen geringer Schuld« von Strafe ab.

Günther Schwarberg schrieb in KONKRET 10/89 über einen Prozeß gegen Neonazis

Konkret 07/92, S. 32

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« VII

Siebter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Freitag, 3.4.1992

In Potsdam schlagen Skinheads einen Kubaner zusammen und treten auf ihn ein. Der Mann muß ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Montag, 6.4.

In Brandenburg wird die Leiche eines bulgarischen Asylbewerbers gefunden, der offenbar schon seit Ende März erstochen in einem Waldstück lag. Nach Mitteilung der Polizei wurde der Mann Opfer eines Verbrechens.

Dienstag, 7.4.

Brandanschlag auf eine von Iranern betriebene Bäckerei im Gallusviertel in Frankfurt/Main.

Mittwoch, 8.4.

An der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt/Oder demonstrieren rund 50 Jugendliche zum ersten Jahrestag des visafreien Reiseverkehrs mit ausländerfeindlichen Parolen. In der Stadt wird ein polnisches Auto angehalten und demoliert.

Donnerstag, 9.4.

Brandanschlag auf ein unbewohntes Heim für Asylbewerber in Ingolstadt. Eine von drei Baracken, in die zwei Wochen später 40 Asylbewerber einziehen sollten, brennt völlig aus. Der Sachschaden beträgt 400.000 Mark.

Sonntag, 12.4.

Eine Gruppe von etwa 15 Vermummten überfällt in Treuenbrietzen/Brandenburg ein Asylbewerberheim. Die Angreifer zerschlagen Fenster, Jalousien und die Eingangstür und beschädigen ein vor dem Haus abgestelltes Auto.

Dienstag, 14.4.

Im Berliner Stadtteil Friedrichshain schlagen mehrere junge Männer auf eine Vietnamesin ein. Kurz darauf prügeln sie auf einen togoischen Staatsbürger ein und stoßen ihn auf die Straße, wo er von einem Auto angefahren wird. Ein Sudanese erleidet eine Platzwunde, als sie ihm einen Stein an den Kopf werfen. Alle drei Opfer müssen in ärztliche Behandlung.

Freitag, 17.4.

In Hohenschönhausen/Berlin wird ein 24jähriger Moambiquaner von fünf Skinheads zusammengeschlagen und beraubt.

In der S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Prenzlauer Allee und Ostkreuz in Berlin wird ein 22jähriger Libanese von einer Gruppe Skinheads angegriffen und geschlagen. Die Skinheads versuchen, den Mann aus dem fahrenden Zug zu werfen. Bei der Einfahrt in den Bahnhof kann er sich zur Bahnhofsaufsicht flüchten.

Samstag, 18.4.

Brandstiftung in einer Unterkunft für Asylbewerber in Nördlingen.

Dienstag, 21.4.

Ein Skinhead schlägt einen 34jährigen Vietnamesen vor einem Kino brutal zusammen und bedroht mehrere Passanten mit einer Gaspistole.

Mittwoch, 22.4.

Auf dem Rhein-Main-Flughafen schneidet sich ein 28jähriger Iraner die Pulsadern auf, als er zur Abschiebung in ein Flugzeug gebracht werden soll. Er wird in die Flughafenklinik gebracht, danach wird sein Asylantrag aufgenommen.

Freitag, 24.4.

Vor den Augen zahlreicher Passanten wird der 29jährige Vietnamese Nguyen Van Tu im Berliner Stadtteil Marzahn von einem 21jährigen Deutschen erstochen.

Sonntag, 26.4.

In München wird ein Ghanese von drei jungen Männern niedergeschlagen und beraubt.

Brandanschlag auf ein Wohnheim für Asylbewerber in Essen.

Samstag, 2.5.

Brand in einem Übergangswohnheim für Aussiedler. Drei Menschen werden schwer verletzt. Die Polizei schließt Brandstiftung aus.

Montag, 4.5.

Zweimaliger Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Jüterbog.

In Aarbergen-Panrod/Hessen wird ein Wohncontainer, in dem Asylbewerber untergebracht werden sollen, mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen beschmiert.

Dienstag, 5.5.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Pätz bei Berlin.

Mittwoch, 6.5.

In Kassel stehen sieben junge Männer wegen Landfriedensbruchs vor Gericht. Sie waren an dem Überfall auf das Asylbewerberheim in Ahnatal-Weimar/Kreis Kassel Anfang Okt. 91 beteiligt. Einer der Männer wird freigesprochen, einer zu 60 Tagessätzen à 35 Mark verurteilt, ein weiterer zu einer Jugendstrafe von acht Monaten auf Bewährung sowie einer Geldstrafe. Die anderen müssen jeweils zwischen 400 und 1000 Mark an gemeinnützige Organisationen zahlen.

Samstag/Sonntag, 9./10.5.

In Wendisch Rietz/Brandenburg bedroht eine Gruppe von Skinheads einen Nigerianer in einer Diskothek mit einer Gaspistole, schlägt ihn zusammen und wirft ihn bewußtlos in einen See. Der Nigerianer, der von einem Ordner der Diskothek aus dem Wasser gerettet und in ein Krankenhaus gebracht wurde, schwebt in Lebensgefahr.

Mittwoch, 13.5.

Das Bremer Landgericht verurteilt die drei jungen Männer, die gestanden hatten, in der Nacht zum 3.10.91 ein Flüchtlingswohnheim in Brand gesteckt zu haben, zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten. Im Urteil heißt es, die Tötung von Menschen sei »nicht beabsichtigt gewesen«.

Dienstag, 19.5.

Ein Wohnheim für Asylbewerber in Bokholt-Hanredder im Landkreis Pinneberg/Schleswig-Holstein brennt ab. Die Polizei schließt Brandstiftung aus.

Mittwoch, 20.5.

In Heidenrod/Hessen werden sechs Wohncontainer, in denen Asylbewerber untergebracht werden sollen, mit Hakenkreuzen beschmiert.

Samstag, 23.5.

Mehrere Rumänen werden im Kreis Quendlingen/Sachsen-Anhalt von Skinheads zusammengeschlagen.

Samstag/Sonntag, 23./24.5.

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Baunatal/Kreis Kassel.

Sonntag, 24.5.

Rund 100 Jugendliche überfallen ein Asylbewerberheim in Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern. Zwei Personen werden verletzt, eine Frau wird mit Schock in ein Krankenhaus gebracht.

Montag, 25.5.

Das Bezirksgericht Dresden verurteilt drei Haupttäter einer Jugendclique, die am 11.9.91 Ausländer und Ausländerinnen beleidigt, mißhandelt und beraubt hatten, zu Haftstrafen zwischen zehn und 21 Monaten. Die Haftstrafen werden zur Vorbewährung ausgesetzt. Da die Täter noch weiterer Straftaten verdächtig sind, wird über die Möglichkeit der Bewährung gesondert entschieden.

Ein Sudanese wird in Potsdam von Skinheads zusammengeschlagen. Er muß mit Verdacht auf schwere Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden.

Ein russischer Asylbewerber wird auf dem Gelände der Westgruppe der ehemals sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf/Brandenburg mit Stichverletzungen tot aufgefunden. Er hatte am Samstag einen Asylantrag gestellt.

Dienstag, 26.5.

Die Jugendkammer des Duisburger Landgerichts verurteilt die drei jungen Männer, die am 3.10.91 einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hünxe verübt hatten, zu mehrjährigen Haftstrafen. Die beiden Hauptangeklagten wurden zu fünf Jahren, der dritte zu dreieinhalb Jahren verurteilt.

Donnerstag, 28.5.

Nach einem Waldfest ziehen in Mannheim etwa 400 Menschen vor ein Asylbewerberheim. Aus der Menge brüllen Jugendliche, die sich mit Baseball-Schlägern und Feuerwerkskörpern bewaffnet hatten, ausländerfeindliche Parolen. Im Stadtteil kursierte ein Gerücht, demzufolge ein »schwarzer« Asylbewerber eine 16jährige vergewaltigt habe. Das Gerücht entbehrte jeder Grundlage.

Freitag, 29.5.

Ein junger Mann schießt auf ein Asylbewerberheim in Pattensen bei Hannover. Eine Fensterscheibe geht zu Bruch.

Mittwoch, 3.6.

Im April 92 verzeichnete das Bundeskriminalamt insgesamt 173 ausländerfeindlich motivierte Straftaten, darunter 23 Brandanschläge, 23 Angriffe gegen Personen und 127 Sachbeschädigungen oder Beleidigungen. Von den Brandanschlägen wurden sechs in Baden-Württemberg und fünf in Nordrhein-Westfalen verübt. Insgesamt wurden die meisten rassistischen Straftaten in Nordrhein-Westfalen notiert. Ein Viertel der Straftaten (45) entfiel auf die neuen Bundesländer. Im März 92 waren 141, im Februar 176 und im Januar 212 ausländerfeindlich motivierte Straftaten registriert worden.

In Pfronten-Weißbach/Landkreis Oberallgäu brennt ein Schuppen neben dem als Übersiedlerheim genutzten »Alpengasthof« nieder. Der Hausmeister des Übersiedlerheims wird wegen Brandstiftung festgenommen.

Brandstiftung in einem Mehrfamilienhaus in Sonthofen im Allgäu, in dem Familien verschiedener Nationen leben.

Donnerstag, 4.6.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Elsterwerda/Brandenburg.

Sonntag, 7.6.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Liebertwolkwitz bei Leipzig.

60 Jugendliche sammeln sich vor einer Asylbewerberunterkunft in Eilenburg. Das Eingreifen der Polizei kann einen Überfall verhindern.

In Elgersburg/Landkreis Ilmenau fahren vier Vermummte vor einem Asylbewerber-heim vor, feuern fünf Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab, zerschlagen eine Fensterscheibe und brüllen ausländerfeindliche Parolen.

Kasten Seite 32 »Zum Beispiel Mannheim«

Seit dem 28.5.92 wird Hoyerswerda im Mannheimer Stadtteil Schönau fortgesetzt, nur die überregionalen Medien nehmen dies nicht mehr wahr: Am Donnerstag, den 28.5.92 (»Christi Himmelfahrt«) finden in der unmittelbaren Nähe des Stadtteils Schönau im Wald die üblichen »Vatertags«-Besäufnisse statt. An einer Hauptstraße am Ortseingang befindet sich eine von der US-Army geräumte Kaserne, die Gendamerie-Kaserne, die mittlerweile zu einem sog. Sammellager nach dem neuen »Asylverfahrensgesetz« umgewandelt wurde. Dort sind zu diesem Zeitpunkt etwa 100 Flüchtlinge untergebracht. Nicht organisierte Faschisten, sondern ca. 400 Schönauer Normalbürger zeigen plötzlich, daß die deutsche Volksseele kocht, ziehen vor das Wohnheim und wollen es stürmen und die Flüchtlinge »plattmachen«. Die Polizei verhindert dies mit einem Großeinsatz. Der Oberbürgermeister Gerhard Widder - ein Sozialdemokrat mit Neigung zu REP-Positionen - versucht, die zum Pogrom bereiten Schönauer zu »beruhigen« mit dem ständigen Hinweis darauf, daß nun endlich etwas gegen die Probleme getan werden müsse, die durch die Flüchtlinge entstünden. In den folgenden Nächten versuchen immer wieder Gruppen von Schönauern gegen das mittlerweile von der Polizei festungsar-tig gesicherte Sammellager vorzugehen.

Am 3. Juni beschließen Leute aus der Mannheimer linken Szene für Samstag, den 6. Juni, eine Demonstration auf der Schönau gegen die Pogromversuche anzumelden, wozu vorher in anderen Städten bereits aufgerufen worden war. Sie wird von Gerhard Widder verboten und darüber hinaus ein Demo-Verbot für den ganzen Stadtteil verhängt. Diese Entscheidung wird vom berüchtigten Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim (»Altenwohnheime wg. Immissionen in normalen Wohngebieten unzumutbar«) bestätigt. Als sich ankündigt, daß die trotzdem anreisenden Leute in Polizeiketten und Kontrollstellen hängenbleiben werden, wird die Demo in die Innenstadt umgeleitet, wo sie prompt wieder verboten wird und die Polizei in brutalen Einsätzen 140 Menschen festnimmt. Auch am folgenden Wochenende demonstriert der Polizeistaat in Mannheim Stärke: 250 Menschen werden unter dem Verdacht der Vorbereitung einer nicht genehmigten Demonstration verhaftet.

Kamillus Wolf, Mannheim

Konkret 07/92, S. 34

Klaus Bittermann

Schutzkultur und Blutzufuhr

Jeder Protest gegen Ausländerverfolgung ist richtig, weshalb auch niemand seine Motive rechtfertigen muß. Wenn jemand das Auftreten und die Gewalttaten der Rechtsextremisten in irgendeiner Weise stört, verurteilt, öffentlich macht, dann spielen die Gründe, warum er das tut, keine Rolle. Ganz gleich also, ob er Schriftsteller, Arbeitgeberpräsident oder Chefredakteur ist, seine Hintergedanken müssen weder ehrenwert noch lauter sein. Etwas anderes ist es, wenn der Protest zur Suche nach den eigenen Motiven wird und Schriftsteller, Arbeitgeberpräsident und Chefredakteur sich gegenseitig mitteilen, warum sie gegen Ausländerverfolgung sind

Wenn die guten Deutschen empört sind, dann tun sie sich zusammen und machen ein Buch. Aber muß es unbedingt ein Buch sein? Müssen sie sich ihre gute Absicht und edle Gesinnung unbedingt selber bestätigen? Sie müssen. »Stoppt die Gewalt - Stimmen gegen den Ausländerhaß«, billiger ist es bei Luchterhand nicht zu haben. Die Herausgeber der »Flugschrift Nr. 4« - Michael Jürgs und Freimut Duve - haben unter ihresgleichen »viele Stimmen der Menschlichkeit« gesammelt, die von »vielen prominenten und nicht so prominenten Zeitgenossen« stammen.

Beschlichen von der heimlichen Ahnung der Vergeblichkeit ihres Tuns schreiben die Herausgeber: »Natürlich, viel wird auch dieses Buch nicht ändern am alltäglichen Rassismus in Deutschland«, und: »Nein, dieses Buch wird nicht viel ändern an der Seelenlage der Nation.« Man könne sogar noch weiter gehen und fragen: »Wird dieses Buch überhaupt etwas ändern?« Doch, es wird etwas ändern, nicht bei den Neonazis und Skins, aber immerhin bei dem einen oder anderen Ausländer, der sich von diesem Buch (und seinen Autoren) was auch immer versprochen hat und nun einsehen muß: Gott beschütze mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich selber fertig.

Denn während Asylantenheime abgefackelt werden und der faschistische Mob auf den Straßen randaliert, beginnen besonders sensible Seelen in diesem Sammelbändchen sich zu offenbaren, »um über meine Scham hinwegzukommen«. Bei dieser Gelegenheit erinnern sie sich dann auch gerne an die gute alte Zeit. Wie sie zum Beispiel »als Flüchtling in dieses Land gekommen« sind, wie schrecklich es war, als »niemand glaubte«, »daß wir mal was besessen, mal eine Heimat hatten, obwohl wir sogar Deutsche waren«, was bekanntlich besonders übel ist. Man ahnt bereits, wer sich da durch Nacht und Nebel sülzt: Peter Härtling, der zu jedwedem Thema mit der Regelmäßigkeit der Elektrizitätsrechnung sein Vertriebenentrauma ausbreitet, um sich auf Kosten anderer zu therapieren und damit zu beweisen, daß in Wirklichkeit er das arme Schwein ist. Wer wollte ihm da widersprechen.

Nun könnte man einwenden, daß ein Sülzkopf allein den Kohl nicht fett macht. Aber auch die anderen »Stimmen der Menschlichkeit« sprechen am liebsten von ihrer Betroffenheit, ihrer Scham und zeigen sich geplagt von der Angst, ihre Enkel könnten sie dermaleinst fragen, was sie denn eigentlich damals gegen die Angriffe auf Ausländer und die »ruchlose Schreckensherrschaft« der Rechtsradikalen getan haben. Umgetrieben sind sie von der »Angst, daß die Frage an unsere Eltern ‘Wie konnte es damals bloß soweit kommen?’ gerade beantwortet wird: Genauso wie jetzt.« Keinem Ausländer wird man guten Gewissens empfehlen können, auf solche von Angstneurosen geschüttelten zarten Wesen zu setzen, wenn es mal hart auf hart kommt, man also Schutz benötigt und nicht nur ein paar gute Worte.

Aus dem breitgetretenen Betroffenheitsquark formen sich merkwürdige Begründungen dafür, warum die vielen netten und gebildeten Leute auf die »ausländischen Mitbürger und Gäste« auf keinen Fall verzichten mögen. Ohne sie wäre es nämlich viel »langweiliger«, »wenn sich an einem Sommer-Sonntagmorgen nicht von irgendwoher arabische Musik unter das Glockenläuten der katholischen Kirche mischte. Wenn zum Straßenbild nicht Frauen mit Kopftuch oder im Sari und Männer mit Turban oder in afrikanischer Tracht gehörten.« Und nicht zu vergessen: »Vom italienischen Essen bis zur schwarzen Musik haben Ausländer den Deutschen geholfen, etwas lockerer zu werden.« Der Ausländer als kulturelle »Bereicherung«. Man kann es wirklich nicht mehr hören, dieses Pizza-, Kebab- und Sirtaki-Gefasel, aber die Begeisterung über die exotischen Volksstämme mit ihren fremden Sitten und Gebräuchen, Trachten und Tänzen hält sich hartnäckig. So möchten die guten Deutschen den guten Ausländer haben, und es zeigt sich, daß es den Fans fremder Kulturen nicht um die Sicherung und Garantie nichtdiskriminierender normaler Lebensbedingungen geht, sondern um Artenschutz.

Nicht auszudenken, wenn »die kulturelle Blutzufuhr« ausbliebe, und wie schmerzlich, wenn man »den Glauben an eine deutsche Kulturnation« aufgeben müßte, weil eine »Welle von Ausländerfeindlichkeit« über Deutschland zusammenschwappt, die natürlich aufs Schärfste als »Angriffe... gegen die Grundpfeiler abendländischer Kultur« verurteilt wird. Womit wir uns »im Kern des ältesten Kulturproblems« befinden, welches die »Fremden« sind. Da hilft nur, »eine Schutzkultur um die Bedrohten« zu bauen. Wo so viel Kultur im Spiel ist, kann es keine schlechten Menschen geben. Aber interessieren tuts einen schon, was es mit der »kulturellen Blutzufuhr« auf sich hat. Und wenn Menschen in Flüchtlingsheimen überfallen werden, möchte man doch gerne wissen, warum die »Stimmen der Menschlichkeit« statt der Angegriffenen die »abendländische Kultur« gefährdet sehen.

Ausländer werden hierzulande jedoch nicht nur gebraucht, weil die verweizsäckerte Intelligenz ihren Glauben an die »deutsche Kulturnation« nicht verlieren will, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. »In vielen Bereichen,

besonders auf dem Dienstleistungssektor, sind nichtdeutsche Mitbürger im Laufe der Jahrzehnte geradezu unentbehrlich geworden.« Und: »Jeder Politiker, jeder Wirtschaftler kann bestätigen, daß die Bundesrepublik ökonomisch zusammenbrechen würde, wenn uns alle Ausländer auf einen Schlag verließen.« Vielleicht also sollten sie doch besser nacheinander gehen?

Bei der Lektüre des Luchterhand-Bändchens wird man das Gefühl nicht los, als beobachte man einen von Existenzängsten gebeutelten Mittelständler bei dem Versuch, zu begründen, warum er es für keine gute Idee hält, wenn Deutschland demnächst wieder ausländerfrei ist. Wobei er in vorauseilendem Gehorsam einen noch gar nicht existierenden Zustand akzeptiert, indem er unermüdlich darauf hinweist, daß das »unserer politischen Kultur« schade, »unserer Wirtschaft« oder dem »Ansehen unseres Landes, das in 40 Jahren aufgebaut wurde«. In dieser Sicht ist nicht etwa der Ausländer der an Leib und Leben Geschädigte, sondern der Deutsche.

Wenn aber einer es besonders gut meint, versetzt er sich »in die Lage der Menschen, die hier leben«. Oder behauptet: »Auch ich bin ein Ausländer.« Diese Anbiederei mag man ärgerlich finden, vielleicht sogar peinlich, aber wie ließe sich sonst so edel und dennoch radikal formulieren, ohne ein blaues Auge zu riskieren? Solidarität von der Stange, besonders billig. Und in ungeahnten Variationen: »Auf jeden Fall muß vermittelt werden.« Vielleicht so: »Zum Beispiel wird der Neger an sich akzeptiert, wenn er Tore schießt, am besten allerdings im eigenen Verein, denn wenn er beim Gegner spielt, dann wirft der echte Sportfan mit Bananen oder übt sich im Affengebrüll. Auch da allerdings gilt die Regel, daß nur der ein guter Bimbo ist, der mit einem Zimmer im Sportlerheim zufrieden ist, also nicht zu uns in die Stadt in die besseren Gegenden ziehen will, was er sich ja leisten könnte, und daß er seine braunen Finger von deutschen Frauen läßt.« Aufklärung durch drastische Zuspitzung von Stammtischgeschwätz? Nun, nach der Lektüre der »Stimmen« kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß dem Autor, was Anklage hatte sein sollen, zum Bekenntnis geriet.

Aber das kommt davon, wenn Journalisten glauben, mal wieder »in Ausübung ihrer Pflicht« eine Drucksache auflegen zu müssen. In diesem Fall ein Delikt, das sich adäquat nur als Vereinigungskriminalität beschreiben läßt.

»Stoppt die Gewalt - Stimmen gegen den Ausländerhaß«, hrsg. von Michael Jürgs und Freimut Duve, Luchterhand Flugschrift Nr. 4, Hamburg 1992. Zitiert wurden: Michael Jürgs, Freimut Duve, Marion Gräfin Dönhoff, Emanuel Eckart, Eberhard Fechner, Barbara Franck, Peter Härtling, Hamburger Museumsdirektoren, Hellmuth Karasek, Hardy Krüger, Jobst Plog, Gregor von Rezzori, Michael Schirner, Franz Steinkühler. Die Liste der beitragenden Autoren ist damit allerdings noch längst nicht vollständig.

Klaus Bittermann stellte in KONKRET 7/91 einen Film über den Aufstand im NS-Vernichtungslager Sobibor vor

Konkret 07/92, S. 35

Michael Hahn

Ross for Boss

Zwölf Jahre lang haben republikanische Präsidenten den starken (weißen) Mann gespielt und versprochen, Staatsverschuldung, Drogenhandel und Straßenkriminalität den Garaus zu machen. Das Ergebnis: Die USA stecken tiefer in der Krise als je zuvor. Jetzt kündigt ein neuer Kandidat an, die Versprechungen in die Tat umzusetzen - koste es, was es wolle

Eine angesehene Tageszeitung pries die Vorzüge des Kandidaten: Er werde mit den Problemen in »der Nation und im Alltag des Bürgers genauso umgehen wie mit den Hindernissen, die seiner Firma im Weg standen: er wird sie unverzüglich und mit direktem Zugreifen aus dem Weg räumen«. Für viele, so der Historiker John Higham, verkörperte Amerikas erfolgreichster Unternehmer »die alten Pionier-Tugenden: eine Verachtung für Eleganz und Intellektualismus, einen rauhen Individualismus und ein Talent für praktischen Erfolg«.

Die Rede ist hier vom Sommer 1923 und vom damals populärsten möglichen Bewerber für die nächste Präsidentschaftswahl: Henry Ford. Der Autofabrikant hat es sich jedoch anders überlegt. Er konzentrierte sich in den folgenden Jahren darauf, gegen das »internationale Judentum« zu hetzen, die antisemitischen »Protokolle der Weisen von Zion« in den USA zu verbreiten und die Nazis zu unterstützen, wofür ihm 1938 der deutsche

Generalkonsul in Detroit einen Orden verlieh.

69 Jahre später bereitet sich erneut ein sagenumwobener Super-Kapitalist auf eine Präsidentschaftskandidatur vor: Henry Ross Perot will im November 1992 als Unabhängiger gegen den Republikaner George Bush und den Demokraten Bill Clinton antreten. Der Multi-Milliardär aus Dallas, Texas, tritt in die Fußstapfen von David Duke und Pat Buchanan, die mit ihren rechtspopulistischen Wahlkampagnen im vergangenen Winter aufsehenerregende Achtungserfolge erzielten, indem sie (obwohl offiziell Republikaner) Wähler aus beiden Parteien an sich zogen (siehe KONKRET 3/92).

Perot gibt sich volksverbunden. Er geht zu Fuß in sein Wahlkampfbüro und spottet über die »königliche Präsidentschaft« George Bushs, der sich nur im Limousinen-Konvoi unters Volk wage. Perot beteuert, er verstehe die Sorgen des kleinen Mannes auf der Straße und werde veranlas-sen, daß den Unzufriedenen und Ausgegrenzten endlich Gehör in der großen Politik verschafft werde. Ein politisches Programm habe er keines, wozu auch: Die üblichen Wahlkampfplattformen seien eh kaum das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Er propagiert einfache Rezepte: Um den Niedergang der US-Hegemonie rückgängig zu machen, will er dafür sorgen, daß »Made in USA« wieder ein »Markenzeichen für Weltklasse« wird. Die Story vom Multi-Milliardär mit dem Herz für den kleinen Mann scheint anzukommen: Meinungsumfragen zufolge ist er fünf Monate vor der Präsidentschaftswahl vor Bush und Clinton in Führung gegangen.

Der Unternehmer Ross Perot steht im Ruf, seinen Willen durchzusetzen, ohne Rücksicht auf etwaige Hindernisse. So will er auch in der Politik verfahren: Wenn nötig, werde er nicht zögern, die US-Verfassung außer Kraft zu setzen, um Staatsverschuldung und illegalen Drogenhandel wirksam bekämpfen zu können. Es sei mitunter notwendig, erklärte er 1988, ganze Stadtviertel abzuriegeln und systematisch, von Haus zu Haus, nach Drogen und Schußwaffen zu durchkämmen. Festgenommene seien wie Kriegsgefangene zu behandeln. »Dieses (Drogen-)Problem kann nur mit rückhaltlos militärischen Mitteln bewältigt werden.«

Solche Kraftsprüche folgen der Rücksichtslosigkeit des von Reagan und Bush propagierten »War on Drugs« in den vergangenen Jahren, wenngleich verfassungsrechtliche Mindestgarantien für »Verdächtige« bislang nur heimlich außer Kraft gesetzt werden. Auch Perots Vorliebe für verdeckte paramilitärische Operationen im Ausland fügt sich nahtlos in die von Reagan und Bush systematisch betriebene Aushöhlung bürgerlich-parlamentarischer Institutionen in den vergangenen Jahren. Wie kaum ein anderer repräsentiert Perot die schleichende Privatisierung der US-Außenpolitik. Als 1979 zwei Beschäftigte seiner Computerfirma, die der Schah ins Land geholt hatte, im Zuge der Islamischen Revolution inhaftiert wurden, organisierte Perot eine private Kommandoaktion, die die beiden aus dem Gefängnis befreite. Der damalige Präsident Jimmy Carter war weniger erfolgreich: Der offizielle Geisel-Rettungsversuch per Hubschrauber scheiterte kläglich im iranischen Wüstensand.

Wie der Neofaschist Lyndon LaRouche unterhält Perot seinen eigenen Nachrichtendienst (es gibt Indizien für eine Zusammenarbeit der beiden privaten Geheimdienste) und hat wiederholt versucht, mit den gesammelten Informationen die skandalgeplagten Regierungen Reagans und Bushs unter Druck zu setzen. Auch die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels wollte Perot privatisieren. Er heuerte 1980 einen Vietnam- und »Green Beret«-Veteranen an, mit dem Auftrag, eine entsprechende private Söldnertruppe aufzustellen. Perot schlug der US-Zollpolizei vor, verdeckt eine Karibikinsel aufzukaufen und Drogenhändlern dort die Zwischenlandung auf dem Weg in die USA anzubieten, um sie zu identifizieren und später auffliegen zu lassen. Etwaige »Profite« aus der Operation wollte er einbehalten. Die Zollpolizei lehnte ab.

Von 1982 bis 1986 gehörte Perot dem »President's Foreign Intelligence Advisory Board«, dem CIA-Aufsichtsgremium unter Ronald Reagan an - eine Funktion, die sich kaum mit Perots derzeitig gepflegtem Bild des politischen »Außenseiters« vereinbaren läßt. Im selben Zeitraum überwies er Millionenbeträge an Oliver Norths Iran-Contra-Netzwerk. Das Nachrichtenmagazin »U.S. News and World Report« zitierte 1988 einen ungenannten Mitarbeiter des National Security Council im Weißen Haus: »Perot war unsere erste Wahl für verdeckte Operationen: Er konnte Dinge schnell erledigen, im Unterschied zur CIA.«

Perots Image als super-patriotischer Draufgänger hat eine lange Geschichte: Bereits während des Vietnamkriegs machte er von sich reden, als er (erfolglos) versuchte, Weihnachtspakete an US-Kriegsgefangene in Indochina auszuliefern und die Freilassung der Internierten zu erreichen. Nach Kriegsende pflegte Perot ein Propaganda-Steckenpferd der radikalen Rechten in den USA, demzufolge sich bis heute US-Kriegsgefangene in vietnamesischer Hand (genauer: in vietnamesischen Bambus-Käfigen) befinden, vergessen und verraten von ihrer eigenen Regierung.

Einer der prominentesten Prisoner-of-War-Aktivisten ist Oberst James »Bo« Gritz (gesprochen: »Graitz«), der meistdekorierte US-Soldat des Vietnamkriegs und Mitte der 70er Jahre Kommandant von US-»Special Forces«-Einheiten in Lateinamerika. Gritz behauptet, er habe stattliche Summen von Perot erhalten, um US-Kriegsgefangene in Vietnam aufzuspüren und Rambo-ähnliche Befreiungsaktionen zu initiieren. Gritz, der damit prahlt, eigenhändig »über 400 Kommunisten« umgebracht zu haben, wird im November (wenn er nicht zuvor zugunsten von Perot zurückzieht) als Präsidentschaftskandidat der rechtsradikalen Populist Party antreten (1988 hatte die Populist Party den Neonazi David Duke aufgestellt). Perot selbst hat im Frühjahr vorläufig den Vize-Admiral a.D. James Stockdale als seinen Vizepräsidenten nominiert, einen ehemaligen Kriegsgefangenen in Vietnam und heutigen Berater des stramm rechten Hoover-Instituts in Kalifornien.

Die periodisch wiederaufgewärmten Gerüchte von überlebenden US-Kriegsgefangenen in Vietnam, denen die eigene Regierung in den Rücken gefallen sei, sind die amerikanische Version der »Dolchstoß-Legende«. Anstelle des »Diktats von Versailles« beklagt die rechtsradikale Propaganda den schmählichen Abzug aus Vietnam, bei dem angeblich kriegsgefangene GIs zurückgelassen wurden; die »Novemberverräter« sitzen in Washington in einer Regierung, die unfähig oder unwillig ist, ihre eigenen Soldaten aus Feindeshand zu befreien, und sogar ihre Existenz leugnet. Der Vorwurf des Verrats und der bürgerlich-demokratischen Zimperlichkeit wird selbst gegen die Regierungen Reagans und Bushs erhoben, die sich in den vergangenen zwölf Jahren unbeirrt über völkerrechtliche und verfassungsmäßige Bestimmungen hinweggesetzt haben.

Aber während Perot gegen den Verfall der bürgerlichen Demokratie, gegen korrupte und karriere-geile Profi-Politiker wettert, ist doch gerade auch seine Kandidatur ein Ausdruck dieses Verfalls. Die beiden etablierten politischen Parteien nähern sich der Bedeutungslosigkeit: Sie verfügen weder über feste Strukturen noch über eine beitragszahlende Mitgliedschaft und beschränken sich weitgehend darauf, Luftballon-verteilende Wahlhelfer zu mobilisieren. Politische Entscheidungen fallen nicht mehr in Parteigremien, sondern in den professionellen Beraterstäben der jeweiligen Kandidaten. Wahlkämpfe werden überwiegend über bezahlte Fernsehspots ausgetragen. Bewerber gelten als »glaubwürdig«, wenn sie sich in der Lage zeigen, ausreichend Wahlkampfspenden (zur Zeit etwa 500.000 Dollar für einen Sitz im Repräsentantenhaus, mehrere Millionen für einen Sitz im Senat) von Lobbyisten und aus privaten Quellen aufzutreiben. Die Kandidatur des Multi-Milliardärs Perot ist der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung: Um beinahe über Nacht den Status eines ernstzunehmenden Herausforderers zu erreichen, benötigte er weder politische Erfahrung noch ein überzeugendes Programm; es genügte seine Ankündigung, 100 Millionen Dollar (etwa 3 Prozent seines Privatvermögens) für den Wahlkampf aufwenden zu wollen, etwa soviel wie Bush und Clinton zusammengenommen.

Perot macht aus diesem »Armuts«-Zeugnis der bürgerlichen Demokratie noch eine Tugend: Politik sei käuflich geworden, der Durchschnittsbürger könne sich die Demokratie nicht länger leisten - eben deswegen trete er als »Außenseiter« gegen die Profi-Politiker an und werde mit seinem Vermögen »das Präsidentenamt für das amerikanische Volk zurückkaufen«. Als erfolgreicher Geschäftsmann sei er auch zum Präsidenten geeignet. Er werde die Regierungsgeschäfte nach denselben Prinzipien erledigen, mit denen er sein Datenverarbeitungs-Imperium in goldene Zeiten geführt habe: mit militärischer Disziplin und bedingungsloser persönlicher Loyalität. Perots leitende Angestellte sind überwiegend ehemalige Soldaten. Selbst die zahmste betriebsgewerkschaftliche Interessenvertretung hat im Firmen-Regime von »Boss Peron« (so nennt ihn die Wochenzeitung »Village Voice« in Anspielung auf den argentinischen Diktator Juan Peron) nichts zu suchen.

Die vergangenen fünfzehn Jahre waren in den USA durch eine beispiellose Umverteilung von unten nach oben gekennzeichnet, beschleunigt durch radikale Kürzungen der Sozialausgaben, Aushöhlung gewerkschaftlicher Rechte, massive Steuersenkungen für die Superreichen und Korruption in bisher ungekanntem Ausmaß. Das Ergebnis: Nach Angaben des US-Kongresses hat sich das oberste 1 Prozent aller Netto-Einkommen seit Ende der 70er Jahre inflationsbereinigt fast verdoppelt, während die mittleren Einkommen stagnierten und die unteren zurückgingen. Es ist nur naheliegend, daß am Ende dieser Periode der Spekulation undder hemmungslosen privatkapitalistischen Selbstbedienung an der Staatskasse auch das Präsidentenamt zum Verkauf »angeboten« wird.

Auch Perots sagenumwobener unternehmerischer Aufstieg beruht auf Vetternwirtschaft und Korruption: Ende der 60er Jahre zog seine neugegründete Firma EDS millionenschwere Staatsaufträge für die computerisierte Bearbeitung von Krankenversicherungs-Formularen an Land, während erheblich kostengünstigere Konkurrenten merkwürdigerweise leer ausgingen. Den dicksten Brocken bekam Perot vom damaligen stramm rechten Gouverneur Kaliforniens zugeschustert: Ronald Reagan. Auch in den folgenden Jahren sicherte Perot sich immer wieder lukrative Staatsaufträge, denen nicht selten Enthüllungen über dubiose Wahlkampfspenden an prominente Politiker folgten. Dem Mythos des »self-made-man« scheint dies keinen Abbruch zu tun.

Angesichts der massenhaften Begeisterung für die Kandidatur des Multi-Milliardärs schöpfen paradoxerweise auch manche Linke, z.B. in der US-KP, Hoffnung: Das eingefahrene Zwei-Parteien-System löse sich auf, die weitverbreitete Enttäuschung über die etablierte Politik biete auch der Linken Möglichkeiten zur politischen Intervention. Manche verweisen gar auf einzelne »liberale« Elemente in Perots »Programm«. Anders als die republikanischen Moralprediger um Bush bezeichnet Perot etwa Homosexualität als »Privatsache«, auch wenn er Schwulen und Lesben weiterhin den Zugang zum Militär verweigern will. Er verteidigt das Recht auf Abtreibung (seine Frau Margot sitzt im texanischen Vorstand von Planned Parenthood, der US-Version von pro familia) - wofür ihn militante »Lebensschützer« zum »Public Enemy Number One« erklärten. Die sozialdemokratische Wochenzeitung »In These Times« lobte Perot für seine Kritik am Freihandelsabkommen mit Mexiko. Solch liberale Einzelpositionen machen ihn auch für manche demokratischen Wähler attraktiv.

Es ist jedoch mehr als fraglich, ob Perots Wählerbasis für umfassendere fortschrittliche Inhalte gewonnen werden kann. Der Multi-Milliardär genießt die meisten Sympathien unter besserverdienenden (oder selbständigen) weißen Männern in den kleinbürgerlichen Vorstädten; die geringste Zustimmung findet er unter Schwarzen und Leuten mit niedrigen Einkommen. Die Vorstädte, in denen inzwischen die Mehrheit der US-Bevölkerung zuhause ist, galten bisher als weiße Bollwerke gegen Armut und Verfall in den (oft mehrheitlich von Schwarzen und Latinos bewohnten) Großstädten. Wer es sich in den vergangenen 30 Jahren leisten konnte, zog in die Vorstädte mit ihren gepflegten Vorgärten, Doppel- und Dreifachgaragen, und (wegen der geringen Sozialausgaben) niedrigen kommunalen Steuern.

Wenn diese Vorstadtbewohner sich jetzt massenhaft für Perot als »starken Mann« begeistern und sich über das »Scheitern der Politik« und den »Verfall des Staates« beschweren, dann meinen sie in der Regel nicht die wachsende Armut, Obdachlosigkeit, Aids- oder Tuberkulose-Epidemien in den Großstadt-Ghettos. Vielmehr richtet sich der Protest, der sich an Perots Kandidatur kristallisiert, gegen die vermeintliche Untätigkeit des Staates, der sich außerstande zeige, illegale Einwanderung zu verhindern, bettelnde Obdachlose aus den Stadtzentren zu entfernen, und Armut und Straßenkriminalität auf die Ghettos zu begrenzen. Perots Anhänger sind diejenigen, die nach der Rebellion in South Central Los Angeles massenhaft in die Waffengeschäfte stürmten, weil Polizei und Nationalgarde sie vermeintlich nicht länger vor dem Schwarzen- und Latino-»Mob« beschützen können: In L.A. und Umgebung schnellte der Schußwaffenverkauf an Privatleute im Mai um 64 Prozent in die Höhe.

Obwohl sich diese Wählerbasis soziologisch mit der von David Duke und Pat Buchanan überschneidet, besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Perot und seinen beiden Rechtsaußen-Vorläufern. Während letztere unmißverständlich rassistische Wahlkampagnen gegen nicht-weiße Immigration, »Multikulturalismus« und (schwarze) Sozialhilfe-»Faulenzerei« führten, verzichtet Perot bisher auf derlei rassistische Parolen. Sein Wahlkampfstab läßt allerdings auch hier Schlimmes ahnen: Er rekrutiert sich überwiegend aus dem rechten Flügel der Republikanischen Partei, der über reichhaltige Erfahrung darüber verfügt, wie soziale Themen ideologisch »rassifiziert« werden können, um auf dieser Grundlage weiße Wählermehrheiten zu gewinnen. Die republikanische Rechte ist gespalten. Während viele prominente Reaktionäre Bush noch den Rücken stärken, verlassen bereits die ersten Ratten das angeschlagene Schiff. Zentrale Figuren in Perots Stab sind Ed Rollins, der Wahlkampfmanager Ronald Reagans, und Frank Luntz, der Meinungsforschungs-Spezialist Pat Buchanans.

Auch an der Wall Street wird ein Erosionsprozeß der republikanischen Basis einsetzen, wenn Perots Popularität anhalten sollte. Die meisten Makler scheinen noch abwarten zu wollen und halten bisher überwiegend zum als verläßlich eingeschätzten Bush. Einzelne prominente Kapitalisten haben sich aber bereits für Perot ausgesprochen. Die »Washington Post« spekuliert auf einen Börsenboom für den Fall, daß er die Wahl gewinnen sollte.

Entgegen dem Eindruck, den Perot zu erwecken versucht, er stelle sich nur zur Wahl, weil er von Millionen Menschen spontan dazu gedrängt werde, ist seine Kampagne vor mehr als einem Jahr sorgfältig eingefädelt worden. Dennoch gibt es bisher keine Anzeichen, daß aus den zehntausenden spontan aktivierten Wahlhelfern eine neue, dauerhaft angelegte rechtspopulistische (oder gar offen faschistische) Organisationen hervorgehen wird. Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen im November beschleunigt Perots Kandidatur und die Sehnsucht nach einem »starken Mann« jedoch die Erosion des politischen Systems. Das entstehende Vakuum kann bisher nur von rechts gefüllt werden - eine linke Alternative ist nicht in Sicht.

Michael Hahn berichtete in KONKRET 3/92 über Reaktionen in den USA auf die deutsche Politik

Konkret 07/92, S. 38

Claudia Fregiehn

»Hier ist alles unmöglich«

Die von Gorbatschow konzipierte »Rückführung der Frauen zu ihrer wahren Bestimmung« - Kinder, Küche, Kirche - wird in Rußland überplanmäßig erfüllt

»Kommt herein, zieht Euch aus, setzt Euch, ich mache Tee, fühlt Euch ganz wie, ja unser Studio ist schäbig ausgestattet, ich heiße Natascha Iwanowna, setzt Euch doch, Kinder, die Technik, ach die zeige ich Euch auch schnell...« Die energische 55jährige Journalistin Natascha Iwanowna kocht gleichzeitig Tee, schaltet das Radio ein, demonstriert uns die bescheidene Technik des Radiosenders Samara, läuft hinaus auf den Flur zu einem Kollegen, sucht noch irgendwo eine Schallplatte. Da, das Wasser kocht, jetzt noch kurz das Programm des Volksliedfestivals verteilen, das jedes Jahr am Ufer der Wolga stattfindet, dann die Teetassen auf den Tisch. »Bedient Euch, Kinder!« Natascha Iwanowna bildet junge Kollegen aus. Sie ist resolut, selbstbewußt, direkt. Prompt und eindeutig reagiert sie, als wir sie auf die Situation von Frauen in Rußland ansprechen. Emanzipation? - »Nein«, sagt Natascha Iwanowna, »die Russen sind da ganz anders, 70 Jahre Gleichberechtigung haben uns gereicht, endlich ist das vorbei!«

»Rußland braucht keinen amerikanischen Feminismus.« Den Artikel der bekannten russischen Schriftstellerin Tatjana Tolstaja (»Moskau News« 2/92) haben wir noch zu Hause gelesen: Russische Literaturgrößen wie Krylow und Gogol zitierend beschreibt die Schriftstellerin die spezielle »russische Gehirnwindung, die natürlich unseren nationalen Reiz, unseren rein slawischen Charme bildet...«, und stellt apodiktisch fest, daß der US-amerikanische Feminismus nichts als eine weitere moderne westliche Erfindung sei, die sich die Russinnen nicht auch noch aufdrängen lassen sollten. Die russische Frau könne »ein galoppierendes Pferd anhalten und in ein brennendes Haus stürzen«, für die Familie sei sie »Mutter, Vater, Bankier, Schlosser, Ernährer, Beschützer und Tröster zugleich«. Diesen Frauen »amerikanische Rezepte« vorzuschlagen sei beleidigend und lächerlich.

Es gibt auch andere Stimmen. Denn obwohl die Frauen im realexistierenden Sozialismus unter der Doppelbelastung durch Beruf und Familienarbeit, die als Gleichberechtigung ausgegeben wurde, litten, konnten sie zumindest auf eine Infrastruktur zurückgreifen, die sie angemessen unterstützte. Es gab z.B. das Recht auf einen Kindergartenplatz und passable Ausbildungsmöglichkeiten. Der Mann war nicht automatisch der Ernährer der Familie, die Frau nicht notwendigerweise von ihm abhängig.

Michail Gorbatschow war der erste, der »zur Entlastung« der Frauen schrittweise auch das verändern wollte. Die in »Perestroika und das Neue Denken« konzipierte »Rückführung der Frau zu ihrer wahren Bestimmung« wurde, wie manches andere, nach dem September-Putsch mit zunehmender Eile vorangetrieben. Der seitdem beschleunigte wirtschaftliche und politische Umbau hat den Frauen einen überproportional hohen Anteil an der Arbeitslosenquote beschert. Ihre so gewonnene »Freizeit« wurde gleichzeitig durch den Zwang strukturiert, sich durch Mehrarbeit im Reproduktionsbereich in sozialer Krisenbewältigung zu versuchen. Das neue Rußland, dessen Formierung immer stärker von nationalpatriotischen Patriarchen bestimmt wird, ist auf dem besten Weg, wenigstens im Geschlechterkampf die noch von Gorbatschow gesteckten Ziele weit über Plan zu erfüllen.

Uns geht es auf unserer dreiwöchigen Reise weniger darum, zu ermitteln, welche die führende Nation im feministischen Wettbewerb ist, als zu erfahren, wie weit diese Planübererfüllung bereits reicht, wir wollen wissen, wie Frauen in Rußland heute leben, wie verbreitet Iwanownas und Tolstajas Einstellung ist, was im Verlauf der Umgestaltung für Frauen gleich blieb und was sich verändert hat - auch, was sie gerne verändern würden.

Die Mutter unserer Gastfamilie, Valeria Petrowna, arbeitet in derselben Chemiefabrik wie ihr Mann und organisiert die Versorgung der ganzen Familie; vor der Arbeit werden die Hühner gefüttert, Sohn Alexej bekommt jedesmal ein Freßpaket mit auf den Weg, wenn er über Nacht im Studentenwohnheim in der Stadt bleibt. Wann immer wir ins Haus kommen, gibt es Essen und Tee - aber nur für die Männer und uns. Valeria Petrowna läuft zwischen Eßtisch und Küche hin und her, um die folgenden Gänge zu holen, Tee aufzusetzen, abzuräumen. Sie trinkt keinen Wodka, auch die obligatorischen Trinksprüche sind Männersache. Eine halbe Stunde nach uns ißt die Mutter allein am Küchentisch.

Im Dorf Nowosimjeikino, auf deutsch »Neue Familie«, hat sich die Geschlechterhierarchie in den meisten Haushalten über die Jahre erhalten. Auf dem Papier gleichberechtigt durch volle Teilnahme am Produktionsprozeß, bleibt die Frau für den Reproduktionsbereich alleine verantwortlich und damit doppelt belastet. Die Perestroika hat vielen Frauen im Ort zwar noch nicht den Arbeitsplatz und die damit verbundenen Sicherheiten gekostet, aber von den seit dem Umbruch wachsenden Schwierigkeiten sind besonders die Frauen betroffen: Es ist in erster Linie ihre Pflicht, den schwieriger zu bewältigenden Alltag erträglich zu machen, stundenlang nach Lebensmitteln zu fahnden, die Zusatzlandwirtschaft zu versorgen, die innerfamiliären Aggressionen zu dämpfen.

Die Hoffnung, daß das studentische Zusammenleben an der Universität und im Wohnheim weniger an den traditionellen Rollenklischees orientiert sei, hatten wir nur, bis wir den Campus betraten. Montag morgen, 8:00 Uhr, »Deutsche

Konversation« bei den Samaraer Germanistinnen und Germanisten: Gegen Ende der Unterrichtsstunde geht es um die Geschlechterfrage. Und auch wieder nicht, denn alle, Studentinnen wie Studenten, sind sich einig. In der derzeitigen Wirtschaftskrise gebe es andere Probleme als die Befreiung der Frau. Und außerdem: Befreiung wovon? Die anstehenden Probleme beträfen schließlich alle - also müßten auch alle sie lösen. Geschlechtergemeinschaft. Im Alltag stehen die Studentinnen dann aber wieder wie selbstverständlich allein da: Teekochen, Essen zubereiten - auch im Studentenwohnheim ist das Frauensache.

Der triste gelbe Klotz, Hochhausarchitektur der frühen sechziger Jahre, liegt weit abseits. Vor den ärmlichen Holzhäusern am Rande des Weges, der von der Hauptstraße zur den Universitätsgebäuden führt, stehen finster aussehende Männer. Ist es dunkel, traut sich kaum noch jemand alleine vors Haus. »Es passieren viele Verbrechen hier. Es sind auch schon Frauen ermordet worden«, erklärt uns Nadja. Auch Taxifahren ist nicht ungefährlich. »Nein, nicht nur für Frauen, auch Männer sind schon Opfer von Überfällen geworden: Man hat ihnen ihr Geld geklaut.«

Diebstahl und Vergewaltigung - beides ganz normale Delikte, nur daß man über Vergewaltigung nicht spricht. Die sexuelle Gewalt, die von Männern ausgeht, scheint, selbst wenn ausschließlich Frauen darüber reden, tabu. Sie wird verschlüsselt »ujacnij« (grauenvoll) genannt. Auch ansonsten bemüht man sich, mit der Sprache Ordnung in die Gewaltverhältnisse zu bringen: In der Disco z.B. werden Frauen von »groben, betrunkenen« Kerlen angemacht, die »keinen Anstand« haben, und nicht von Mackern, die ihre Schwänze nicht kontrollieren wollen. Die Wahrnehmung wird durchs Klischee strukturiert: Frauen sind selbst daran schuld, wenn sie vergewaltigt werden, sie haben die Männer wahrscheinlich provoziert.

So wenig die Gewaltverhältnisse in der Familie und zwischen Frauen und Männern ein Thema in der Öffentlichkeit sind, so massiv prägen sie den Alltag von fast allen, mit denen wir sprechen. Die 21jährige Olga wurde vor einem Vierteljahr von ihrem Freund verlassen; er fühlte sich von ihren Familienproblemen überfordert. Um eine eigene Wohnung zu bekommen, hätten die beiden heiraten müssen. Olga leidet nicht nur unter der Trennung - die Aussicht, zu Hause ausziehen zu können, ist für sie in noch weitere Ferne gerückt. Sie kann nicht einmal ins Wohnheim ziehen, in dem die meisten ihrer Freundinnen leben: Zimmer werden nur an Studierende vermietet, deren Eltern nicht in Samara wohnen.

Mit Vater und Mutter hat Olga nur bis zu ihrem 13. Lebensjahr zusammengelebt. Der Vater hatte regelmäßig Geliebte und trank. Nachts legte er eine Axt ins Bett zwischen seine Frau und sich und drohte immer wieder, die Mutter totzuschlagen. Tatsächlich hat er sie »nur« verprügelt. Die Polizei wollte den Mann lange Zeit nicht festnehmen. Erst als er die Mutter und Olga mit der Axt in der Hand über die Straße jagte und beide in eine Polizeiwache fliehen konnten, wurde er verhaftet, kam fünf Jahre später aber wieder frei und wohnt seitdem woanders. Er sucht Olga und die Mutter nur noch selten heim - für Olga aber immer noch zu oft.

Das ist kein Einzelfall. Gewalt prägt nicht nur die Situation von Frauen, deren Familien sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden - die Brutalisierung des Alltags vollzieht sich schichtenübergreifend. »Die meisten Frauen leben mit Männern zusammen, die sie schlagen«, sagt Alina, »eigentlich wären viel mehr Scheidungen nötig, aber es gibt keine Möglichkeiten, irgendwohin zu ziehen. Und finanziell ist es selbst für Bessergestellte fast unmöglich, allein zu leben.« Daß in der nun seit Jahren währenden »Übergangsperiode« der Wohnungsbau in Rußland fast komplett eingestellt worden ist, macht die Situation nicht gerade besser. Die Auswirkungen der Krise im Land: Arbeitslosigkeit, zuwenig Geld, zuviel Wodka machen die Männer immer aggressiver, resümiert Olga.

Die Abhängigkeit der Frauen von ihren Peinigern wird derzeit noch durch den Verlust des Arbeitsplatzes verstärkt. Früher waren mehr als 50 Prozent der Berufstätigen Frauen. Heute stellen sie 80 Prozent der registrierten Arbeitslosen im Land. Meist geht mit dem Arbeitsplatz auch gleich der Platz in einem der kommunalen Kindergärten verloren. Ein Teufelskreis - denn damit verringert sich die Aussicht, einen neuen Job annehmen zu können, zusätzlich. Es sei denn, die Großmütter übernehmen die Kinderversorgung, denn Privatkindergärten können sich nur die neuen Unternehmer leisten.

Nach dem ersten Frauentermin, den das Studentenwohnheim erlebt hat, erläutern zwei aus dem Kreis den verdutzten Kommilitonen auf dem Gang, was das denn nun war. Olga, Ela, Julia und ich gehen zum Rauchen in die »Küche«. Ein verrotteter Elektroherd ist das einzige Möbelstück im Raum, nach einem Lichtschalter suchen wir erst gar nicht. Im Dunklen, jetzt auf russisch, resümiert Julia deprimiert: »Für uns Frauen ist hier alles unmöglich. Dinge, die wir brauchen, gibt es einfach nicht. Diese scharfe Seife ist schädlich für die Haut, eine Garnitur Unterwäsche kostet uns ein ganzes Stipendium (300 Rubel), viele Frauen gehen mit ausländischen Männern mit, die sie zum Essen einladen, nur weil die ihnen Make-up und Strumpfhosen geben.« Schon 13-14jährige Mädchen gehen im Touristenhotel von Toljatij für bereits gebrauchte Kosmetika mit Männern aus dem Ausland ins Bett, erzählt Ela, die erst im letzten Herbst nach Samara gekommen ist. »Das Touristenhotel unserer Stadt war bekannt für die Prostitution. Sogar im Fernsehen wurde darüber berichtet. Vor kurzem wurde es verkauft, und die Zimmerpreise stiegen enorm an. Seitdem hat dort die Prostitution aufgehört.«

Ein paar Tage später sind wir in Moskau. Unsere Gastgeberin Valentina ist eine zierliche Frau mit melancholischem Blick und trockenem Humor. An der Militärakademie gibt sie russischen Offizieren Deutschunterricht. »Das ist langweilig, sie

machen immer die gleichen Fehler, und weder sie noch ich wissen, wozu wir überhaupt noch dort sitzen.« Wir wohnen bei ihrer Schwiegermutter Maja; seit dem Tod ihres Mannes hat sie in der Wohnung ein Zimmer frei, in dem normalerweise tagsüber die 5jährige Enkelin Katja spielt. Um ihre mittlerweile winzige Rente aufzubessern, näht sie Schapkas, die traditionellen Pelzmützen.

In Moskau treffe ich auch eine Feministin. Ich hatte schon gar nicht mehr damit gerechnet, überhaupt noch eine zu finden und so erscheint es mir unwirklich, im Zimmer einer Kommunalka auf dem Arbat beim Tee ganz selbstverständlich über Frauenfragen zu reden. Frauenfragen, die bis zum letzten Jahr praktisch kein Thema waren. Erst jetzt, meint die Soziologiestudentin Lena Kotschkina, beginnt langsam die intellektuelle Debatte. In den Medien werden Berichte über Karrierefrauen veröffentlicht, die ihre männlichen Unternehmerkollegen das Fürchten lehren, die weibliche Intelligenz streitet pro und contra US-amerikanischen Feminismus, wobei die altbekannte Konkurrenz mit den Westfrauen eine größere Rolle spielt als konkrete emanzipatorische Ansätze zur Verbesserung der Lebenslage sowjetischer Frauen.

Lena arbeitet im Organisationskomitee für ein unabhängiges Frauenforum. 150 Frauen (von 152 Millionen) aller Republiken der ehemaligen Sowjetunion haben sich im letzten Jahr zum ersten Mal unabhängig von Partei und Frauensowjet in Dubna über die Lage von Frauen und die Möglichkeiten einer autonomen Organisation beraten. Neben den Sektionen für Wirtschaft, Politik und Kultur arbeitete auch eine ganz kleine Gruppe zum Thema Gewalt gegen Frauen. Auf dem nächsten Kongreß, der vermutlich Ende 1992 stattfinden wird, soll das Thema breiteren Raum einnehmen.

Nicht ohne Grund. Im Jahr 1990 ist die Rate von Morden, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen in Rußland um 30 Prozent gestiegen, für die Zukunft haben Wissenschaftler einen weiteren Anstieg prognostiziert. Wie viel mehr Frauen betroffen sind, läßt sich kaum nachprüfen, die Statistik über Frauenfragen ist derzeit in einem selbst unter der Sowjetmacht nie dagewesenen verheerenden Zustand, erklärt mir Lena, es gibt sie praktisch nicht mehr. Schlimmer ist, daß es auch kaum Möglichkeiten gibt, betroffenen Frauen zu helfen.

In Moskau bietet eine kleine freie feministische Organisation Gesprächskreise für vergewaltigte/überfallene Frauen an, in Leningrad organisiert eine Handvoll Psychologinnen Beratungen für Opfer sexueller Gewalt. »Dieses Problem wird einfach nicht reflektiert in der Gesellschaft«, kritisiert Lena und erzählt, wie ausgerechnet ein Staatsanwalt auf einer kleinen Veranstaltung zur Gewalt gegen Frauen dem Opfer einer Vergewaltigung nicht mehr zu sagen hatte als: »Die Frauen sind selbst schuld.« Solange die Täter nicht einmal verurteilt werden, wird sich kein gesellschaftliches Bewußtsein dafür entwickeln, daß eine Vergewaltigung ein Verbrechen ist.

Claudia Fregiehn schrieb in KONKRET 1/92 über eine Kirchenbesetzung durch Flüchtlinge

Konkret 07/92, S. 40

Bernd Greiner

Die Welt nach dem Krieg

Warum eine Beschäftigung mit Henry Morgenthau mehr als nur von historischem Interesse ist. Acht Thesen

1. Es ist schon skurril, welche Namen sich ins kollektive Gedächtnis einprägen und welche nicht. Wem etwa fällt der Politiker ein, der dem amerikanischen Kriegsministerium vorstand, als die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen? Henry Morgenthau hingegen, den Finanzminister und nimmermüden Streiter für ein »industrial disarmament« der Deutschen, kennt, zumindest hierzulande, jedes Schulkind. Fast 50 Jahre nach Ende des Krieges bleibt Morgenthau der amerikanische Politiker mit dem weitaus schlechtesten Leumund - obwohl er nur für wenige Monate, zwischen September 1944 und Juni 1945, in den Schlagzeilen war und mit seinen Vorstellungen frühzeitig scheiterte. Wie paßt das zusammen? Wohl deshalb, weil Person und Programm Morgenthaus sich jeder Neigung zum Verdrängen und Ausblenden sperren. Und nicht zuletzt auch, weil am Beispiel Morgenthau ein für Amerikaner und erst recht für Deutsche unangenehmes Thema in den Mittelpunkt rückt: die politisch und sozialpsychologisch bindende Kraft des Antisemitismus über den Tag der Niederlage des Nationalsozialismus hinaus. Exemplarisch läßt sich zeigen, wie und zu welchem Ende Geschichtsbilder und Selbstbilder einer Gesellschaft von Antisemitischem durchtränkt sind.

2. Selbstverständlich fehlte nie der Hinweis auf Morgenthau, wenn in den 30er Jahren vom starken Einfluß der Juden auf die Regierung Roosevelt die Rede war. Aber ungewöhnlichen Anstoß erregte der Mann an der Spitze des Treasury nicht, hatte er sich doch während der ersten zehn Amtsjahre als verläßlicher, weil im Grunde konservativer Reformer gezeigt. Zum Skandalon wurde Henry Morgenthau erst, als er das Außen- und Kriegsministerium der unterlassenen Hilfeleistung für die europäischen Juden zieh - mit gutem Grund. Seit Sommer 1942 lagen der Roosevelt-Administration verläßliche Informationen darüber vor, daß die Nazis seit Monaten eine systematische Vernichtung der Juden betrieben und eine »Endlösung« im Auge hatten. Im Herbst 1943 erfuhr Morgenthau von einigen seiner Mitarbeitern, daß das Außenministerium nicht nur versuchte, die Weitergabe dieser Nachrichten zu verhindern, sondern überdies die Pforten von Ellis Island für Flüchtlinge aus Übersee verriegelt hatte. Nachdem er deshalb beim Präsidenten vorgesprochen und die Gründung eines »War Refugee Board« durchgesetzt hatte, wurde Morgenthau im konservativen Establishment Washingtons zur »persona non grata«. Wer verstehen will, warum der spätere Streit um die Deutschlandpolitik so heftig geführt wurde, muß daher auf diese Wochen und Monate zum Jahreswechsel 1943/44 zurückgreifen: Schon damals machte das Bild vom »übergriffigen Juden«, der sich in anderer Leute Zuständigkeiten einmischt, die Runde.

3. Morgenthaus Intervention wurde auch deshalb zu einem Politikum, weil er einen Kreis von Intellektuellen innerhalb wie außerhalb der Regierung Roosevelt aufwertete: die »Progressives«*. Das Schicksal der europäischen Juden hatte sie zu einem radikalen Bruch mit landläufigen Vorstellungen von Geschichte und Gesellschaft geführt. Wie kann es geschehen, daß alle zivilisatorischen Dämme brechen und eine Gesellschaft den Juden den Krieg erklärt? Die Frage mag aus heutiger Sicht selbstverständlich klingen; Anfang der 40er Jahre war sie aber alles andere als das. Es ging nämlich nicht allein um die Exekutoren der Vernichtung, um die Täter in den zivilen und militärischen Führungsstäben der Nazis. Gefragt wurde auch und nicht zuletzt nach der Nazifizierung einer Bevölkerung und nach der sozialpsychologischen Disposition eines Kollektivs, das dergleichen, ob desinteressiert, stillschweigend duldend oder gar unterstützend, in seiner Mitte geschehen ließ. An die Adresse der amerikanischen Gesellschaft gerichtet, hieß das: Warum blieb der Westen im Angesicht des Holocaust passiv? Worin gründet eine Gesellschaft, deren Mehrheit »moralisch indifferent« blieb, obwohl es seit Mitte 1942 nicht mehr möglichwar, die einschlägigen Meldungen in den Medien zu übersehen? John Pehle, der Leiter des War Refugee Board, brachte die Antwort der »Progressives« auf den kürzesten Nenner: »The law calls it para-delicto, of equal guilt.« In anderen Worten: Nachdenken über die Welt nach dem Krieg würde sich nicht darin erschöpfen können, ein neues Deutschland aufzubauen. Es ging vielmehr um die Frage, welche Konsequenzen diesseits wie jenseits des Atlantik aus dem »Zivilisationsbruch«, dessen Chiffre Auschwitz hieß, zu ziehen wären.

4. Aus der Sicht des Treasury Department spielte die Ökonomie selbstredend eine Schlüsselrolle. In enger Zusammenarbeit mit dem Justizministerium quälten sich Morgenthaus Mitarbeiter seit Ende der 30er Jahre durch tausende von Akten deutscher Unternehmen, die man in den Vorstandsbüros amerikanischer Geschäftspartner beschlagnahmt hatte. Sie mußten weder auf die Nürnberger Prozesse noch auf Expertisen von Historikern warten, um nachweisen zu können, daß die Branchenführer der deutschen Wirtschaft zur Wiederaufrüstung drängten, kaum daß die Tinte unter dem Versailler Vertrag getrocknet war, daß sie Hitlers Aufstieg finanziert und selbstverständlich auf Hochrüstung, auch um den Preis eines Krieges, gesetzt hatten. Unter dem Eindruck von Franz Neumanns »Behemoth« sprach man im Treasury daher von einem »Elitekartell« - von einer Symbiose des nazistischen Parteiapparates mit den Führungsspitzen der Wirtschaft. Damit war

zugleich das zentrale Thema vorgegeben: Eine Entmilitarisierung Deutschlands mußte mehr als die bloße Entwaffnung der Wehrmacht sein. Gefragt waren Mittel und Wege zu einem »industrial disarmament«, einem Wirtschaftssystem also, das zur Aufrüstung nicht mehr taugte.

5. Die »Progressives« machten sich die Unterlagen aus dem Finanzministerium zu eigen und formulierten daraus eine radikale Kritik am Wirtschaftssystem im eigenen Land. Schon während der »großen Depression« der 30er Jahre war der Ruf nach einer Entflechtung von »big business« oder einer politischen Kontrolle über volkswirtschaftlich relevante Investitionen laut geworden. Ein Blick auf die »Kriegspolitik« amerikanischer Kartelle genügte, um diese Forderung zu unterstreichen. Hinter dem Rücken der eigenen Regierung hatten viele am »trading with the enemy« verdient und faktisch Hitlers Kriegsmaschine geölt. Was folgte daraus, wenn die Rede darauf kam, in der Zeit nach dem Krieg die strukturellen Ursachen von Gewalt und Destruktivität einämmen zu wollen? Fertige Antworten hatten die »Progressives« keine. Dafür umso mehr Anregungen, die auch nach 50 Jahren in merkwürdiger Weise aktuell erscheinen: Z.B. begannen sie eine Debatte um die Vor- und Nachteile regionaler Entwicklungsmodelle, wie sie zur Zeit des New Deal bereits im Tennessee-Tal erprobt worden waren. Wichtig scheint dabei in erster Linie, daß wirtschaftliche, demokratietheoretische und ökologische Probleme gleichermaßen berücksichtigt wurden.

6. Morgenthau legte im Herbst 1944 einen »Plan für Deutschland« im Weißen Haus vor, um seine Gegner aus der Reserve zu locken. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich nämlich ab, daß weder das Außen- noch das Kriegsministerium für ein »neues Denken« über die Ursachen von Destruktivität und Barbarei aufgeschlossen waren. Die Armee weigerte sich beharrlich, Flüchtlingen zu Hilfe zu kommen oder, was durchaus möglich gewesen wäre, die Eisenbahnlinien nach Auschwitz zu bombardieren. Der Grund: Flüchtlinge waren kein Problem der »nationalen Sicherheit« und die Verbrechen der Nazis eine »innere Angelegenheit« der Deutschen. Und die Diplomaten dachten derweil darüber nach, wie Deutschland alsbald wieder wirtschaftlich auf die Beine kommen könnte - die kriegsentscheidende Rolle seiner Großkonzerne schien des weiteren Bemerkens nicht mehr wert. So kann der Morgenthau-Plan als Gegengift verstanden werden. Ein »Plan« im landläufigen Sinn war es jedenfalls nicht. Eher eine grobe Skizze und der Versuch, erst einmal etwas in Bewegung zu setzen - d.h. der Neigung zum deutschlandpolitischen »business as usual« zu begegnen, solange noch Zeit dazu war.

7. »Morgenthaus Plan« wurde von seinen politischen Gegnern der Presse zugespielt - und damit war es um die »Alternativen für Deutschland« fast schon geschehen. Die Debatte um die Welt nach dem Krieg war nämlich fortan mit antisemitischen Stereotypen aufgeladen. Die Leitartikel von »New York Times« und »Wall Street Journal« zeigten ein um das andere Mal, in welch schrillen Farben das Bild vom Juden, der zuviel Macht hat, variiert werden konnte - und daß alle möglichen anderen Ressentiments, wie sie seit den 30er Jahren die Runde machten, umstandslos dazu paßten. Als ob es noch eines deutlichen Hinweises bedurft hätte, worum es in dieser Debatte eigentlich ging, war wenige Monate später und anläßlich der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse zu hören: »Damit sind zu viele Juden befaßt.« Prügel bezogen die Juden, und gemeint waren die »Progressives«. Es soll nicht unterstellt werden, den »Progressives« wäre der politische Durchbruch gelungen, hätte es keinen Antisemitismus gegeben. Wohl aber gilt, daß Antisemitismus eine wichtige Rolle bei der Ausgrenzung und Stigmatisierung kritischer Geister gespielt hat. Die Vereinten Nationen als Antwort auf einen stets konflikt- und kriegsträchtigen Nationalismus? Ein typisches Beispiel des jüdischen Internationalismus. Ein neues internationales Recht, das bei Verbrechen gegen die Menschheit auch gegen den Widerstand nationaler Regierungen durchgesetzt werden kann und diese zur Rechenschaft zieht? Ausdruck jüdischer Rachegelüste. Eine neue Wirtschaftsordnung, und zwar weltweit, um auch in der Ökonomie Dämme gegen Destruktivität und Barbarei zu ziehen? Jüdischen Händlern und Kaufleuten ist nicht zu trauen. Vieles klingt vertraut, will wie eine Wiederkehr der altbekannten Rede vom Juden erscheinen, der sich antiamerikanisch verhielt, weil er radikal dachte und handelte. Im Schatten von Auschwitz ausgesprochen, gibt dergleichen aber neue Fragen auf.

8. Die Sprachschöpfung von Goebbels, Morgenthau wolle aus Deutschland ein »Ackerland« machen, hat sich in das kollektive Gedächtnis hierzulande eingeprägt. »Tod über Deutschland« könnte auch von Goebbels stammen, blieb aber der Redaktion der »Deutschen Hochschullehrer-Zeitung« vorbehalten. Die Botschaft kommt in jedem Falle an: Deutsche als Opfer - ob der Juden oder der Geschichte oder beider, spielt dann keine Rolle mehr. Die Irritationen gegenüber Amerika waren nach der Entlassung Morgenthaus im Juni 1945 noch längst nicht ausgeräumt, gab es doch in der Militärregierung einige dutzend Offiziere, die mit dem ehemaligen Finanzminister, manche sogar mit den »Progressives« sympathisierten. Sich ihrer Geschichte anzunehmen, heißt eine Welt der Ideen zu rekonstruieren, in der es vornehmlich um eines ging: die Destruktivität und Barbarei dieses Jahrhunderts in den Mittelpunkt intellektuellen Bemühens zu stellen und Auswege statt Ausreden zu finden. Daß von dieser Geschichte bisher niemand Notiz nahm - weder in den USA noch in der BRD - scheint kein Zufall. Aber ebensowenig zufällig ist das Bemühen, sie jetzt zu schreiben - weil uns die Probleme, um die es Henry

Morgenthau und den »Progressives« ging, heute noch, wahrscheinlich mehr denn je, umtreiben.

*Näheres zu dieser Gruppe amerikanischer Intellektueller bei: Bernd Greiner: Ein fremder Blick auf das Jahrhundert. Ziele und Wege amerikanischer ‘Progressives`, 1944-1947, in: Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Heft 1, April/Mai 1992, S. 64-76. (Anm. d. Red.)

Bernd Greiner, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat diese Thesen im April auf einer Veranstaltung des Instituts vorgestellt

Konkret 07/92, S. 42

Oliver Tolmein

»Der Alptraum von Ottensen«

Im Zuge eines joint ventures von Landesregierung und einer Investorengruppe soll in Hamburg ein von den Nationalsozialisten weitgehend zerstörter jüdischer Friedhof vollends ausgelöscht erden

Überschriften, nicht ganz wahllos zusammengestellt, eines Monats Zeitungslektüre in Deutschland, Hamburg, Mai 1992: »Der Alptraum von Ottensen«, »Kanzler ärgert sich über Juden-Demos in Ottensen«, »Anzeige gegen Unterstützer des Juden-Protestes«, »Hamburgs Polizei fahndet nach Juden«. Wer kann da noch ruhig bleiben - wer will sich da noch empören? Die sich nunmehr über Monate hinziehenden Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof im Hamburger Stadtteil Ottensen, den die »white collar«-Antisemiten gerne als »ehemaligen« auch sprachlich vollständig ausradiert wissen wollen, lassen weder die eine noch die andere Möglichkeit überzeugend erscheinen. So offensichtlich der Skandal ist, daß ein von den Nationalsozialisten weitgehend zerstörter jüdischer Friedhof jetzt ganz rechtsstaatlich im Zuge eines joint ventures von Hamburger Senat und der Investorengruppe Büll & Liedtke vollends ausgelöscht werden soll, so unlauter scheint es, sich über den Vorgang am Rande von Altona aufzuregen, als sei er einzigartig oder käme gänzlich unerwartet.

Für die Versöhnung über den Gräbern der Waffen-SS-Soldaten in Bitburg brauchte Bundeskanzler Kohl 1985 zwar noch den US-Präsidenten Reagan als Unterstützer, schon die Auseinandersetzungen um Rainer Werner Fassbinders antisemitisches Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod« und um die Überbauung der Reste des mittelalterlichen Juden-Ghettos in Frankfurt/M durch ein Kundengebäude der Gaswerke (!) aber erledigten interessierte bundesdeutsche Kreise stolz und selbstherrlich im Alleingang. Die Weigerung, eine mahnende Erinnerung an die Shoah in die Präambel des Grundgesetzes des restaurierten Deutschlands zu schreiben, demonstriert ebenso wie die neuerlichen Schändungen jüdischer Friedhöfe, die mit judenfeindlichen Stereotypen arbeitenden Gysi-Geschichten des »Spiegel« oder der Empfang des österreichischen Bundespräsidenten Waldheim durch Helmut Kohl und dessen aggressive Reaktion auf die Kritik, die der Jüdische Weltkongreß an diesem Treffen übte, die Kontinuität des Antisemitismus in Deutschland auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Und trotzdem: Was an deutscher Selbstherrlichkeit in den letzten Monaten in Ottensen inszeniert wurde, ist nicht einfach »nur« ein neuer Beleg für die Kontinuität antisemitischen Ressentiments in diesem Land.

1664 hatte die Jüdische Gemeinde der Hansestadt ein Stück Land zur Errichtung eines Friedhofes gekauft - auf ewig. Die Ewigkeit währte bis 1937: Damals verfügten die Nationalsozialisten die Schließung des Friedhofes, einige Gräber wurden, durch private Initiative, auf den jüdischen Teil des Ohlsdorfer Friedhofes verbracht, den überwiegenden Teil der Grabsteine verwendeten die Nazis für den Bau eines Bunkers. Durch diesen Bau wurden viele der Gräber zerstört. Anschließend überzog man das Gelände mit einer Asphaltdecke.

Nach der Befreiung Hamburgs durch die Alliierten wurde der Friedhof, beziehungsweise das, was von ihm geblieben war, den Juden, die überlebt hatten und die der Zufall nach Hamburg verschlagen hatte, zurückgegeben. Die Historikerin Ursula Büttner beschreibt deren Situation: »Die wenigen aus den Lagern zurückkehrenden Juden standen vor dem Nichts. Erst jetzt erfuhren sie, daß die Nächsten ermordet worden waren. Freunde und Bekannte waren ebenfalls tot, verschleppt oder in ferne Länder vertrieben, die Heimatstädte verwüstet, die Wohnungen von Fremden besetzt. Die wenigsten dieser Juden konnten sich damals vorstellen, wieder unter Deutschen zu leben. Aber die Auswanderung war nach mehrjähriger unmenschlicher Haft, der Zerstörung der Gesundheit und Arbeitskraft und dem Raub allen Besitzes nicht leichter geworden.« Eine der Organisationen, die in diesen Jahren zur Selbsthilfe schritten, in einer Zeit also, in der auch die staatlichen Hilfen, die Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen, äußerst langsam und mit völlig unzureichenden Ergebnissen in Gang gebracht wurden, war die Jewish Trust Company. Eines ihrer Ziele war, Gelder zu sammeln, um ausreisewilligen Überlebenden, und die meisten wollten weg, die Flucht nach Palästina zu ermöglichen.

1950 verkaufte die Jewish Trust Company zu diesem Zweck das Gelände des Jüdischen Friedhofes in Ottensen für 500.000 Mark an die Westelbische Grundstücksgesellschaft. Ein ungewöhnlicher Vorgang, der nur aus der beispiellosen Notlage der in Deutschland lebenden Juden zu erklären ist - und daraus, daß die Jewish Trust Company möglicherweise eine falsche Vorstellung davon hatte, was sie dort verkaufte: Nach dem Bunkerbau und der Asphaltierung des Platzes schien es wahrscheinlich, daß die dort befindlichen Gräber restlos zerstört waren - eine Auffassung, die der Hamburger Senat selbst noch 1990 öffentlich vertreten hat.

Trotzdem scheint es auch 1950/51 keine rechte Einigkeit über den Verkauf des Friedhofes und die Umstände, unter denen er vollzogen wurde, gegeben zu haben: Wenige Monate nach dem ersten wurde ein zweiter Kaufvertrag abgeschlossen. Vertragspartner waren diesmal die Westelbische Grundstücksgesellschaft und die Jüdische Gemeinde Hamburg. Das bis heute nicht geklärte Rätsel: Der Kaufpreis lag um 75.000 Mark niedriger als zuvor.

Dann wurde es für mehrere Jahrzehnte still um den jüdischen Friedhof in Ottensen, der sich mittlerweile im Besitz der Kaufhauskette Hertie befand. Erst mit Bekanntgabe der Planungen der Investorengruppe Büll & Liedtke, die auf dem Gelände ein großes Einkaufszentrum mit Tiefgarage errichten will, erinnerten sich einige Menschen der Vorgeschichte dieses Stückchens Deutschland. Auf eine kleine Anfrage der fraktionslosen Abgeordneten Dagmar Pelzer antwortete der Senat am 10. Oktober 1990, und man möchte unterstellen: besten Wissens, daß auf dem Gelände keine jüdischen Grabstätten mehr existierten - »allerdings haben sich in der Vergangenheit dort jüdische Grabstätten befunden«. Eine falsche Auskunft, wie sich in der Folge herausstellte: Tatsächlich sind mindestens die Hälfte der ehemals 4.000 Grabstätten erhalten geblieben, unsichtbar, aber eben unzerstört, bis heute.

Ein knappes Jahr später, der geplante Baubeginn, von einer im wesentlichen mit der Wohnqualität im Viertel argumentierenden Anwohnerinitiative lediglich verzögert, aber nicht verhindert, rückte näher, kam es zu ersten öffentlichen Protesten orthodoxer Juden aus Antwerpen: »Will this cementery become judenrein?« In der Folgezeit häuften sich die Proteste jüdischer religiöser und kultureller Organisationen, Emigranten, einer Gruppe von 34 Abgeordneten des US-Kongresses und anderer Einzelpersonen, wie z.B. Eli Wiesel, gegen die geplante Vollendung des von den Nationalsozialisten begonnenen Zerstörungswerkes: Keiner der Adressaten - ob Bundeskanzler, Senat oder Kulturbehörde - hat darauf reagiert.

Anfang 1992 kritisierten Heinz Galinski für den Zentralrat der Juden in Deutschland und Heinz Jaeckel, der Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Hamburg, die geplante Bebauung des Friedhofsgeländes: »Nach unserer religiösen Auffassung und demzufolge auch nach Meinung der Rabbinerkonferenz darf das Gelände nicht mehr angerührt werden. Aber... nach deutschem Recht gehört uns der Friedhof nicht mehr, damit haben wir auch die Rechte daran verloren.« (Jaeckel)

Die orthodoxen Juden der Gruppe Athra Kadisha aber beharrten weiter auf ihrem Recht. Anfang März besetzten sie den Bauplatz und stritten vor Gericht gegen den Baubeginn. In New York, London, in den Niederlanden, Australien und der Schweiz kam es zu großen Demonstrationen. Büll & Liedtke, die sich der Unterstützung des Hamburger Senats sicher sein konnten, machten daraufhin einen phantastischen Vorschlag: Sie boten den Demonstranten und der jüdischen Gemeinde an, das umstrittene Gelände für 50 Millionen Mark zurückzukaufen - ein Preis, der um ein Mehrfaches über dem Kaufpreis liegt, den Büll & Liedtke bezahlt haben, und das für ein Gelände, das, wie ein Vertreter von Athra Kadisha richtig formulierte, »uns Juden sowieso gehört«. Folgerichtig forderte Athra Kadisha, daß, sollten die Investoren auf einer Ausgleichszahlung bestehen, sich dafür der Senat zuständig erklären müsse, zahlen solle allerdings nicht der deutsche Steuerzahler, sondern die Geldmittel könnten ja dem Vermögen der vertriebenen Hamburger Juden, das schließlich in der Stadt geblieben sei, entnommen werden. Die Antwort des Senatssprechers Mierow fiel barsch aus: »Es ist jedenfalls nicht möglich, mit öffentlichen Mitteln den Fehler der Jüdischen Gemeinde (den Friedhof 1951 verkauft zu haben, O.T.) zu beheben.«

Damit waren die Verhältnisse vollends auf den Kopf gestellt: Nicht nur, daß Athra Kadisha gerade keine »öffentlichen Mittel« gefordert, sondern darauf verwiesen hatte, daß nach wie vor die Bundesrepublik, zahllose Altnazis und ihre Nachkommen von »Arisierungen« profitieren, die nie rückgängig gemacht wurden - der für die aktuellen Auseinandersetzungen ursächliche »Fehler« ist in Wahrheit die vom Hamburger Senat während des Nationalsozialismus betriebene Zerstörung des Friedhofes und die sich daran anschließende, von der deutschen Volksgemeinschaft aktiv unterstützte Vernichtungspolitik gewesen. Und sind in den letzten Jahren nicht alle nur erdenklichen »Fehler« unter Einsatz öffentlicher Mittel behoben worden? Selbst für das »Phantom der Oper« hat schließlich nach Protesten im Hamburger Schanzenviertel die Stadt ein Ausweichquartier zur Verfügung gestellt - wieso sollte das gerade diesmal indiskutabel seint? Eine Frage, die niemand stellte. Warum auch, paßte doch alles bestens in die Klischeevorstellungen, die die Deutschen - rechts wie links - kultivieren.

»Die Juden wollen jetzt noch ein zweites Mal Geld für ihren Friedhof«, klagte von Stund an das Volk, und die aufgeklärten Kommentatoren korrigierten nicht etwa dieses ressentimentbedingte Fehlurteil, sie schürten statt dessen die Stimmung, indem sie zusätzlich die religiösen Überzeugungen der Orthodoxen attackierten: »Es ist wahr: Ihr extrem fundamentalistischer Glaube ist in seinen Auswirkungen eine Vergewaltigung für eine aufgeklärte Gemeinschaft...« (Leitkommentar der »Hamburger Morgenpost«). Die Deutschen aufgeklärt, ihr Staat eine Gemeinschaft und die Folgen jüdischen Glaubens eine Vergewaltigung für jeden modernen Menschen... Die Schonzeit ist vorbei.

Im April zogen rechtsextreme Parteien mit hohen Stimmenanteilen in den baden-württembergischen und den schleswig-holsteinischen Landtag ein. Heinz Galinski und die Jüdische Gemeinde änderten ihren Kurs. Ausdrücklich mit Blick auf »die im Lande erstarkenden destruktiven Kärfte« forderte Galinski zum Einlenken auf und schlug die Umbettung der gesamten Friedhofserde als mögliche Lösung vor. Auch der Hamburger Oberrabbiner Levinson kam jetzt zu dem Schluß, daß eine würdige Umgebung für die Toten in Ottensen nicht mehr herstellbar sei und plädierte deswegen gleichfalls für die Umbettung. Der innerjüdische Streit, an dem sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit inklusive der linken Gemeinschafts-Fraktion weidete - der linkssozialdemokratische »Freitag« freute sich in einer Überschrift »Zwei Juden, drei Meinungen?« ,

handelte in der Folge nicht davon, wie die Würde der Toten zu wahren sei, sondern stets ging es darum, wie mit den nicht-jüdischen Deutschen umgegangen werden sollte. Besser nicht weiter anecken, meinten die einen, kompromißlos sein, schlugen die anderen vor.

Das offizielle Deutschland suchte unterdessen die offene Konfrontation. Juden, die Baufahrzeuge blockierten, wurden vom Bauplatz weggetragen, in dessen Umgebung man Absperrungen errichtete, die zwar Autonome, Anwohner und Spaziergänger passieren durften - Juden aber nicht. Daß die Polizei dort bislang nicht im Kampfanzug, sondern nur in ihrer Alltagskleidung Dienst tut, ist das letzte Zugeständnis, das die Staatsgewalt noch macht: und auch das nur, um das »deutsche Ansehen im Ausland« nicht noch zusätzlich zu beschädigen. Aber auch die weniger martialisch auftretende Polizei nahm Juden fest, es gab handgreifliche Auseinandersetzungen mit Demonstranten und Räumungseinsätze.

Unterstützt wurden die jüdischen Blockierer von Anfang an nur von einer kleinen, deutschfeindlichen Minderheit - Anwohner, türkische Ladenbesitzer, Kneipengänger der Gegend taten sich mit antisemitischen Pöbeleien hervor. Leute aus dem Umfeld der Quarree-Initiative, die in den Jahren zuvor gegen die Bebauung des Geländes protestiert hatte, veröffentlichten ein mehrseitiges Flugblatt unter dem Titel »Wem gehört die Stadt?«: »Es geht hier nicht nur um den Erhalt/die Wiederherstellung des jüdischen Friedhofes und um den Umgang mit der deutschen Geschichte, sondern um ein □normales□ Spekulationsgeschäft... auf Kosten der Ottenser Bevölkerung.« Sind die Prioritätenerst einmal gesetzt, fällt auch das weitere nicht schwer: Büll & Liedtke verdanken ihre Stellung, glaubt man den linken Anonymussen, nämlich vor allem dem Bankier Max Warburg, »die Warburg Familie gehört zu den Topreichen in der BRD, geschätztes Vermögen 400 Mio. DM, Tendenz steigend... (Max) Warburg war fast vier Jahre lang Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde.«

Am 5. Mai, die Baustelle war seit Tagen »judenfrei«, unterbrachen Büll & Liedtke »zu Ehren des Chief-Rabbi von Jerusalem, Oberrabbiner Kolitz«, die Bauarbei-ten, »damit dieser die Möglichkeit hat, eine religiöse obergutachterliche Stellungnahme abzugeben«. Die einflußreiche Baufirma schien sich sicher, daß auch dem Jerusalemer Geistlichen daran gelegen sei, der antisemitischen Stimmung im Land nachzugeben - in der Hoffnung auf die Ruhe danach. Als am 21. Mai das Gutachten von Itzhak Kolitz eintraf, war es mit der Freundlichkeit allerdings vorbei: Kolitz verzerre den Sachverhalt, man fühle sich an das Gutachten des Rabbis, das die Umbettung der Toten verbietet, nicht gebunden, verlautete die Pressestelle des Bauherren. Die Hamburger Polizei reagierte ebenfalls rasch und eindeutig: Die Polizeidirektion 2 forderte, kaum war Kolitz□ Stellungnahme bekanntgeworden, alle Hamburger Polizeidienststellen auf, »Erkenntnisse über Anreise und Aufenthalt von orthodoxen Juden in Hamburg unverzüglich (mitzuteilen)«. Als das »Hamburger Abendblatt« den Skandal aufdeckte, wurde der Befehl zwar zurückgezogen, weder zu einer Entschuldigung, noch zu dienstrechtlichen Konsequenzen aber hat man sich durchringen können.

Auch die Medien haben das Gutachten des Rabbi Kolitz so einmütig wie falsch rezipiert: »Klarheiten beseitigt«, kommentierte, eine für alle, die Hamburger »taz« und behauptete: »Der Spruch Kolitz□ hat zum Ergebnis, daß sich alle am Konflikt Beteiligten mehr oder weniger bestätigt fühlen.« Das Gegenteil ist richtig. Kolitz hat nicht nur festgestellt, daß der Friedhofsverkauf widerrechtlich war, er verbietet auch eindeutig die Umbettung der erhaltenen Gräber. Eine Überbauung des Friedhofs, bei der Ausschachtungen nicht vorgenommen werden dürfen, erlaubte Kolitz nur »schweren Herzens«: »Zweifellos entspricht es nicht der Würde des Friedhofes, wenn Häuser über ihm wachsen. Jedes Gebäude über dem Friedhof wird ein Schandmal für die deutsche Regierung sein. Es wird auch ein Schandmal für die Stadtregierung sein... Trotz aller Bemühungen weigerten sie sich, diesen von den Nazis geschändeten Ort auszulösen, um ihn in einen Ort des Gedenkens zu verwandeln, ihn zu pflegen und so eine Überbauung zu verhindern, wie das bei jedem anderen jüdischen Friedhof der Welt üblich ist.«

Der Senat hat sich Anfang Juni entschlossen, Verhandlungen aufzunehmen - Handlungsbedarf sieht er derzeit noch keinen. Das Schicksal des Friedhofes ist damit weiter offen. »Voscherau greift ein«, titelte das »Hamburger Abendblatt« kurz nach Veröffentlichung des Gutachtens - man werde den Weg, den Kolitz vorschlage, die Überbauung also, prüfen lassen. Am gleichen Tag überreichte Bürgermeister Voscherau einen Scheck über 40.000 Mark, mit dem in Dresden eine Dokumentationsstelle für jüdische Kultur gefördert werden soll. Gegen Juden im allgemeinen haben wir in Deutschland nämlich nichts - im Gegenteil, wir schätzen sie als Bereicherung unserer Kultur (wenn ihre Gebeine nicht gerade wichtigen Investitionsvorhaben im Wege sind). Voraussetzung ist allerdings, daß sie sich bis zur Selbstaufgabe anpassen: religiös, kulturell, gesellschaftlich. Der schlimme Jude, die Gestalt, an der sich das Ressentiment trefflich entfalten läßt, ist - das hat man schließlich in den NS-Propaganda-Filmen gesehen - der fremde, gelockte aus dem osteuropäischen Stetl, der »schwarze Mann«. Der allerdings, wie man damals ja herausfand, auch im assimilierten Juden immer steckt. Als größere Gefahr sogar, weil getarnt. Aber so aufgeklärt sind wir noch nicht wieder.

Materialreich und lesenswert ist die Broschüre: Für den Erhalt des jüdischen Friedhofs in Ottensen, herausgegeben von der Gruppe K (Karolinenstraße 21 Haus 2, 2 Hamburg 36), 42 Seiten, 5 Mark

Oliver Tolmein schrieb in ONKRET 6/92 über Klaus Kinkel

Konkret 07/92, S. 46

Otto K□ hler

B□ ch des Monats: Begleitb□ ch f□ r die ne□ e BRD

Frit□ Fischer: Hitler □ ar kein Betriebs□ nfall, M□ nchen 1992, Beck□sche Reihe Nr. 459, 272 S., 19.80 Mark

Stoltenberg ging. Doch Wilhelm II. bleibt uns erhalten. 1898 bei seinem ersten Besuch in Jerusalem ließ er einen Teil der Stadtmauer zwischen Zitadelle und Jaffator einreißen, damit er hoch zu Roß und ohne den Kopf mit dem Helmbusch senken zu müssen in die Heilige Stadt einreiten konnte. 1984, bei seinem zweiten Staatsbesuch, brachte er seinen uneingeladenen Freund, den Alt-Antisemiten und Nazi-Schriftsteller Kurt Ziesel, mit ins Heilige Land und auch seinen Sprecher Peter Boenisch, der im eleganten Gestapo-Ledermantel verkündete, man dürfe Auschwitz nicht »instrumentalisieren« als Argument gegen deutsche Waffenlieferungen für die übriggebliebenen Juden. Er selbst raste derweil mit dem unwilligen Ruf »Kenn ich alles schon!« durch Yad Vashem, die Gedenkstätte für die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik - rechtzeitig vor seiner Abreise hatte sein Innenminister die Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Waffen-SS aus der Liste der verfassungsfeindlichen Organisationen streichen lassen. Und jetzt also, 1992, hat Wilhelm II. - er heißt heute wie schon 1984 Helmut Kohl - verkündet: »Mit wem ich mich hier in München treffe, das bestimme ich als deutscher Bundeskanzler. Da brauche ich keinen Ratschlag.«

Richtig, da er sich aus bekanntem Grund in München nicht mit Adolf Eichmann treffen konnte, hat er sich mit Kurt Waldheim begnügt, der damals als zuständiger Wehrmachtsoffizier die Juden-Transporte nur beaufsichtigt hatte. Diesen Mann, den vor allem die Zustimmung der Antisemiten Österreichs ins Präsidentenamt schwemmte und der von nahezu sämtlichen Regierungen und Staatsoberhäuptern gemieden wird, mußte der Bundeskanzler - in deutschem Namen? - seiner Hochachtung versichern. Schon deshalb, weil ihn der Jüdische Weltkongreß auf unerträgliche Weise gereizt hatte. Der soll nämlich Ende November 1989 einen »hohen Emissär« nach Ostberlin geschickt und durch diesen dort »in unerhörter Weise« gegen die deutsche Einheit polemisiert haben. Das großen Duden-Wörterbuch der deutschen Sprache - Kohl spricht mit Leidenschaft deutsch - definiert: Emissär ist ein Abgesandter mit bestimmtem (geheimem) Auftrag, ein Agent. Zu deutsch: Das Weltjudentum - um den Ausdruck zu benutzen, den ein anderer Kohlsprecher so sehr schätzte , das Weltjudentum hat einen jüdischen Agenten nach Ostberlin geschickt, um die deutsche Wiedervereinigung zu sabotieren.

Und jetzt wollte das Weltjudentum dem Kanzler eine fröhliche Mahlzeit mit dem Präsidenten unseres ehemaligen Anschlußlandes Österreich vermiesen. Deutsche Politik, das hatte Helmut Kohl schon 1984 den Juden eingeschärft, deutsche Politik wird in Bonn und nicht in Jerusalem gemacht. Und demnächst wieder - kein jüdischer Emissär, nur die Umzugskosten können das noch verhindern , demnächst wieder im wiedervereinigten Berlin.

Was das bedeutet, hat jetzt der Historiker Fritz Fischer in seinem Buch »Hitler war kein Betriebsunfall« exakt beschrieben - ein Begleitbuch, das ist zu fürchten, auch für unser neues großes Deutschland. Fischer hatte 1962 einer damals nur allzugern ahnungslosen Historikerzunft die in den Archiven verstaubten Dokumente auf den Tisch gelegt, die bewiesen, daß das Deutsche Reich nicht nur die Schuld am zweiten Weltkrieg trug - wir hören von der Nolte-Front schon wieder, es sei anders gewesen , sondern auch am ersten. Fischer zeigte 1961 mit »Griff nach der Weltmacht«, daß Wilhelm II., die deutsche Schwerindustrie und ihre Politiker durchaus und schon vor 1914 bewußt zum Krieg trieben - daß die Deutschen also keineswegs hineingeschlittert sind, wie sie es damals so gern entschuldigten.

Damals galt auch Hitler den deutschen Historikern als ein Betriebsunfall deutscher Geschichte, als ein Dämon, der ein unschuldiges Volk in seine Gewalt gebracht hatte. Gerhard Ritter, der damalige Doyen der Zunft, schied Hitler sogar aus dem nationalen Bestand aus und ernannte ihn zum Endprodukt der französischen Revolution und ihrer bösartigen »Massendemokratie«. Aber Hitler entstammte - Fritz Fischer weist es in seinem neuen Buch nach - voll der deutschen Tradition, die in ihm kulminierte. Sein Antisemitismus war weniger das Produkt der Lektüre irgendwelcher dubiosen Dreigroschenhefte, er fand ihn im Programm der großen - von der Metallindustrie finanzierten - Alldeutschen Bewegung. Dort ist, wie Fischer feststellt, »die Forderung nach Ausschaltung der Juden aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schon mehrfach, wie etwa 1899 in Hamburg, bis zur Forderung nach ihrer Beseitigung gesteigert worden«. Das Programm der NSDAP übernahm zum Teil wörtlich Formulierungen aus dem Werk des Führers der Alldeutschen, Heinrich Claß.*

Gegen Fischers Nachweis der deutschen Schuld am ersten Weltkrieg - er hat in seinem neuen Buch weiteres Belegmaterial nachgereicht - wagen seriöse Historiker nicht mehr aufzubegehren. Und so geschah es, daß Michael Stürmer, der damalige Vertrauenshistoriker Helmut Kohls, wenige Tage vor dem Vollzug der deutschen Einheit auf der 100jährigen Jubiläums- und Wiedervereinigungsfeier des immer schon alldeutschen Gesamtverbands der metallindustriellen Arbeitgeberverbände neue Wege zur Weltmacht wies. »Als Händler und Manager, Unternehmer und Bankiers«, so verkündete er am 28. September 1990 den Metallindustriellen, »durften die Deutschen in der Tat die Vorherrschaft in Europa anstreben, als Helden hätten sie es besser unterlassen.«

Inzwischen haben sich die Verhältnisse schon wieder geändert. Es war Ausdruck einer instinktsicheren Politik Helmut Kohls, daß Deutschland im Falle des Golfkriegs nur als Bankier auftrat und die Helden erst mal unter Verschluß hielt - was

unbelehrbare Dummköpfe in aller Welt veranlaßte, wieder ihr »The Germans to the front« zu brüllen. So konnte Gerhard Stoltenberg - Grundgesetz hin, Grundgesetz her - gleichsam auf Druck des Auslands einen weltweiten Kampfauftrag der Bundwehr ins Spiel bringen. Und schon handeln die Bonner Militärs - Parlament hin, Parlament her: Scheißbundestag - so, als sei der weltweite Kampfauftrag erteilt. Sie haben das neue Heeres-Führungsinformationssystem beschlossen, das »von Polarkreis zu Polarkreis« funktionieren soll. Dieses neue Bundeswehr-System heißt Heros. Die Stürmer-Weisheit von 1989, wir sollten nicht mehr als Helden, sondern als Bankiers und Exporteure um die Hegemonialposition kämpfen, ist damit perdu. Und wenn darüber Gerhard Stoltenberg verlorenging, obwohl die Waffenlieferungen für die Türkei doch eigentlich selbstverständlich waren, so hat das nichts zu sagen. Er wurde - das muß gelegentlich auch sein - dem Wahlkampf in Schleswig-Holstein geopfert, und Kohl holte seinen Rüpel aus dem Sack. Volker Rühe, dem keiner verbindliche Umgangsformen nachsagen kann - die Polen forderte er ultimativ auf, sie sollten sich »von dem Mythos der Überfremdung durch ausländisches Kapital lösen« , wird durchsetzen, was Stoltenberg schon vorbereitet hat: den weltweiten Kampfauftrag der Bundeswehr.

*

Eine notwendige Anmerkung: Es läßt sich nicht bestreiten, daß sich Rudolf Augstein und der »Spiegel« in den 60er Jahren wesentliche Verdienste um die Durchsetzung des Werkes von Fritz Fischer erworben haben. Man muß eben unterscheiden zwischen dem frühen Augstein, dem Nationalisten und Schutzpatron von SD-Massenmördern; dem zwischenzeitlich zur Räson gekommenen, der Fritz Fischer mit allen ihm zur Verfügung stehenden publizistischen Möglichkeiten popularisierte; und dem Augstein unserer Tage, der sich entschlossen jegliche Alterweisheit versagt und in seine frühen Jahre regrediert.

Wie mit seinem Kommentar »Griff nach der Weltherrschaft« im »Spiegel« 13/92, in dem nicht etwa von deutschen Hegemonialansprüchen die Rede ist, sondern davon, daß es »eine Alleinherrschaft der USA nicht geben darf« - zumindest wären die Deutschen daran zu beteiligen, als »partners in leadership«, wie ihr Kanzler Anfang Mai erklärte. Seine Mahnung richtete Augstein in jenem Augenblick an die USA, da Helmut Kohl anfing, sich direkt in deren Innenpolitik einzumischen: Bei seinem Bush-Besuch trieb er Wahlwerbung für seinen Gastgeber. Der Bundeskanzler will mitbestimmen, wer in den USA Präsident wird - und Rudolf Augstein, wer außer den Deutschen befugt ist, nach der Weltherrschaft zu greifen.

*Kuriosität am Rande: Die 1968 von dem NS-Chefredakteur Wilhelm Hehlmann herausgegebene Brockhaus-Enzyklopädie schreibt über Claß: »Nach 1933 verlor er jeden Einfluß.« Richtig, aber doch nur weil die Kopie Hitler alles übernommen hatte, was er wollte, und soviel massenattraktiver war als das Original Claß - wie dringend die deutsche Metallindustrie zusammen mit Claß und in enger Zusammenarbeit mit den Todesschwadronen der Freikorps nach einem Trommler (es wurde mehr daraus) wie Hitler suchte, ist in KONKRET 12/1990 nachzulesen.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 5/92 über Rudolf Augsteins unbewältigte Vergangenheit

Konkret 07/92, S. 48

Bernd Rauschenbach

ich habe gelesen

Auch wenn es etwas nach dem alten»Stern«-Titelblatt voll betroffen dreinblickender Frauen und Männerklingt (»Ich habe abgetrieben« - dem Thema irgendwie angemessener wäre sowieso die »Titanic«-Coverversion voll abgespannt dreinblickender Männer: »Ich habe abgerieben«) : JA, ICH HABE GELESEN. Und daß dieses Geständnis eines gar nicht mal so fernen Tages ebenfalls skandalträchtig und damit titelblattreif sein wird, davon bin ich dank der vor kurzem bei mir montierten Satellitenschüssel überzeugter denn je. Abend für Abend kreuze ich über die ca. 30 Kanäle meiner ein wunderbares Nirvana erzeugenden »Buddhamaschine« (H.M. Enzensberger) und sehe fasziniert Bruchstücke von Sendungen, die ich schon vor der Schüsselmontage nicht sehen wollte. Wenn das bereits mir so geht, der ich eigentlich ja immer lese und schon immer gelesen habe - (und dem, als er noch nicht lesen konnte, vorgelesen wurde) , wie mag die Bildlawine erst auf die bundesrepublikanische Mehrheit wirken, die sich im Jahr durch 0,8 Bücher quält?: Lesen? Och nöh - »es ist zeitlich immer etwas ungünstig« (Loriot).

Ja, ich habe gelesen. Im Gehen und im Stehen, am Schreibtisch und im Bett, beim Essen, beim Trinken und auf dem Klo. Am Strand und im Wald, in der U-Bahn, im ICE, an der Bushaltestelle, im Flugzeug und imAutobahnstau: Das Reclam- oder Helfende-Hand-Bändchen paßt in jede Tasche; und ist grad mal ein Großoktav- oder Quartband an der Reihe, gibt es ja die alte, jute Plastiktüte. Nie jedenfalls brauche ich als Lesender Antenne, Netzteil, Akku und Gerätschaft, und das Bild vorm Auge wird von der Vorstellungskraft meines eigenen Gehirns begrenzt und nicht von der technischen Notwendigkeit eines Bildschirmformats.

Dabei bin ich überhaupt nicht gegen das Fernsehn. Zum einen ist es immer wieder mal Anlaß zu so schöner Literatur wie etwa Eckhard Henscheids »Beim Fressen beim Fernsehen fällt der Vater dem Kartoffel aus dem Maul« (Haffmans 1988). Zum anderen bietet es mir glänzende Unterhaltung - wenn ich will, neuerdings sogar auf Japanisch. Und das ist nun wirklich toll: In einem Dorf am Südrand der Südheide zu sitzen und zuzusehen, wie grellst gekleidete Japaner sich unter Körperverschrauben und Gliederzucken lauthals brüllend ausschütten vor Lachen über japanische Schriftzeichen, die sich mittels Computeranimation in immer wieder neue Zeichen verwandeln. »Geheimnisvolle Weisheit des Fernen Ostens.« - Hoffentlich erwisch' ich irgendwann mal eine dieser japanischen Fernsehshows, in denen Männer mit vollem Karbid gegen eine Mauer rennen und kleine Araberjungs ihnen taschenspiegelnd die Brustwarzen ankokeln: Das scheint für den Japaner die Spitze der Komik zu sein.

Glänzende Unterhaltung also - aber auch nie mehr als diese. Ich finde im Fernsehn weder Information (einmal abgesehen von Basisdaten wie Uhrzeit, Temperatur und wo grad der Krieg ist), noch finde ich in ihm Kunst. Daß diese mit und auf dem Bildschirm möglich ist, zeigen die gar nicht mal so wenigen Video-Künstler, die ihr Medium als ein eigenständiges begriffen haben. Sie machen (wie etwa Nam June Paik oder - ganz anders - die Residents) Kunst, die weder auf Kino- oder Mal-Leinwand, noch auf der Bühne, noch mit rein akustischen Instrumenten, geschweige denn im Buch möglich wäre, sondern eine Kunst, die ausschließlich mit und auf dem Bildschirm funktioniert. Im Fernsehn sieht man dergleichen nicht. Vor ein paar Jahren habe ich noch gedacht, der Videoclip wäre ein erster Schritt in Richtung Fernseh-Kunst. Heute dient er, ohne Ambition auf eigene Ästhetik, nur noch der Musikindustrie als Verkaufshilfe. Der Rocksänger, Lyriker und Romancier Nick Cave neulich fast wörtlich im Klippsender MTV: »Wir machen die Clips nur der Plattenfirma zuliebe. Wenn wir eine Botschaft haben, dann die: Leute, macht den Apparat aus und nehmt ein Buch zur Hand.« Wenn der Mann im verlogenen Fernsehn schon so ehrlich ist, was muß der erst für eine ehrliche Musik machen: Also nichts wie in den Plattenladen und seine Platte gekauft... - Es ist schlechterdings unmöglich, im Fernsehn eine Wahrheit zu sagen.

Aber es gibt doch Sendungen *über* Kunst, Musik, Literatur im Fernsehn? Nein, nein, nein. Es gibt Unterhaltung im Fernsehn, die sich der Kultur wie jedes beliebigen anderen Gegenstands bedient. Das Fernsehn, egal ob öffentlich-rechtlich oder privat, stülpt sich als schmarotzender Polyp über sein ja immer schon vorhandenes, nie von ihm selbst geschaffenes Objekt, saugt es mit tödlicher Gier aus und spuckt es mir als Unterhaltungsseim in die Augen. Ich mache mich anheischig, in jeder »Kultursendung« letztlich das Muster jenes einen leviathanischen Prunkbeispiels aufzudecken: die öffentlich-rechtliche Sylvestersendung 1991/92. Der Kulturgangster Justus Frantz hatte für diese Sendung einen Konzertflügel zerlegen und im Inneren eines Passagierflugzeugs wieder zusammenbauen lassen. Zur Mitternacht kreiste er, begleitet von Fernsehkameras und (wenn ich's recht erinnere) irgendwelchen Streichern über einem Fernsehsender und spielte wat Flottet - Mozart oder so. Die Akustik sei zwar alles andere als optimal, gab er selbst zu - aber scheiß was drauf: Gib Gas, ich will Spaß*.

Nein, danke: Da geb ich mich doch eher dem von Buchhandlungsschaufenstern und Verlagsanzeigen in letzter Zeit immer penetranter und TVmäßiger versprochenen »Lesespaß« hin. Denn natürlich *kann* Lesen das auch sein: Unterhaltung. Aber noch der unterhaltsamste Urlaubskrimi - (vorzugsweise die »Inspektor Jury«-Serie von Martha Grimes aus dem Verlag mit

dem erwiesenermaßen idiotischsten Krimi-Lektorat: Rowohlt verrät im Klappentext von »I.J. sucht den Kensington-Smaragd« die Lösung!!!) - noch der unterhaltsamste Krimi also verlangt mir etwas ab, was das Fernsehn nie und nimmer von mir haben will: Arbeit. Ich muß mir nämlich aus tausenden von kleinen abstrakten Zeichen in meinem Kopf ein Bild, eine Vorstellung erarbeiten. Ich muß lesen.

Ja, *ich muß* lesen. Ich gestehe, es hat etwas Zwanghaftes bei mir. Wenn ich Buchstaben sehe, muß ich sie zu Wörtern zusammensetzen, wenn ich Wörter sehe, muß ich sie lesen. Ich kann sie nicht als Ornamente oder Muster betrachten. Das bereitet mir immer größere Schwierigkeiten beim Hemden- und Pulloverkauf und läßt meine Bereitschaft, Mitmenschen bewußt anzusehen, immer kleiner werden. Warum trägt der Direktor einer bedeutenden literarischen Institution ein schwarzes Hemd durch Berlin, auf dessen Brust in Regenbogenfarben CARLO CARLUCCI prangt? Der heißt doch gar nicht so. »Och Du, ich fand die Farben einfach gut. Stehn da denn Buchstaben? Gehn mir doch am Arsch vorbei.« Warum tragen Millionen Sweatshirts mit dem Aufdruck »University of California«, obwohl die meisten nie einen Fuß nach Kalifornien oder gar in eine Uni gesetzt haben? Nord- und Ostsee zusammengenommen böten all den Leuten, deren Pullover die Zugehörigkeit zu einem »Yachting Club« behaupten, nicht genügend Platz zum Segeln. Das Tragen solcher Worte mag noch dem Bedürfnis nach Prestigegewinn zuzuschreiben sein - die Mehrheit der Oberbekleidungsinschriften aber wie »Mirage«, »The Dancing Monkey«, »Funbeach!« (austauschbar gegen »Beachfun!«), »Tropical Riding«, »ENJOY IT!«, »Red Summer?« oder »Squeeeeze me« ist nur noch mit hochgradiger Abgestumpftheit oder mit Analphabetismus der Träger erklärbar. Seid Ihr in den Fußgängerzonen eigentlich alle bescheuert?? - Während einer Dichterlesung saß neulich eine Frau in einem handgestrickten Pullover vor mir. Das Muster auf dem Rücken bestand aus einem sich mehrfach wiederholenden Alphabet. Von der Lesung habe ich kaum ein Wort mitbekommen, weil ich eine Stunde lang zwanghaft überlegte, welchen Sinn es machte, daß im ersten Alphabet das R, im zweiten das X, im dritten das T, im vierten wieder das R und im fünften das U fehlte.

Nein, Lesen macht nicht immer Spaß. Mein Beruf bringt es z.B. mit sich, daß ich bisweilen Korrektur lesen muß, d.h. ich versuche vor der Drucklegung eines Buches auf von der Setzerei gelieferten »Bürstenabzügen« möglichst viele der vom Setzer in den Text geschmuggelten Fehler zu finden und zu eliminieren. Das ist weit weniger spannend, als es sich anhört. Bei der augenrötenden und geisttötenden Tätigkeit sind mir immerhin drei kleine Bausteine zu einer künftigen Theorie der Gesetzmäßigkeit von Setzfehlern zugefallen, die ich hier erstmals präsentiere: a) Der in einem Wort versehentlich weggelassene Buchstabe taucht in einem anderen Wort maximal 10 Zeilen tiefer als Überzähliger wieder auf; b) der einem Wort versehentlich zugefügte Buchstabe fehlt in einem anderen Wort maximal 10 Zeilen tiefer; c) irrtümliche Buchstabenverdrehungen innerhalb eines Wortes werden, so dasselbe Wort während der nächsten 10 Zeilen ein zweites Mal auftaucht, in diesem Wort wiederholt. (a-c gelten in deutlich über 60 Prozent aller Fälle.) Ich schließe daraus, daß das Unbewußte des Setzers dessen Fehler speichert und sie - je nach Temperament - entweder ungeschehen machen oder gerade, als Auflehnung gegen die mechanische Arbeit, bekräftigt sehen will.

Unterhaltsamer für den Korrekturleser, aber leider viel zu selten, sind Setzfehler, die dem ursprünglichen Text einen neuen Sinn geben - die besten wandern dann gleich in meine Mappe »Alltäglicher Schwachsinn«. Da war im Manuskript z.B. die Rede von einem sowjetischen Außenminister, der »fiel in Ungnade«. Der (stalinistische?) Säzza exekutierte ihn prompt: »Er fiel in Uganda.« - Ein Lagerfeuer fiel mir einmal auf, weil sich drumherum »besonders viele Frauen, Greife und Rinder« gruppiert haben sollten. Die zugehörige Satzvorlage freilich war in einer alten Frakturschrift gedruckt worden, in welcher die vom Autor gewollten »Frauen, Greise und Kinder« in der Tat eine typographisch bedingte Ähnlichkeit mit den vom Setzer imaginierten Wesen aufwiesen. So sehr man sich bei diesem Beispiel über den Niedergang eines alt-ehrwürdigen Handwerks moquieren könnte: Schon vor 15 Jahren habe ich aus dem Mund eines Germanistikstudenten die Entschuldigung gehört, er habe den zur Lektüre aufgegebenen Text aus dem 19. Jahrhundert nicht lesen können, weil dieser »in Althochdeutsch gedruckt ist«.

Erstaunlicherweise nicht mehr in Fraktur gesetzt ist das für meinen Landkreis zuständige Lokalblatt. Laut eigenem Bekunden rangiert es unter den 10 ältesten Zeitungen der Welt; seine politische Ausrichtung ist glücklicherweise nicht ganz so alt, die hat es noch keine 60 Jahre. Mein Lesespaß an ihm hat beträchtlich nachgelassen, seit es aufgehört hat, den faz'schen Proust-Fragebogen auf Kreisniveau nachzustellen. Höhepunkt der Celler Serie war die Befragung eines Groß- und Altbauern aus einem Nachbardorf, der einem Ondit zufolge Gründungsmitglied der CDU und langjähriges MdB gewesen sein soll. Die erste Frage: »Essen Sie gern?« beantwortete er merk- und denkwürdig mit: »Essen ist mir Pflicht und Notwendigkeit.« Naja, die Gastronomie in unserer Gegend ist auch überwiegend danach. (Mehr zu diesem Thema in meiner Kolumne der Calcutta Times »Ich habe gegessen«.)

Die Gewerbeanzeigen der Kreiszeitung sind nach wie vor lesenswert. Da enthüllt heute ein Elektrogerätehändler seiner Kundschaft, er habe »lukrative Preise« - die Käufer werden trotzdem nicht ausbleiben, schrecken sie doch auch nicht die Schilder bei Karstadt, die ihnen »reduzierte Anzüge« versprechen. Wörter stehen nur noch in der Gegend rum, weil sie so dekorativ sind - wer sie liest und ernst nimmt, ist selbst schuld.

4. Stock: Schallplatten. Vor 10-12 Jahren kamen LP-große Scheiben auf, die mit 45 Upm gespielt werden mußten und pro Seite nur ein oder zwei Stücke enthielten: Maxi-Singles. Kein schönes Wort, aber wenigstens kein ganz falsches. Ähnliches gibt es heute als CD, mit auch nur wenigen Minuten Spielzeit. Und was lese ich über den entsprechenden Ständern in der Musik-Abteilung?: »Maxi-CDs«. Dabei sind die Dinger bedeutend kleiner als normale CDs. Maxi, Mini - ach, scheiß was drauf, Ihr sollt die Dinger hören und nicht lesen.

Nunmehr ins siebente Jahr geht das Gerede vom »Super-GAU« in Tschernobyl - in fast jeder Zeitung kann man den handgreiflichen Beweis für die Phantasielosigkeit der Journalisten immer wieder lesen. Einmal nicht davon abgesehen, daß die Abkürzung GAU bereits einen Superlativ enthält und also nicht steigerbar ist: Tschernobyl war (bei allem Respekt vor den Auswirkungen) - mit tödlicher Sicherheit *nicht* der *G*rößte *A*nzunehmende *U*nfall!

Die Reihe ließe sich, auch mit weniger unterhaltsamen Beispielen, heftfüllend fortsetzen. Wo man auch hinblickt: Wörter verlieren zusehends ihre Bedeutung. Und das scheint mir etwas anderes zu sein als der in jeder lebenden Sprache permanente Bedeutungs*wandel* vieler Wörter. Wir können heute beobachten, wie Wörter mehr und mehr wurscht werden, wie sie langsam nur noch ein Hallraum von Ahnen und Meinen umgibt, wie Sätze zur beliebigen Bedeutungslosigkeit verschlumpfen. Das heißt aber, die Sprache ist dabei, ihren Bezug zur Wirklichkeit zu verlieren. Es ist ja längst allgemein akzeptiert, daß Sprache im Bereich der Werbung nichts »wirklich« bedeutet. Vereinzelt wird der Behauptung zwar noch widersprochen, daß dies im Bereich der Politik nicht anders sei, aber der Zustand ist schon erreicht, in dem Politikerworte bedeutungslos sind und damit *berechtigterweise* für den Sprecher ohne Konsequenzen. Der beklagte Verfall der politischen Moral ist nicht zu trennen vom Verfall der Sprache. Und daß auch dieser ein vom Kapitalverhältnis geförderter ist, wird sich spätestens erweisen, wenn die dann kaum noch so zu nennende Sprache ihres Bedeutungs- und damit Realitätsverlusts wegen nicht mehr als Instrument zur Verfügung steht, das Kapitalverhältnis zu kritisieren. Es wird dann aber *kein anderes* Instrument vorhanden sein.

*Diesem Herrn sei auch ewig unvergessen, daß er einem Festival vorsteht, in dessen Rahmen das Publikum einer Veranstaltung auf Vorschlag eines Landjunkers darüber abstimmen durfte, ob die Huren des Cleveland-Quartetts statt des angekündigten Schönberg nicht lieber einen Schubert zum besten geben sollten!

Bernd Rauschenbach ist Secretär der Arno-Schmidt-Stiftung und Mitherausgeber der Bargfelder Ausgabe der Werke Arno Schmidts

Konkret 07/92, S. 50

Dietrich Kuhlbrodt

Abgang hinten rechts

In Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrags hat das ZDF den Film »Bronsteins Kinder«, ein tragisches Bewältigungstheater, für einen zweifellos nächtlichen Einsatz erworben. Langes Zuwarten wird dieser melodramatischen Politfabel jedoch nicht guttun

Der Film »Bronsteins Kinder«, der demnächst in die Kinos kommt, ist zwei Jahre alt und somit ein Stück kulturelles Erbe der Defa-Zeit. Aus ihm lernen wir, daß die Vergangenheitsbewältigung auf erschütternde Weise scheitert, wenn sie als Selbstjustiz betrieben wird. Bewältigt werden soll der Nationalsozialismus, weshalb die Filmhandlung denn auch modellhaft in der vergangenen DDR angesiedelt wird, genauer: im Jahr 1973, in dem Walter Ulbricht starb. Wie aber bewältigen wir einen Film, der uns das Scheitern vorführt?

Vor knapp 20 Jahren. Berlin, Hauptstadt der DDR. Ein Judenfriedhof. Unter frommen Gesängen wird ein Sarg ins Grab gelassen. Bedeutungsschwer kucken sich die Trauergäste an. Wieder und wieder. Sie wollen etwas sagen. Aber was? Wir sehen: Da wird etwas für uns inszeniert. Wir werden etwas lernen sollen. Und schon beginnt eine off-Stimme zu dozieren. Die Spannung steigt, denn schon wissen wir zwar, daß etwas Bedeutsames geschehen ist, wir wissen allerdings nicht, was. Die Neugier, falls sie denn hervorgerufen worden sein sollte, befriedigt die anschließende Rückblende. In wohlgesetzten Worten behauptet der Sprecher, wir wohnten der Austragung eines jüdischen Generationenkonflikts bei.

Debut-Star Matthias Paul signalisiert gestisch, mimisch und verbal gleich zweierlei, nämlich erstens, daß er die Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« absolviert hat, zweitens, daß er den Judenjungen Hans spielt. Angela Winkler zitiert und zelebriert erstens ihre eigene Vergangenheit in den Filmen »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« (1975) und »Heller Wahn« (1982), zweitens mimt sie die in einer psychiatrischen Klinik stationär versorgte Bronstein-Tochter Elle. Die Film-Geschwister beraten über ihren Vater Arno. Dieser ist nicht nur ein Profistar mit Weltniveau (Armin Mueller-Stahl), sondern Film-Opfer des Faschismus (KZ Neuengamme) und außerdem ein Vater, der seine Tochter im Krankenhaus nicht besucht und seinem Sohn das Sekttrinken auch dann verbietet, wenn das Abitur gefeiert werden soll.

Was ist los mit Vater Bronstein? Er ist mit der Ausübung von Selbstjustiz überfordert. Zusammen mit zwei Rentnern hat er einen ehemaligen »Aufseher« des KZs Neuengamme (Rolf Hoppe) entführt und versucht, ihn in tagelangen verschärften Vernehmungen zu einem Geständnis zu bringen. Mit gebotener Zurückhaltung zeigt der Film, wie der Täter von einst mißhandelt und ein wenig gefoltert wird. Abstoßend sind diese Szenen nicht, denn was den Zuschauer überwältigt, ist die große Kunst der Maske (Fredy Arnold) und des Schauspiels (Hoppe). Außerdem: Wer unter diesen Mißhandlungen am meisten leidet, das ist Vater Bronstein selbst, der alte Jude. Der Prozedur nicht gewachsen, greift er zum Weinbrand, läßt den Pufferkuchen liegen, faßt sich ans Herz und bricht entseelt neben dem entführten Ex-Aufseher zusammen. Da stürzen helle Tränen aus des Sohnes Augen, wie wild feilt er die Handschellen des Peinigers von Neuengamme auf, obwohl der tote Vater doch die Schlüssel in der Tasche trägt und der Entführte ihn auf diesen glücklichen Umstand ausdrücklich hinweist. Nein! Die Emotion ist stärker als der Verstand. Und deswegen, so die Botschaft des Films, kann die Vergangenheit ‘objektiv’ nicht bewältigt werden.

Jurek Becker (»Jakob, der Lügner«) hat seinen Roman unter Verzicht auf ironische Untertöne in eine Drehbuchfassung gebracht, in der Worte und Personen sich gegenseitig dementieren. Wenn man weder den einen noch den anderen zu glauben vermag, dann mag das daran liegen, daß Regie-Altmeister Jerzy Kawalerowicz (70) - 1960 drehte er seinen berühmtesten Film »Mutter Johanna von den Engeln« - durch eine gradezu verzweifelte Häufung von Schauspieler- und Kamerabewegungen in das weitgehend aktionslos angelegte Kammerspiel hineinzuregieren versuchte. Mit anderen Worten: Der hochverdiente Regisseur war der erste, der dem Bewältigungsmelodram den Glauben verweigerte.

Um den rechten Glauben aber geht es dem Film - um Freund, Feind und Parteilichkeit als Voraussetzung zu gerechten (nicht: objektiv richtigen) Entscheidungen. »Du sollst mich nicht wie einen Feind behandeln!«, mahnt Hans seinen Vater. Doch dieser wird sehr deutlich: »Du bist mein Feind«, beharrt er, denn der Junge hat zwar pflichtgemäß darüber nachgedacht, »zu wem ich gehöre«, aber nicht die Unart aufgegeben, »objektiv zu sein, statt Parteilichkeit zu zeigen: Zorn auf Lumpen und Mörder«. Beleidigt rauscht Vater Bronstein aus der Kulisse (Abgang hinten rechts).

Nun hätte diese Auseinandersetzung die Möglichkeit geboten, dem Film sein Thema wiederzugeben, denn auch der generationenalte Streit über die Priorität der Organisationsfrage bedarf der Fortführung. Die Dialoge dieses Films sind den Personen jedoch so beliebig zugeschoben, daß Gedankengänge darstellerisch kaum fixiert werden können. Vater Arno, so autoritär er gezeigt und gespielt wird, ist der erste, der nicht weiß, zu wem er gehört. Er will zum Beispiel kein Jude sein. »Sie sind eine Erfindung«, sagt er, »und besessen, sich in die Rolle der Juden zu fügen. Sie würden sich wehren, nähme man ihnen diese Rolle weg.«

Kawalerowicz hat diesen Spruch wörtlich genommen und zeigt in einer eingeschobenen Film-in-Film-Szene Komparsen, die in einem Neuengammefilm jüdische Opfer spielen. Jüdische Komparsen spielen wie besessen jüdische Opfer. - Sohn

Hans findet das Verfahren unausgewogen: »Wenn die Opfer von Juden gespielt werden, dann müssen SA- und SS-Leute von ehemaligen SA- und SS-Nazis gespielt werden.« Parteilichkeit als Rollenspiel?

Der Rollen-Jude Bronstein sen. gibt jedoch noch weiteren Anlaß, sich mit der Frage zu beschäftigen, wes Freund er eigentlich sei. Auf die naheliegende, von Hans gestellte Frage, warum er denn die Vernehmung des KZ-Schergen und die Ahndung der Verbrechen nicht den zuständigen sozialistischen Organen, nämlich der DDR-Justiz überlasse, antwortet er: »Weil es keine Gerichte gibt, die wir für anständig halten können.« Sein Sohn gibt daraufhin zweierlei zum besten: 1. »Die DDR geht mit ehemaligen Nazis hart ins Gericht.« 2. »Sie ist ein Land, in dem die Gerichte einen Dreck wert sind.« Dann verlassen beide in entgegengesetzten Richtungen das Motiv (Abgang hinten links und hinten rechts).

Damit ist das Thema der antifaschistischen Solidarität erschöpft. Fazit: Es gibt sie nicht. Aber hat Hans in seinen Antrag auf Zulassung zum Studium der Philosophie nicht reinschreiben können: Opfer des Faschismus? Ist er etwa »zu stolz«, diese Rolle anzunehmen? Verzichtet er lieber auf die Zuweisung einer Wohnung? Und schon verliert der Film sich wieder in der sehr fragmentarischen Beschreibung eines Bildungsweges, ohne daß daraus eine Rolle würde.

Günstigstenfalls ließe sich zu »Bronsteins Kinder« sagen, daß er Protagonisten zeigt, die nicht in der Lage sind, Gedanken zu fassen. Bronsteins Tochter sitzt in der Tat im Irrenhaus. Das antifaschistische Motiv: Entführung, Volksgefängnis, Selbstjustiz - es wird in diesem Trauerspiel bloß angeschlagen und rasch abgetan. Das Verhör des Neuengamme-»Aufsehers« in der brandenburgischen Datscha reduziert sich auf den Spleen psychotischer Rentner, die Auseinandersetzung mit der Nachkriegsgeneration auf Konversation über individuelle Befindlichkeiten. Zeitliche Datierung und örtliche Fixierung dieses Film sind zwei seiner zahlreichen Behauptungen, denen es an jeder Begründung fehlt. Müssen die Rentner zur Selbsthilfe greifen und den Schergen gefangennehmen, weil Ulbricht im Fernsehen eine aktive Friedenspolitik propagiert, weil die dem Wesen des sozialistischen Staates entspreche? Oder schimpft der Sohn seinen Vater einen »Wichtigtuer«, weil Brandt abtreten muß, nachdem ihm ein Spion von der DDR ins Nest gesetzt worden war?

Je abstruser die Bezüge werden, desto wahnhafter gerät die Do-it-yourself-Justiz der drei jüdischen Neuengamme-Opfer. Statt dazu aufgefordert zu werden, politische oder moralische Komplikationen zu bedenken, wohnen wir einem Sadomasospiel bei. Dabei wäre es von brennender Aktualität gewesen, mittelbar Auskünfte etwa über jene Art Notprozeß zu erhalten, wie ihn 1947 zwei Antifaschisten in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager einem Stabsrichter gemacht hatten, der mehr als 170 sowjetische Partisanen, Zivilisten und Wehrmachtsdeserteure zum Tode verurteilt hatte. Damals folgte dem Verhör und Geständnis des Stabsrichters konsequenterweise seine Verurteilung und Hinrichtung. 45 Jahre später ist deswegen in Hamburg einer der vermeintlichen Täter wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden (s. den Beitrag: Eine Rechnung wurde beglichen, in diesem Heft S. 28ff). - Wie gern hätten wir von »Bronsteins Kinder« etwas über die Notwendigkeit erfahren, die Antifaschisten dazu trieb, in einem Lager oder in einem Volksgefängnis Mörder zu verurteilen und hinzurichten. Statt dessen erfahren wir etwas vom psychotischen Schub dreier isolierter alter Männer. Ganz ähnlich hat das 1992 die Große Strafkammer 22 des Landgerichts Hamburg gesehen.

Die Logik des Films besagt: Das Treiben der Entführer ist verständlich, denn sie sind Betroffene. Gleichzeitig aber fordert er, dem Treiben der Entführer ein schnellstmögliches Ende zu bereiten. Die eine Hinrichtung barmherzig verhindernde Rolle ist Bronsteins Sohn zugeschoben worden. Umfassend informiert er sich an Hand eines Lexikonartikels über das KZ Neuengamme; der Text wird ein Dutzend Sekunden vor die Kamera gehalten, zu kurz zum Lesen, schade, denn es war die einzige Information. Dann greift Hans zu den Eisenfeilen und beginnt zu sägen, um das Opfer, d.h. den ehemaligen Neuengamme-Täter, zu befreien. Recht so! Hans, der Säger, stellt die verlorengangene Harmonie wieder her, die Emotionen gehen hoch, richtet er sich doch gegen den eigenen Vater, aber da perlen schon die angenehmsten Tonfolgen vom Pianoforte und bestätigen die Richtigkeit seines Handelns.

Was wir in der eindringlichen, hochkünstlerischen Darstellung des Gefangenen Rolf Hoppe sehen, ist das mitleiderheischende Leiden einer geschundenen Kreatur. Was dabei ausagiert wird wird, ist aufkeimende Sympathie mit dem »Aufseher«, der zum Opfer wurde. Was wir nicht sehen, sind die Opfer im KZ Neuengamme; die Komparsen, die uns in der Film-in-Film-Einblendung vorgeführt werden, präsentieren sich wohlgenährt und in frisch gestärkten Schürzen. Ja, was bleibt denn da überhaupt noch an Vergangenheit zu bewältigen, wo es doch nurmehr um Komparsen, Film- und Film-in-Film-Rollen geht? Der Scherge von einst ist gar nicht mehr der Täter, sondern nur noch Opfer. Hans, säg ihn frei! Und schlepp die Vater-Leiche aus der Datscha! Und lieb Deine Martha (Katharina Abt, »Derrick«, »Die Schwarzwaldklinik«, »Tatort« usw.).

Die Opfer des Faschismus, frühsenile, fette, schwitzende Rentner, torkeln durch Brandenburgs Kiefernwälder, betrunken, einer fixen Idee folgend, die mal eine antifaschistische war. Optisch eine ausgesprochen unappetitliche Angelegenheit. Wie knackig dagegen die Nachkommen! Ein filmlanges Lächeln auf den Lippen nimmt Bronstein-Sohn Hans die Hürden in der Schule (Abitur), vor der Datscha (1,50 m hoher Stakett-Zaun), im Privatleben (Martha) und in der 1973er-Disco am Bahnhof Alexanderplatz (Höhepunkt: die Blue Jeans). Den optischen Sympathien stehen die leerlaufenden, in Ohnmacht

und Ausweglosigkeit mündenden, eher depressiven Dialoge gegenüber, durch die sich auch die jugendlichen Helden quälen müssen.

Insgesamt also ein verklemmter Film, ein pseudoantifaschistisches Trauerspiel, ein verkorkster Schlußstrich unter die Bewältigungsversuche der NS-Vergangenheit, aber ein Film für das Landgericht Hamburg und für den Zeitgeist sowieso. Hans, der Säger - wen setzt er als nächsten frei? Mielke? Honecker? Wenns ihm nur ums Menschliche geht, wirds dem schlichten Gemüt nicht gelingen, da Unterschiede zu machen. Nur Mut also!

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 8/91 über Emir Kusturicas »Time of the Gypsies«

Konkret 07/92, S. 52

Matthias Altenburg

Dirty Realist

Rezension

Ahh jaaa. Das sind so die Geschichten, bei denen man als Autor blaß wird vor Neid. Und vor Ärger, daß man sie nicht selber geschrieben hat. Kleine Geschichten, ganz leise, ganz unspektakulär, aber so erzählt, daß einem beim Lesen die Luft wegbleibt und man sich fragt: Verdammt, wie hat er das jetzt wieder gemacht? Immer noch wartet Tobias Wolff darauf, bei den deutschen Lesern so bekannt zu werden, wie der kalte Paul Auster niemals hätte werden müssen. Wolff gehört zu jener nordamerikanischen Gruppierung, die man Dirty Realists nennt und der man auch Boyle und Carver, Kennedy und Nichols zurechnen darf, und deren Vertreter auf eine Art schreiben, die immer hart an der Wirklichkeit bleibt, ohne sich den Sinn für das Mögliche nehmen zu lassen. Übrigens: Wolffs grandioses Erinnerungsbuch »This Boy's Life« (bei Piper unter dem Titel »Das Herz ist ein dunkler Wald« erschienen) wird zur Zeit mit Ellen Barkin und Robert De Niro in den Hauptrollen verfilmt. Was zwar eigentlich nichts zur Sache tut, aber - wie die Dinge nun mal stehen - doch vielleicht die eine oder den anderen zur Lektüre verführt.

Tobias Wolff: Der Kasernendieb. Erzählungen. Piper Verlag 1992, 186 Seiten, 34 Mark

*

Ganz anders als Wolff, aber ebenso überzeugend wie dieser, arbeitet der gleichfalls enorm unterschätzte Gilbert Sorrentino. Wo Wolff nur andeutet, wo er mit Informationen knausert und das Wesentliche unausgesprochen läßt, häuft Sorrentino Fakt auf Fakt, läßt er seine Helden schwadronieren und zeigt uns so, wie unterschiedlich verschiedene Menschen ein und dasselbe Ereignis wahr-nehmen. Der Autor zieht alle formalen Register. Doch nicht, um zu beweisen, welch begnadeter Virtuose der Kunstprosa er ist, sondern um seinen Figuren und den sie umgeben den Dingen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, um ihnen so nah wie möglich zu kommen. Er wechselt die Perspektive, das Tempo, den Tonfall. Er reiht Klischee an Klischee, doch statt die Wirklichkeit zu verstellen, gibt er den Blick auf die Verhältnisse frei. Während seine Figuren dicke tun, teilt er uns ihren Jammer mit. Während sie Mitleid heucheln, hören wir die Schadenfreude. Und während sie Komplimente machen, begreifen wir ihre Eitelkeit. Er baut seine Helden auf, um sie kurz danach zu demontieren, so lange, bis sie am Ende fast wie wirkliche Menschen dastehen: kleiner als sie selber, und größer, als ihre Gegenspieler sich das wünschen.

Gilbert Sorrentino: Die scheinbare Ablenkung des Sternenlichts. Roman. Maroverlag 1992, 296 Seiten, 32 Mark

Konkret 07/92, S. 52

Jens Hoffmann

Der freischwingende Dichter

Rezension

Als Baudelaire im Januar 1855 erfuhr, daß sich Nerval an eine Laterne geknüft hatte, soll er ER WAR NICHT VERRÜCKT ER WAR NICHT VERRÜCKT ER WAR NICHT VERRÜCKT gestammelt haben. Es sei dahingestellt, ob Nerval gaga war oder nicht. Mit Bestimmtheit war er Alkoholiker und einer jener verzweifelten Idioten, die sich nicht davon abbringen lassen, in der Welt eine Reinheit zu suchen, die diese nie gehabt hat. Aurelia ist fort. Der zurückgelassene Stiesel Gérard legt sich aufs Sofa, seziert sein Großhirn, wringt seine Seele aus und entwirft mit bläulichen Lippen ein Land jenseits der Wirklichkeit, in dem alle Gedanken rein, alle Liebenden glücklich sind und jedwede Unterwäsche nach göttlichem Ambra duftet. Im Traum wird ihm die Wiederkehr der wahren Aurelia offenbart. Gérard ist erlöst, Nerval erwirbt ein Hanfseil.

Gut einhundert Jahre später versuchen zwei stockbesoffene, am Arsch der Welt gelandete Langholzfahrer in Marek Hlaskos' Roman »Der Nächste ins Paradies« den Namen der Hure zu erinnern, bei der sie regelmäßig ihren Monatslohn ließen. Der eine hält sich schließlich einen Autoreifen als Heiligenschein über den Kopf, und sie haben es - AURELIA!!!

Gérard de Nerval: Aurelia oder der Traum des Lebens. Novelle. Illustriert von Alfred Kubin. Edition Spangenberg 1992, 147 Seiten, 58 Mark

*

Behutsam zog TORPEDO den schnarrenden Reißverschluß vor seiner Bluebird-»extraknapp« zu. ER hatte es mal wieder allen gezeigt. Flehend wand sich das ganze Medienpack um seine Füße. Ja, sie fürchteten IHN, den Schänder der deutschen Sportreporter und Nachrichtensprecher, den definitiven Kritiker Hannovers, den Erfinder der seriellen Chamäleonkurzprosa, den schmetterndsten ICHbrüller seit Charlie Brown. Schon im Frühwerk deutete sich an, daß TORPEDO nach oben wollte. Und? Schwärmten nicht bis heute marxistische Gebrauchswerttheoretiker von seiner luziden Cortina-Frischkäse-Analyse? Jetzt war es endlich so weit. Die Methode war perfekt! Abends Biere zischen und nicht mehr aufs Töpfchen bis zum Morgen. Und dann sollten sie nur kommen, die »Berufsjuden« und »Problemfilmschwuchteln«, die Broders, Billers und Fassbinders! TORPEDO würde es ihnen besorgen! Einfach die Bluebird runter, Schwung holen und schon war ER der pissende Brummkreisel, der freihändig das verweichlichte Abendland mit seinem Blaseninhalt überschwemmte!

Und heute Nacht? Nochmal TAXIDRIVER ausleihen und vorm Spiegel üben? Die Nieren schmerzten doch sehr beim Gehen.

Wiglaf Droste: Mein Kampf, dein Kampf. Edition Nautilus 1992, 128 Seiten, 19,80 Mark

Konkret 07/92, S. 53

Karl Anton & Vororth

Interessant. Unverzichtbar?

Rezension

Sagen wir so: Wer unbedingt erfahren möchte, von wem der Meister sich die Schuhe zubinden ließ, warum er manchmal die Stimme verlor und weshalb er mit seinem kubanischen Kollegen Nicolas Guillén in Dauerfehde lebte, der wird gut bedient. Jorge Edwards, langjähriger Freund und Mitarbeiter Nerudas, skizziert, getreu dem Motto »Ich: Ich und Er«, ein Porträt des Dichters, so wie er ihn kannte - in Ausschnitten also.

Da kommt allerlei zusammen an literarischem Klatsch aus Paris und Santiago, da treten viele, viele Schriftsteller auf, da finden sich ein paar gelungene Porträts (Aragon, Vargas Llosa), aber erst nach vielen Seiten nimmt das Bild Nerudas kräftigere Farben an, kriegt das Denkmal des poetischen Kraftbolzen schließlich sogar ein paar Kratzer ab: ein geiziger Herr vom Land mit Manieren und Ansprüchen. Ein Kommunist aus Gefühl, der voller Begeisterung den Anti-Intellektuellen gab. Ein politischer Akteur aber auch, der, ganz im Gegensatz zur offiziellen Heiligenlegende, mit großer Sorge beobachtete, wie die Unidad Popular die Macht im Land errang, weil er ahnte, welche Gegenreaktion das nach sich ziehen würde.

Sicher eine Ergänzung, wie der Verlag meint, zu Nerudas »Ich bekenne, ich habe gelebt« - an manchen Stellen sogar eine Korrektur. Interessant für Verehrer und Fachleute. Ob aber wieder einmal gleich »unverzichtbar«?

Jorge Edwards: Adios, Poeta... - Erinnerungen an Pablo Neruda. Luchterhand Literaturverlag 1992, 307 Seiten, ca. 45 Mark

*

Zunächst: ein Bericht in Geschichten, darüber, wie es sich lebte in Rumänien vor dem Bürger-Krieg. Wie man sich einrichtete in den winzigen, von Wäschedampf schimmelnden Wohnzellen. Wie man zurechtkam inmitten der Kinderscheiße, dem dreckigen Geschirr und den nicht abreißenden Versprechungen einer glorreichen Zukunft. Oder auch nicht.

Sodann: ein Buch über das hilfreiche Wesen des Witzes. Eine Frau macht sich Sätze, die sie gegen die übermächtige Wirklichkeit schützen sollen. »Das Wetter am Schwarzen Meer, erfuhr sie, sei gut. Und werde ständig verbessert.« Bloß nicht sentimental werden. Kommt einer zu nahe, kriegt er Worte wie nasse Lappen um die Ohren gehauen. Wie es hier und in uns aussieht, geht eigentlich keinen was an.

Schließlich, andererseits aber, muß jeder davon wissen. Schließlich, andererseits aber, ist »Fenster in Flammen« eine Lektion in Sachen Ironie und deren begrenzter Kraft. Denn was tun, wenn zwischen der schnoddrigen Lakonie doch immer wieder die Sehnsucht nach Schönheit und Glück durchquillt? »Ironie ist Feigheit.« Denn alle Sehnsucht ein Ausdruck des Leidens am Mangel. »Maria-Maria möchte nüchtern, integer, enthusiastisch und glücklich sein. Und das sind Wünsche, die selbstverständlich nicht zusammenpassen.«

So ist das.

Carmen Francesca Banciu: Fenster in Flammen. Rotbuch Verlag 1992, 174 Seiten, ca. 28 Mark

Konkret 07/92, S. 53

Gerhard Henschel

Pointensicher

Rezension

»Windige Passagen« ist der programmatische Titel des bereits 1991 erschienenen Bandes, in welchem Bernd Eilert vier mehr oder weniger eng verwandte Erzählungen aus der Welt des Schlingerns, Schwadronierens und Scheiterns versammelt hat; im Klappentext heißt es dazu: »Alternativ bot sich ein Titel an, der die vier Ich-Erzähler charakterisiert hätte: Wenn Arschlöcher erzählen könnten... Na ja, ‘Arschlöcher’ klingt vielleicht ein wenig hart, sagen wir lieber ‘Peinsäcke’ oder ‘Windbeutel’.« Aber auch das klingt immer noch unangemessen hart, denn ganz und gar kann der überaus zurechnungsfähige und grundsolide Autor nicht verleugnen, daß er seinen Erzählern die Feder führt.

Was Sebastian, der dilettierende Kafka-Leser in der Erzählung »Kurzer Prozeß«, an abenteuerlich drastischen Theorien über die Beziehung zwischen Max Brod und Franz Kafka improvisiert, ist jedenfalls erhellender als so manche düstere Doktorarbeit, und als jener Sebastian, nachdem das Urteil über ihn gefällt worden ist, von zwei Bodyguards im »Geheimpolizeigriff« abgeführt wird wie Josef K., wird auch die Nähe zu den pointensichersten Passagen, die Bernd Eilert für Otto Waalkes geschrieben hat, offensichtlich: »Ich hielt mich stockstraff zwischen ihnen: der weiße Riese flankiert von zwei kleinen Gilbs, im Spätdunst zu Berge, im Gleichschritt: Marsch! Wir bildeten eine verschworene Gemeinschaft, unzertrennlich wie die drei Phasenreiniger von Kukident. Da war keiner mehr wegzudenken.«

Bernd Eilert: Windige Passagen. Haffmans Verlag 1991, 208 Seiten, 32 Mark

Konkret 07/92, S. 53

Verena Krieger

Querkopf

Rezension

Wer kennt Konrad Weichberger, den querköpfigen Studienrat aus Bremen, der Gedichte und Prosa schrieb und Abhandlungen über Astronomie; der in den zwanziger Jahren das bremische Kulturleben aufwühlte und mit seinen unorthodoxen Unterrichtsmethoden aneckte? Er organisierte Klassenfahrten ins Land des 'Erbfeindes' und soll aus Solidarität mit den Arbeiterkindern mitunter barfuß zur Schule gegangen sein. Er hielt Vorträge über Fragen wie »Wie konnten Urvölker ohne astronomische Werkzeuge Entfernungen am Himmel messen?«, trug eigene Übersetzungen von Liedern der Goten und Skythen vor und verband dies mit Tanzkränzchen, um ein breiteres Publikum anzulocken. Stets im Clinch mit den Honoratioren der Stadt, wurde er 1930 mittels eines psychiatrischen Gutachtens zwangsweise in den Ruhestand geschickt. Tucholsky schilderte 1929 in der »Weltbühne« ein Gedicht Weichbergers als sein »allerliebstes Lieblingsgedicht, eines, darin die deutsche Sprache selber dichtet, man hört ihr Herz puppern; das ist überhaupt nicht auf Papier geschrieben, das ist in den Blumentöpfen eines Balkons gewachsen«. Eine treffliche Beschreibung des Gedichts, das so beginnt: »Laß du doch das Klavier in Ruhe / es hat dir nichts getan / nimm lieber deine Gummischuhe / und bring mich an die Bahn.« Kürzlich neu entdeckt, werden nun im Bremer Stint-Verlag seine sämtlichen Schriften in zwölf Bänden herausgegeben. Der soeben erschienene sechste Band mit augenzwinkernd-melancholischen Prosastücken und aufrührerischen Texten zur Schulpolitik (»Als den Hauptfeind erkenne ich... die Grammatik«), ist zusammen mit dem von seinem Enkel, dem Künstler Tobias Weichberger kongenial illustrierten Lyrik-Band ein Genuß für warme Sommerabende.

Konrad Weichberger: Gesammelte Schriften in 12 Bänden. Hg. von Jan Osmers. Verlag Der Stint 1990ff. Bislang erschienen: Bd. 1: Die Welle, Bd. 2: Lyrik, Bd. 3: Die Planetenquadrille, Bd. 4: Das Bremer Gastbett, Bd. 5: Schriften zu Eichendorff, Bd. 6: Prosa

Konkret 07/92, S. 54

Klaus Bittermann

Briefe aus Paris

Rezension

Um die Deutschen zu verstehen, genügt es manchmal bereits, von einem anderen Kontinent zu kommen. Als die Wehrmacht ihr geliebtes Paris einnimmt, ist die Kulturjournalistin Janet Flanner, Kolumnistin des »New Yorker« plötzlich gezwungen, aus der »Hauptstadt der Vorhölle« zu berichten. Entstanden sind dabei Reportagen, die nicht nur die Politik der Diplomatie reflektieren, sondern auch die kleinen Alltäglichkeiten berücksichtigen, die Gerüchte, Tagessensationen, die Euphorie und Niedergeschlagenheit der Pariser. Ausgeschmückt mit wunderbaren kleinen Psychogrammen geben ihre Berichte Einblick in das Leben der damaligen Zeit.

Im März 1945 ist Flanner eine der Journalistinnen, die im Gefolge der alliierten Truppen herausfinden wollen, was es mit dem deutschen Volkscharakter auf sich hat. In Köln stellt sie fest, daß die Bewohner mindestens genauso kaputt sind wie die Stadt, »so, als hätten sie jede Fähigkeit verloren, vernünftig zu denken oder die Wahrheit zu sagen«. Sie sieht die hastig weggeworfenen Nazifahnen, sieht »menschliche Wracks« aus dem Gestapogefängnis Klingelpütz in die Freiheit wanken, sieht die Folterkammern der Gestapo am Appellhofplatz und hört schließlich die Deutschen, die ihr vorjammern, was sie alles erdulden mußten.

Flanners Reportagen zeichnen sich durch genaue Beobachtung aus, durch eine Menge von Fakten und Anekdoten, die die Stimmung vor und während des Krieges ohne Sentimentalität wiedergeben und gerade durch die kleinen verrückten Nebensächlichkeiten eine Vorstellung davon schaffen, welche merkwürdigen Hoffnungen sich Menschen damals machten.

Janet Flanner: Paris, Germany... - Reportagen aus Europa 1931-1950. Aus dem Amerikanischen von Angelika Felenda. Antje Kunstmann Verlag 1992, 234 Seiten, 38 Mark

Konkret 07/92, S. 54

Erwin Riess

Alles bezahlt

Rezension

Krems, eine Kleinstadt an der Donau, eine Autostunde von Wien entfernt. Ein mittelalterlicher Stadtkern, eine Tabakfabrik, ein Stahlwerk, Weinberge. In den dreißiger Jahren leben in Krems rund hundert Bürger jüdischer Herkunft; sie betreiben Tischlereien, Kohlenhandlungen, arbeiten in der Tabakfabrik. Krems zählt zu den braunen Hochburgen.

Der Einmarsch Hitlers erhebt Krems im März 1938 zur Gauhauptstadt des Gaues »Niederdonau«. Auch die Kremser erheben sich: Über die Behörden bricht eine Flut von Denunziationen herein, Partei und Oberbürgermeister versuchen mit Hermann Goering mäßigend auf die Kremser einzuwirken; der Generalfeldmarschall habe das Ausspionieren und Denunzieren von Jahre zurückliegenden Einkäufen bei Juden als »unerfreulichen Mißstand« bezeichnet, die Volksgenossen sollten Vernunft annehmen, ihr fanatischer Einsatz für die deutscheSache drohe die Arbeit der Behörden lahmzulegen.

In der Lokalzeitung werden die Judenverfolgungen des Jahres 1347 eingehend beschrieben; die gelehrige Bevölkerung - Krems ist eine Schulstadt - versteht dies als Aufforderung, es den Ahnen gleichzutun.

Im Dezember 1938 versuchen die nationalsozialistischen Behörden erneut, den Elan der Kremser Bevölkerung zu bremsen, Ziel der Judenpolitik, so heißt es, sei die Auswanderung, »Einzelaktionen« dürften nicht überhandnehmen. Die Kremser lassen sich aber nicht beirren; sie sind angetreten, die »Endlösung« in die eigene Hand zu nehmen, und sie kommen diesem Ziel sehr nahe: 59 Kremser Juden werden ermordet, 65 vertrieben, sechs überleben als »U-Boot« in Wien, einer in Krems.

Nach 1945 dürfen die »Arisierer« das gestohlene Vermögen behalten; eine - bis heute aufrecht erhaltene - Aktensperre der niederösterreichischen Landesregierung wird damit begründet, daß Zeitzeugen kein Unrecht zugefügt werden dürfe. 1978 wird das jüdische Bethaus in der Unterstadt geschleift, 1989 besuchen einige Vertriebene die einstige Heimatstadt. Auch in der Lokalzeitung wird darüber berichtet, der Artikel trägt die Überschrift: »Jude Abraham besucht nach 50 Jahren wieder Krems«.

Am 27. Mai 1992 läßt Bundeskanzler Vranitzky verlauten, daß die von Jörg Haider aufgestellte Behauptung, Vranitzkys Frau sei seit 1973 Eigentümerin einer 1938 von den Eltern seiner Frau arisierten jüdischen Fabrik namens »Normalia«, stimme. Der Kauf sei unter den damals üblichen Geschäftsbedingungen erfolgt, der Kaufpreis sei zur Gänze entrichtet worden.

Robert Streibel: Plötzlich waren sie alle weg. Die Juden der »Gauhauptstadt Krems« und ihre Mitbürger. Picus Verlag 1991, 296 Seiten, 39,80 Mark

Konkret 07/92, S. 54

Ingrid Strobl

Erinnerungen an das Ghetto

Rezension

1977 veröffentlichte Hanna Krall in Polen ihre »literarische Reportage« über Marek Edelmann, die 1980 erstmals auf deutsch erschien (und jetzt vom Verlag Neue Kritik neu herausgegeben wurde). Sie hat Edelmann, der stellvertretender Kommandant der ZOB (der Kampforganisation des Warschauer Ghettos) war und heute als Kardiologe arbeitet, nach seinen Erinnerungen an das Ghetto und vor allem an den Ghetto-Aufstand gefragt, und Marek Edelmann, der sich lange Zeit zu diesem Thema nicht (öffentlich) geäußert hatte, hat auf ihre Fragen geantwortet, oft unwillig, manchmal sehr subjektiv und immer bemüht, alle Heldenlegenden zu zerstören. Er erzählt desillusionierende, bittere und herzzerreißende Geschichten, die von Widersprüchen, Ängsten, Grausamkeiten handeln und immer wieder vom Tod. Von schmutzigen und lächerlichen, von würdevollen und rührenden, von den sinnlosen unvermeidlichen hunderttausendfachen Toden. Er erzählt von den Wehrlosen, die schweigend zu den Waggons gingen und von den Kämpferinnen und Kämpfern, die, so Edelmann, in erster Linie dafür kämpften, kämpfend zu sterben und nicht in Treblinka. Wir sind nicht Geschichtsschreiber, sondern Erinnerungsschreiber, sagt Hanna Krall an einer Stelle und charakterisiert damit selbst am besten ihr ungewöhnliches und radikales Buch.

Hanna Krall: Dem Herrgott zuvorkommen, Verlag Neue Kritik 1992, 179 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 07/92, S. 54

Oliver Tolmein

Flucht durch Europa

Rezension

Alles ist bekannt, alles hat man schon mal gelesen, man weiß, daß Juden und Kommunisten im Nationalsozialismus verfolgt und vernichtet wurden, man hat einiges über Schicksale von quer durchs damalige Europa Flüchtenden erfahren und zieht gern und schnell Parallelen zur heutigen Situation... Lisa Fittko gelingt es in ihren »Erinnerungen« jedoch, diese müde Routine der Wahrnehmung aufzubrechen. Sie berichtet unsentimental und eindringlich, wie sich der Umschlag von einem normalen autoritären Staat in das nationalsozialistische Terrorsystem vollzogen hat, wie plötzlich aus den kleinen Veränderungen eine grundsätzliche wurde. Mit einem Mal steht die jüdische Kommunistin aus Kreuzberg vor der Entscheidung, in die Illegalität zu gehen - und wenig später Deutschland zu verlassen, um erst in Prag, dann in der Schweiz, in Holland und schließlich in Frankreich illegal, von einem Tag auf den anderen zu leben, ohne gültige Dokumente, von Ausweisung bedroht, bitterarm. Sie erzählt, wie die Untergetauchten im Ausland versuchen, ihren antinazistischen Kampf fortzusetzen, wie sie sich gegen Verräter zur Wehr setzen, welche Schwierigkeiten sie haben, nicht an den falschen Bündnispartner, zum Beispiel den französischen Geheimdienst, zu geraten. »Ihr Bericht fügt dem, was wir über diese Zeit wissen, viele Farben hinzu«, hat der Verlag in den Klappentext geschrieben - genau das hat Lisa Fittko aber erfreulicherweise nicht getan: Sie liefert nicht bloß ein bißchen zusätzliches Kolorit, ihr gelingt ein ganz eigenes Portrait. Und sie macht neugierig auf ihre Geschichte der Nachkriegszeit...

Lisa Fittko, Solidarität unerwünscht - Erinnerungen 1933-1940, Hanser Verlag, 216 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 07/92, S. 55

Gunter Blank

□ kothriller

Rezension

Normalerweise weckt der Vortrag des gemeinen Naturschützers und Ökologen in mir das dringende Bedürfnis, meinen Aschenbecher ins Klo zu kippen. Nach der Lektüre von Carl Hiaasen bin ich geneigt, die Kippen einzeln wieder herauszufischen. Denn im Gegensatz zu seinen Kolleginnen und Kollegen verfügt Hiaasen über Eigenschaften, die dort, wo es um die Zukunft der Menschheit geht, eher selten anzutreffen sind: Witz und einen libertinen Hang zur Grausamkeit. Deshalb verpackt er seine Botschaft geschickterweise in skurrile Ökothriller, in denen er den Gewaltphantasien, die ihn angesichts der seinen Heimatstaat Florida plattwalzenden Immobilienritter überkommen, freien Lauf läßt. Nach Wettanglern, TV-Evangelisten und Schönheitschirugen sind diesmal die Betreiber eines Vergnügungsparks an der Reihe, die vom Aussterben bedrohte Kreaturen dazu zwingen, vor sonnenölbeschmierten Touristen Kunststücke vorzuführen. Da dies angesichts sich verschärfender Konkurrenz nur bedingt ausreicht, die sensationslüsternen Nordstaatler zufriedenzustellen, schrecken die Bösewichter nicht davor zurück, Tierarten zu fälschen, zumal Washington dafür auch noch fette Artenschutz-Prämien ausspuckt. Doch damit haben sie den Bogen überspannt. Angeführt von Joe Winder, einem abgehalfterten PR-Spezialisten, schlägt die Natur zurück. Während Winder mit gefälschten Seuchenmeldungen halb Florida in Hysterie versetzt, kommt es zum Showdown im Delphinbecken, wo ein aus Liebeskummer wahllos gewordener Tümmler das Personal mit ungestümen Zärtlichkeitsbeweisen geradezu überschwemmt.

Frühere Hiaasen-Romane gibt es noch bei Bastei-Lübbe, »Native Tongue« soll demnächst bei Bertelsmann erscheinen, die Originale werden bei Pan-Books mit grellbunten Floridacovern neuaufgelegt.

Carl Hiaasen: Nati□ e Tong□ e. G.P. P□ tnam□s Sons 1992, ca. 300 Seiten, ca. 20 Dollar

Konkret 07/92, S. 55

Jürgen Elsässer

Höflich zu den Deutschen

Rezension

Kann man etwas lernen von einem Manager, Zivilgesellschaftler, Antikommunisten? Ja, wenn er zumindest auch Antifaschist ist. Dreimal ja, wenn es sich um Alain Minc handelt. Während der »kampfesmüde Liberalismus« (Minc) vom Ende der Geschichte träumt und die arthritische Linke gegen die Luftspiegelung eines vereinigten Europa oder einer Neuen Weltordnung angaloppiert, legt der Franzose die Metastasen des post-kommunistischen Zeitalters bloß: Der Nationalismus ist überall. Gerade weil Minc bestimmte Determinanten eher zu positiv setzt - beispielsweise hält er die BRD für so zivilisiert, daß sie auch mit Atomwaffen umgehen könne , sind seine Szenarien so erschütternd. Die »imperiale Demokratie« Deutschland ist in ihren territorialen Ambitionen unberechenbar; der europäische Rechtsextremismus läßt sich nicht mehr zurückdrängen und schaukelt sich mit dem Fundamentalismus an seinen Grenzen gemeinsam hoch; Rassismus und Ökologie verschmelzen; lokale Scharmützel könnten sich durch ein »wirtschaftliches Pearl Harbour« oder unter einem neuen Pilsudski zu Flächenbränden ausweiten.

Minc, der die Wiedervereinigung Deutschlands ebenso vorhergesehen hat wie den Bürgerkrieg in Jugoslawien, bleibt in seinen Prognosen für die deutschen Republikaner weit hinter den Wahlergebnissen des Jahres 1992 zurück. Die Schärfe, mit der er seine eigenen Landsleute analysiert, fehlt ihm bei der Beurteilung der Deutschen. So sympathisch diese Höflichkeit als zivilisatorische Errungenschaft ist - sie bewährt sich nur gegenüber Zivilisierten.

Alain Minc: Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa. Hoffmann & Campe 1992, 222 Seiten, 34 Mark

Konkret 07/92, S. 64

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Eine Gerlinde Hämmerle beklagt ihr durch Lafontaine beeinträchtigtes Ansehen:

Als Politikerin habe ich doch einen Ruf wie eine Puffmutter.

Liebste Frau Hämmerle, als einer der langjährig politikverdrossenen Nichtwähler auch Ihrer Partei darf ich Ihnen versichern: Keiner hat von der parlamentarischen Geschäftsführerin einer Bundestagsfraktion je eine so gute Meinung gehabt, und wenn sie dreimal bei der SPD ist, denn wir wissen doch: Nicht immer hält das rote Licht, was es dem Wandersmann verspricht.

Was die tonangebende Klasse Deutschlands verächtlicher und, weil sie den Spott wittert, auch bösartiger macht als ihre Kameraden anderswo, ist die Fähigkeit, sich goldenes Besteck zu kaufen, bei Unfähigkeit, mit Messer und Gabel zu essen. Wenn beispielsweise einer ihrer lautesten Vertreter, der baltische Baron Enno von Loewenstern, tut, was seine Freunde von der Deutschland-Stiftung ein

Nachdenken über den besorgniserregenden Niedergang der politischen Sprache und Kultur

nennen; wenn er dabei

den erschütternden Mangel an Bildung und, nun ja, Kultur... symptomatisch für die intellektuelle Verkommenheit einer ganzen politischen Klasse

heißt; wenn er die

Neandertalisierung unserer politischen Klasse

geißelt, und daß

von den sogenannten Intellektuellen schon seit Jahrzehnten kein Geist und keine Kultur mehr ausgeht,

dann muß er gleich die ganze Geschichte des deutschen Geistes umschreiben:

Nun hatte der Geist es in Deutschland schon immer schwer; von Martin Luther bis Ludwig Thoma wurde lieber der Vorschlaghammer als das Florett geschwungen... Die Proletarisierung unserer Kultur durch die Nazis vergröberte die Entwicklung noch. Aber erst seit den späten sechziger Jahren begann die systematische Verschnödung des Geistes schlechthin im Namen des Kämpferischen,

denn die Achtundsechziger machten kaputt, was Goebbels an Geist und Kultur noch heil gelassen hatte.

Und wenn die Bürger massenhaft den Urnen fernbleiben oder Radikale wählen mit dem ausdrücklichen Hinweis: »Das ist eine Protestwahl, mit denen und ihrem Programm habe ich nichts im Sinn«,

nämlich genau so wenig wie die baltischen Ahnen 1933 mit ihrer Proteststimme für den Entwicklungsvergröberer,

so ist das nicht nur ein Protest gegen vordergründige Fehler wie etwa das klägliche Management der Wiedervereinigung, der Asyl- und anderen Probleme, sondern es ist vor allem ein Aufstand gegen die Geistlosigkeit dahinter. Und eben deshalb wird es auch von den Politikern und den Hilfspolitikern in Studier-, Redaktions- und anderen Stuben nicht verstanden. Wie sollten die auch. Difficile est satyram non scribere.

Autsch - jetzt haben sich Härr Baron beim Versuch, die Erbsen auf dem Messer in den Mund zu schieben, schon wieder eine Tärz jeschlagen: Satire kommt, wie man vor dem erschütternden Niedergang der Bildung sogar in den Stuben deutschnationaler Neandertaler nachzuschlagen wußte, vom lateinischen satura (= volle Schüssel, übertragen: Spottgedicht), und keineswegs, wie Springers baltischer Bildungsfrontoffizier mäint, vom griechischen Satyr, dem bocksbeinigen Begleiter des Dionys und Fruchtbarkeitsdämon, der zwar soff wie ein Redakteur und gröber draufhaute als Luther, Thoma und Dutschke zusammen, aber auch im tiefsten Vollrausch nicht auf den Einfall gekommen wäre, die rassistischen Reflexe prolet-arisierter Leser des Herrn von Loewenstern einen Aufstand gegen Geistlosigkeit zu heißen.

Deutsche Revolution, vorletzte Folge:

Die Teilnehmer des 5. »Welt am Sonntag«-Forums »Bundeswehr und Gesellschaft« trafen sich am Abend des ersten Veranstaltungstages zu einem Empfang in den Räumen des Journalistenclubs im Hochhaus des Axel Springer Verlags an der Berliner Kochstraße. Die Bibliothek ist mit dem Holz der Zirbelkiefer getäfelt... Der Empfang bot den Gästen nach formellen Auseinandersetzungen, nach Logik und Logistik, Taktik und Terminen viele Möglichkeiten zu informellen Gesprächen.

Von diesen machten, festgehalten im Vierfarbbild, regen Gebrauch:

Friede Springer mit Generalinspekteur Klaus Naumann und Professor Bernhard Servatius; Vizeadmiral Hein-Peter Weyher und Eckard Rohkamm, Thyssen AG; Minister Volker Rühe und die Bundestagsabgeordnete Vera Wollenberger (Bündnis 90)...

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hatte, wie man sich vielleicht erinnert, Zweifel an der Ehrlichkeit der Vera Wollenberger, und war deshalb bemüht, vom Ehemann der Friedensfrau Näheres zu erfahren. Der jedoch hat in keinem seiner Berichte das Ministerium gewarnt, daß seiner Gattin Lieblingswort Friede nicht den Gegensatz von Krieg meinte, sondern im Gegenteil den Vornamen einer Verlegerswitwe, die einmal im Jahr den Herren Kriegsministern, Generalinspekteuren, Vizeadmiralen und Rüstungsfabrikanten in ihrem mit dem Holz der Zirbelkiefer getäfelten und auch im übrigen braunen Salon viele Möglichkeiten zu informellen Gesprächen über Logistik und Taktik und Schwerter und Pflugscharen bietet. Herr Wollenberger hat beim Ministerium für Staatssicherheit den falschen Eindruck erweckt, seine Ehefrau sei keine Freundin der Krupps bzw. der Thyssen AG. Ich glaube nicht, daß er das Ministerium wissentlich irregeführt hat. Es wäre Sippenhaftung und darum nicht statthaft, vom miesen Charakter der Gattin auf den des Gatten zu schließen.

Sarajewo, Berg-Karabach, Kurdistan, Libyen, Rio undsoweiter:

Liebe Frauen, von einem Gefühlstaumel in den andern stürzt uns derzeit das Weltgeschehen. Das ging los mit dem Tag, an dem Irmgard Schwaetzer neue Außenministerin werden sollte. Jubel in der »Emma«-Redaktion - keine Frage:

Das Weltgeschehen stürzt uns in den ersten der Gefühlstaumel.

Sie ist der nächste »Emma«-Titel! Doch kaum war eine Emma eigens nach Bonn gefahren, um die neuesten Fotos mit aktueller Schwaetzer-Brille und Frisur abzuholen, kam das Dementi aus Bonn: Pustekuchen! Also neuer Titel, neues Gesicht: Ein Foto von Sabine Sauer, der abgesägten TV-Moderatorin,

das Weltgeschehen stürzt uns in den nächsten Gefühlstaumel,

wurde per Übernachtkurier herangeschafft. Auch gut. Tolle Frau! Dann,

das Weltgeschehen stürzt uns, Schwaetzer hin, Sauer her, in den dritten Gefühlstaumel,

starb Marlene. Und das hat uns doch so bewegt, daß wir sie aufs Cover hoben.

Und die Verzweiflung der Millionen nach Sauer Hungernden? Aber das kann doch eine Emma nicht erschüttern, keine Angst, keine Angst, Sauer-Fans:

Sauer-Fans, nicht weinen: Sabine kommt im Juliheft.

Und wenn die ganze Erde bebt, die Welt sich aus den Angeln hebt:

Bei aller Hektik ist »Emma« nicht nur Redaktion, sondern auch nationales Frauenbüro. Alle Emmas, egal ob in Verlag oder Redaktion, beantworten täglich Anfragen wie: Ich bin neu in Buxtehude, gibt`s hier ein Lesbencafé? Ich will ein Frauenhotel auf Gomera aufmachen, wo kriege ich einen Kredit her?

Frauenhotel auf Gomera, Lesbencafé in Buxtehude, die abgehalfterte Moderatorin, die aktuelle Schwaetzer-Brille und der Tod der Marlene Dietrich: das ist im Jahre 1992 das Weltgeschehen, das deutsche Frauen-Frauen von einem Gefühlstaumel in den anderen stürzt, und nur ich feministischer Tor erzähle den Leuten immer noch, die Behauptung vom physiologisch bedingten Schwachsinn des Weibes sei nicht nur gemein, sondern auch falsch, ohne wenigstens jenes Weib auszunehmen, das im nationalen deutschen Frauenbüro sitzt.